

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 6/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.92, wo keine Post am Orte, Mf. 3.24.

Volkswacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ bezugslos für die einjährige Mitgliedschaft über deren Namen 25 Pf. Auswärtige Zusätze 35 Pf. Anzeigensatz für Arbeitsmarkt 15 Pf. Anzeigensatz für 25 Pf. Vereins- u. Verlosungs-Kampagnen 15 Pf. Anzeigensatz für die nächste Nummer wählen bis November 1. für in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 262.

Breslau, Mittwoch, den 8. November 1911

22. Jahrgang.

Die Landtagswahlen in Breslau.

Bei der gestrigen Erstwahl für 230 Wahlmänner verloren die blauschwarzen Parteien 43 Mandate, die Sozialdemokraten gewannen davon 12, die Liberalen 31!

Die gewalttätige Ungültigkeitserklärung des Ehlers'schen Landtagsmandats war von den Reaktionen in Szene gesetzt worden, weil sie sich der Hoffnung hingaben, durch einen noch mächtigeren unverschrämten Druck auf alle abhängigen Elemente die rechte Mehrheit der Linken zu schaffen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so haben sie sich dabei böse in die Messen gesetzt. Statt zu gewinnen, buchten sie einen Verlust von 43 Mandaten. Obwohl sie alle wieder antreten mußten, die Kommissare und Schlichter, die Postschaffner und Briefträger, die Steuer- und Eisenbahnbeamten und die hundertfältig betitelten Sekretäre, es war nichts zu holen für die Schwarzen in diesen schlechten Zeiten.

Die „Schlesische Zeitung“ registriert den Reinsfall der Blockbrüder mit folgenden Sätzen:

Die heutigen Wahlmännerwahlen zeigten bedauerlicherweise eine außerordentliche Laune bei den Wählern. Die Situation hatte sich dazu für die rechtsstehenden Wähler gegen das Vorjahr infolgedessen verschlechtert, als die beiden gegnerischen Parteien, die Freisinnigen wie die Sozialdemokraten, die Parole ausgesprochen hatten, sich gegenseitig schon bei den Wahlmännerwahlen in der Stichwahl zu unterstützen. Da die gegnerischen Wähler auch nach dieser Parole handelten, so gingen der rechten Seite verschiedene Mandate verloren. Nach privaten Zählungen dürften die vereinigten rechtsstehenden Parteien 65 Wahlmänner, die Freisinnigen 87 Wahlmänner und die Sozialdemokraten 74 Wahlmänner durchgebracht haben. Vier Wahlen sind nicht zustande gekommen. Von den zur Wahl stehenden Bezirken wurden etwa 97 als bisheriger Besitz der rechten Seite angesehen, sodas der Verlust der rechten Seite sich auf etwa 32 Wahlmänner belaufen kann.

Von der außerordentlichen Laune der blauschwarzen Wähler haben wir nichts gemerkt. Im Gegenteil! Kolonnen- und sektionsweise rückten die Beamten an.

Noch schlechter gelaunt ist die „Schlesische Volkszeitung“. Sie schreibt:

„Das Resultat der diesmaligen Wahlmännerwahlen ist — das muß offen ausgesprochen werden — nicht weniger als erfreulich. Der Rückgang der Wahlmännerstimmen bei der jetzigen Wahl beeinflusst natürlich die Gesamtzahl der Wahlmänner, die den rechtsstehenden Parteien angehören, unangünstig. Immerhin ist noch nicht gesagt, daß die Wahl des Kandidaten der rechtsstehenden Parteien ausichtslos ist, wenn alle Wahlmänner ihre Pflicht tun und am 20. November geschlossen für den Kaufmann Vogel eintreten. Die Tatsache, daß die rechtsstehenden Parteien diese Verluste erlitten haben, ist auf zwei Ursachen vor allem zurückzuführen: der Freisinn hat im Verein mit der Sozialdemokratie eine Seite entfacht, die ihresgleichen sucht. Man denke nur an den berühmtesten Wahlausruf der „Breslauer Zeitung“, der dem Reichstanzler Worte in den Mund legte, die er nie gesprochen hatte. Wir wollen heute nur dieses herausgreifen. Eine weitere, sehr bedauerliche Ursache ist in der außergewöhnlich schlechten Wahlbeteiligung zu suchen, unter der besonders die rechtsstehenden Parteien zu leiden hatten. Dadurch wurde es nicht zuletzt möglich, daß die Zahl der freisinnigen und sozialdemokratischen Wahlmänner in die Höhe geschossen ist, während die der rechtsstehenden gesunken ist. Es ist bedauerlich, daß viele Wähler sich nicht dessen bewußt gewesen zu sein scheinen, was auf dem Spiele stand. Jetzt gilt es vor allem, dafür Sorge zu tragen, daß die rechtsstehenden Wahlmänner am 20. November vollzählig zur Stelle sind, um, wenn irgend möglich, den Großblockparteien noch den Sieg zu entreißen.“

Die beiden liberalen Organe sind natürlich hocherfreut über den Ausfall der Wahl. In der „Breslauer Zeitung“ heißt es:

„Nimmt man die gestrigen Resultate zur Hand und berechnet Gewinn und Verlust der einzelnen Parteien, so wachsen die liberalen Stimmen auf 497, die sozialdemokratischen auf 358 (374 Red. d. V.), während die konservativ-rechtlichen auf 799 sinken. Es würden also diesen 790 Stimmen 833 aus den beiden gegnerischen Lagern gegenüberstehen. Nun sind allerdings bei der letzten Wahl eine ganze Reihe Wahlmänner zu Hause geblieben, die vielleicht diesmal erscheinen und deren Parteistellung augenblicklich nicht festzustellen ist. Es ist auch möglich, daß bei den Wahlprüfungen, die dem eigentlichen Wahltag vorangehen, einzelne Mandate laßiert werden. Immerhin bleibt — und das ist das hocherfreuliche Resultat der gestrigen Wahl — ein nennenswerter Vorsprung der Stimmen für Dr. Otto Ehlers übrig, vorausgesetzt natürlich, daß die Sozialdemokraten auch diesmal wieder für ihn eintreten. Der Vorsprung ist nicht unerheblich, aber er ist doch nicht so bedeutend, daß nun etwa in den Reihen der Liberalen Käfigkeit Platz greifen dürfte. Es wird auch jetzt noch darauf ankommen, daß die liberalen Wahlmänner vollzählig zur Stelle sind.“

Soweit die Sozialdemokraten in Frage kommen, stehen unsere Zahlen fest. Darin ist unsere Uebersicht ganz sicher. Zu den 362 Wahlmännern, die wir 1910 besaßen, kamen 12 hinzu, die Gesamtziffer wird also 374 betragen und, verglichen mit den früheren Wahlen, zeigt sie unseren ununterbrochenen Aufstieg. Wir erhielten

1898	88	Wahlmänner
1900	102	„
1903	222	„
1908	325	„
1910	362	„
1911	374	„

Nur ein kleiner Teil der Wahlmannsmandate war zu erneuern, und doch zeigten auch diese Teilwahlen, daß wir nach und nach in eine Position einrücken, in der man uns ein eigenes Mandat nicht mehr wird streitig machen können. Vorwärts gehts an allen Punkten! Vorwärts gegen den blauschwarzen Block!

Landwirtschaft und Sozialdemokratie.

Vorbemerkung der Redaktion: Wir entnehmen die folgenden Ausführungen mit Genehmigung des Verlages der demnächst in zweiter, umgearbeiteter Auflage erscheinenden Schrift von R. Kautsky: Handelspolitik und Sozialdemokratie (Verlag Buchhandlung Vorwärts). Da Genosse Kautsky von den agrarischen Gegnern stets als entschiedener „Feind der Landwirtschaft“ hingestellt wird, ist es besonders interessant, seine wirklichen Meinungen über dieses Thema kennen zu lernen.

Die Sozialdemokratie, die Erbin der heutigen Gesellschaft, hat alle Ursache, wo sie kann, einem Verfall der Landwirtschaft entgegen zu wirken; denn die Ernährung des Volkes durch von außen gekaufte statt durch selbst produzierte Lebensmittel, die Arbeitsteilung zwischen Industrie und Agrarstaat, ist ein Zustand, der nicht andauern kann und nicht dauern wird.

Auf der anderen Seite fällt es uns auch nicht ein, zu leugnen, daß sich die Landwirtschaft heute in einer gewissen Notlage befindet. Aber das ist eine Notlage ganz anderer Art, als jene, die zur Einführung der Agrarzölle in Deutschland die Veranlassung gab. . . . Stand diese Notlage ehedem im Zusammenhang mit dem Sinken der Preise landwirtschaftlicher Produkte, so kann jetzt, im Zeitalter der Leuerung, nicht mehr die Rede davon sein. Und wären die Agrarzölle damals schon ein für den Produzenten unzureichendes, für den Konsumenten und die Gesamtheit der Gesellschaft aufs höchste schädliches Mittel gegen jene Notlage, so haben sie für das, was heute als landwirtschaftlicher Notstand auftritt, jede Bedeutung verloren.

Wir haben gesehen, daß eine seiner Ursachen in den hohen Bodenpreisen liegt, die durch die Agrarzölle sehr gefördert und durch deren abermalige Erweiterung und Erhöhung noch mehr in die Höhe getrieben wurden, zur Freude aller Güterspekulanten und Güterschächter, und zur steigenden Belastung der Volksmasse und aller jener Mitglieder der Landbevölkerung, die von der Arbeit ihrer Hände und nicht von der Ausbeutung ihrer Mitmenschen leben.

Dieses Uebel wird nicht durch Agrarzölle beseitigt, sondern nur durch die Ablösung des Privateigentums am Boden durch die Gesellschaft, durch die Aufhebung der Sklaverei des Zinses für Kapitalen und Hypotheken. Wir haben gesehen, daß dabei die wirklichen Produzenten ebenso gewinnen wie die Konsumenten, oder besser gesagt, daß die Volksmasse dabei sowohl in ihrer Eigenschaft als Produzent wie als Konsument, also doppelt gewinnt. Die Sozialdemokratie ist heute die einzige Partei, die sich dieses Ziel setzt.

Neben den hohen Bodenpreisen haben wir noch eine zweite, mächtige Ursache kennen gelernt, die der Entwicklung der Landwirtschaft immer größere Hindernisse in den Weg legt: es ist die wachsende Leutenot, die Abwanderung von der Landwirtschaft zur Industrie. Ihr kann nur gesteuert werden, wenn man die letzte Ursache jener Landflucht aufhebt, die Trennung von Industrie und Landwirtschaft, das heißt, wenn die Industrie wieder aufs flache Land verlegt wird und die Industriearbeiter gleichzeitig Landarbeiter werden und umgekehrt. . . . Nur eine sozialistische Gesellschaft, in der die Produktionsmittel das Eigentum der Arbeiterklasse sind, vermag die Verbindung von Industrie und Landwirtschaft in Formen zu vollziehen, in der sie den bisherigen industriellen Arbeitern anziehender erscheint, als die einseitige industrielle Arbeit. Nur eine solche Gesellschaft vermag der Landwirtschaft die Arbeitskräfte, deren sie bedarf, in größter Fülle zuzuführen, sie dadurch zu ihren höchsten Leistungen zu befähigen und damit allem landwirtschaftlichen Notstand für immer ein Ende zu machen.

Indessen will die Sozialdemokratie nicht bis zu dem Zeitpunkt warten, wo sie die Macht erlangt hat, alle diese Änderungen durchzuführen, um der Landwirtschaft zu helfen. Wenn sie die Agrarzölle ablehnt, so ist sie doch stets zu wirklichen Reformen bereit, um schon heute die Lebenslage aller, die von ihrer Arbeit leben, nicht bloß in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft zu verbessern, und die Produktivität der Landwirtschaft, die

der Volksmasse ihr tägliches Brot liefert, durch staatliche Eingriffe zu heben.

Das Proletariat würde nichts verlieren, wenn dazu dieselbe Summe aufgewendet würde, die ihr heute schon etwa durch die Getreidezölle abgeknöpft wird.

Ein Getreidezoll von 5 Mark, ganz abgesehen von den anderen Agrarzölle, stellt bereits eine Steuer auf die Bevölkerung des Deutschen Reiches von mehr als einer halben Milliarde (etwa 650 Millionen) im Jahre dar. Daß diese Summe jahraus, jahrein zur Hebung der Landbevölkerung ausgegeben würde, dagegen hätten wir nichts einzuwenden. Aber wir müssen uns dagegen erklären, daß dies durch den Zoll geschieht; einmal, weil dieser eine Kopfsteuer darstellt, die alle, ob reich oder arm, gleich belastet, je die Vermögen eher noch mehr als die Reichen, weil sie mehr Brot, weniger Fleisch essen; dann aber, weil die so aufgebrauchte Summe, wie wir gesehen haben, auf die Dauer nicht der bedrängten Landwirtschaft zugute kommt, sondern den Hypothekengläubigern, Güterspekulanten und Zinsrentiers, dem reichsten und überflüssigsten Teil der Nation.

Wir hätten aber nichts dagegen, daß die 600 Millionen durch eine progressive Einkommensteuer aufgebracht und zum Vorteil der Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der Landwirtschaft verwendet werden, etwa zur Uebernahme der Schulkosten auf den Staat, zum Bau von Schulen, zur Vermehrung der Lehrer, Ausdehnung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, zum Bau von Arbeiterhäusern, die den Landarbeitern menschenwürdige Wohnungen bieten, in denen sie frei bleiben von jeder Unternehmerwillkür, zum Ausbau eines ausreichenden Netzes von Kleinbahnen, Straßen und Wegen, zur Verstaatlichung und Verbesserung der Armenpflege und des Heilwesens, zur Vetreibung einer rationalen Wasserwirtschaft, welche die Gefahren von Hochfluten beseitigt und Bewässerungsanlagen sowie Wasserkraften schafft, endlich, wenn die Mittel noch reichen, zur Erwerbung einzelner Güter bankrotter Junker, und zu ihrer Umwandlung in Musterwirtschaften — Musterwirtschaften nicht bloß in technischer, sondern auch in sozialer Beziehung.

Verbindet man damit noch die Beseitigung des Militarismus, der der Landwirtschaft im Jahre so viel Arbeitskräfte entzieht, die Expropriation der Kohlengruben, um dem gesamten Volk, also auch den Landwirten billiges Feuerungsmaterial zur Verfügung zu stellen — wozu die Aufhebung der Finanzzölle und der Eisenzölle zu gesellen wäre — so würde damit die Verminderung der Produktionskosten der deutschen Landwirtschaft und die Erhöhung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem heimischen Markt, ja auf dem Weltmarkt, und gleichzeitig die geistige und physische Hebung der Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung ungemein gefördert werden.

Das ist die Staatshilfe für die Landwirtschaft, die wir den Agrarzölle entgegensetzen. . . .

Der Freihandel in der kapitalistischen Produktionsweise ist für die Sozialdemokraten nicht der Himmel auf Erden, aber er ist ihr für Industrieländer, wie Deutschland, Frankreich, die Vereinigten Staaten, England, gegenüber dem Schutzzoll das kleinere Uebel. Sie muß daher für ihn stimmen, wie sie dort, wo sie zu wählen hat zwischen einem konservativen und einem bürgerlich-demokratischen Kandidaten, für den letzteren stimmen muß, ohne irgendwelche Illusionen über die bürgerliche Demokratie zu hegen.

Ist aber der Sozialdemokratie ihr Ziel in der Handelspolitik klar vorgezeichnet, so ist damit noch nicht der Weg gegeben, auf dem sie ihr Ziel anzustreben hat. Der Schutzzoll ist sehr leicht eingeführt, aber nicht so leicht wieder abgeschafft, wenn er sich einmal eingewurzelt hat und das ganze wirtschaftliche Getriebe auf ihn zugeschnitten ist. Nirgends gab es eine energischer und rücksichtslosere Freihandelspartei als in England. 1842 begann die Abbrückelung des Schutzzolles, 1846 kam seine entscheidende Niederlage, aber erst 1860 fielen die letzten bedeutenden Schutzzölle; es blieb dann noch eine Anzahl kleinerer, die erst später verschwunden sind, sodas England heute nur noch Finanzzölle kennt.

Wie entschieden man demnach die Aufhebung des Schutzzollsystems anstreben mag, so kann es sich doch dabei von vornherein nicht darum handeln, mit einem Rudersämtliche Zölle aufzuheben, sondern nur darum, die Zollschranken allmählich abzutragen, wobei aber Rückstände sehr wohl dahin führen können, einzelne besonders drückende Zölle, namentlich auf Lebensmittel, dauernd oder vorübergehend völlig außer Kraft zu setzen.

Politische Uebersicht.

Das rote Berlin.

Als eine Art Selbstverständlichkeit hat die Welt die Meldung entgegengenommen, daß bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen der dritten Wählerklasse am letzten Sonntag außer einem einzigen freisinnigen lauter Sozialdemokraten gewählt worden sind. Selbst die Unheil kündende Tatsache, daß auch der Berliner Schloßbau dies-

mal einen Notizen ins Rote Haus schickte, hat man mit ziemlicher Festigkeit ertragen, obwohl die Sicherung dieses gefüglichen Burgfriedens vor republikanischem Umsturz eine Aufgabe ist, der sich alle freiwilligen und unfreiwilligen Lakaien mit größtem Eifer widmen. Von den 48 Mandaten der dritten Wählerklasse sind jetzt 43 sozialdemokratisch, und die Zeit ist nicht mehr fern, da man auch für diese letzten Freisinn-Wahlmänner, wie jetzt für Herrn Rosenow, ein sicheres Unterkommen in der ersten oder zweiten Klasse wird suchen müssen.

Heute stehen die Dinge so, daß die Vertreter von 33.000 Wählern der beiden ersten Klassen in der Stadtverordnetenversammlung über 96 Sitze verfügen, während die dritte Klasse mit 354.546 Wählern sich mit 48 Sitzen begnügen muß. In den beiden privilegierten Klassen, von denen die erste übrigens nur 832 Wähler — 832 haben ebensoviel Rechte wie 354.546! — dominiert der Freisinn, in der dritten Klasse ist er dagegen so gut wie weggeschwitten. Der Freisinn hat die erdrückende Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, die Sozialdemokratie hat eine überwältigende Majorität der Bevölkerung hinter sich! Ein unheilvoller, unhaltbarer Zustand!

In der vernichtenden Niederlage des Kommunalfreisinn offenbart sich die Tragik jedes Privilegienwahl-systems — es ruiniert die Partei, die es äußerlich schützt. Wahrscheinlich hätte der Liberalismus doch nicht ganz so kläglich abgeschrieben, wäre er seit Jahr und Tag gezwungen gewesen, mit der Sozialdemokratie um seine Existenz zu kämpfen. So aber hat er in der Klassenherrschaft sein Caput gefunden, das ihn sorglos und trägt macht und ihn mehr veranlaßt, sich um Hausbesitzerinteressen zu kümmern als um Volksinteressen. Wer durch Klassenmacht herrscht, der wird korumpiert und entwertet, das hat jetzt der Kommunalfreisinn erfahren, und nachhaken werden die preußischen Konservativen an sich selber genau die gleiche Beobachtung machen können.

Die fortschrittliche Presse ist natürlich über die Niederlage ihrer Parteigänger schwer betrübt, obgleich es noch schlimmer hätte kommen können — hat doch der einzige gewählte Liberale nur mit ganz knappem Vorsprung über den Sozialdemokraten gesiegt! Die „Voss. Zeitung“ beschäftigt sich mit dem bemerkenswerten Verhalten der Konservativen, über das sie schreibt:

Wenn es den Liberalen nicht gelungen ist, ihre sechs Mandate sämtlich zu behaupten, so trägt auch die verfehlte Taktik der Konservativen die Mitschuld. Diese Partei, die sich sonst gar nicht genug tun kann in Ansehen zur Sammlung gegenüber der roten Flut, hat es jetzt gedrückt, in letzter Stunde ihren Anhängern strengste Stimmhaltung zur Pflicht zu machen. Diese Taktik wird den konservativen Herren noch oft vorgehalten werden.

Die konservativen Blätter dagegen ergehen sich allesamt in Ausdrücken der Schadenfreude über die fortschrittliche Niederlage, und besonders die „Kreuzzeitung“ gibt ihren Parteigängern, die durch Wahlenthaltung den Sieg der Sozialdemokratie fördern halfen, durchaus recht, sie antwortet der „Vossischen Zeitung“:

Man kann dem Schmerz der Liberalen viel zugute halten. Aber daß sie es als unsere patriotische Pflicht ansehen, freijährige Kandidaten gegen sozialdemokratische zu unterstützen, das ist Taktlosigkeit.

Ja, aber was ist denn das, wenn die Konservativen es als patriotische Pflicht der Freisinnigen ansehen, konservative Kandidaten gegen sozialdemokratische zu unterstützen? Das ist natürlich keine Taktlosigkeit, es ist, „wahres Patriotentum“ a la Herbrand!

Gefährliche Zentrumsfänger.

Der Zentrums- und Landtagsabgeordnete Jäger gibt folgende Erklärung ab:

„Das Bündnis für die Landtagswahlen im Jahre 1899 habe ich mit dem verstorbenen sozialdemokratischen Abgeord-

neten Ehrhart abgeschlossen, und zwar durch Verhandlungen während der Sitzung des Reichs- und Landtags. Der endgültige Abschluß des Bündnisses mit Ehrhart erfolgte zwischen Ehrhart und mir im Mai 1899 im Zimmer des Reichsverordnungsamtes im bayerischen Landtag. Das Bündnis wurde abgeschlossen für die Wahlkreise Zweibrücken und Speyer und wurde dann auch auf den fünfjährigen Wahlkreis München ausgedehnt, so daß zwölf liberale Abgeordnete verdrängt und durch sieben Zentrumsleute und fünf Sozialdemokraten ersetzt wurden.“ Dr. Jäger begründet dann einwiegend die politische Notwendigkeit dieses Bündnisses und fährt fort: „An der Zusammenkunft im Dom zu Speyer waren beteiligt Domkapitular Dr. Zimmermann, ein katholischer Laie und die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Ehrhart und v. Kollmar. Diese Zusammenkunft war kurz vor den Landtagswahlen im Sommer 1899, also nach meiner Abmachung, die ich im Mai im Landtag mit Ehrhart getroffen hatte. Ich habe die Sache nie so dargestellt, als habe damals eine haushälterische Führung stattgefunden. Das zweite Wahlbündnis von 1907 wurde abgeschlossen, um eine sichere Mehrheit für das neue Wahlgesetz zustande zu bringen. Dieses Wahlbündnis wurde in einem Zimmer des bayerischen Landtages von je drei Angehörigen der beiden Parteien abgeschlossen.“

Domkapitular Dr. Zimmermann erklärt:

„Durch den Abgeordneten Jäger wurden die Verhandlungen mit den Führern der sozialdemokratischen Fraktion in München eingeleitet. Die Einzelheiten der Ausführung in der Wahl wurden zwischen Ehrhart und mir allein besprochen. Als Herr v. Kollmar hierher kam, gab es nichts mehr zu verhandeln, und er brauchte keine im allgemeinen schon erteilte Zustimmung mit seinem Erscheinen dorthin zu bestreiten.“ Weiter die Zusammenkunft im Dom zu Speyer erklärt Dr. Zimmermann: „daß man dort allerdings von einem Wahlbündnis gesprochen habe, aber wie von einer schon abgemachten Sache und nicht, als ob im Dom am unerwünschten die das Zentrum hätte verhandelt werden können.“

So ist nun alles bestätigt, was die Sozialdemokratie im Allgemeinen und Genosse Kollmar im Besonderen über die sozialdemokratisch-zentrumsrische Wahlabschließung erklärt haben. Von der architektonischen Begier Kollmars, von der noch letzter Tage die „Germania“ fabelte, ist keine Rede mehr — es wird rund und nett zugestanden, daß es sich bei der Zusammenkunft im Dom zu Speyer um das Wahlbündnis gehandelt hat. Damit wären die Zentrumschwinder statt hereingefallen, wäre die Unehrlichkeit und Unwahrscheinlichkeit der führenden Zentrumsleute wieder einmal entlarvt. Und wenn die „Köln. Volks-Ztg.“ wütend fragt, warum denn die Liberalen so viel von diesem Zentrumsbündnis mit der Sozialdemokratie reden, die doch in der Vergangenheit lägen, statt von den liberalen Abmachungen mit der Sozialdemokratie zu sprechen, die erst in allerletzter Zeit getroffen worden seien, so braucht das Zentrum auf diese allernüchternste Tugendhaftigkeit wahrhaftig nicht allzu stolz zu sein, hat es doch erst in Eliaß-Lothringen mit der Sozialdemokratie anbandeln wollen! „Wo ist die Maske?“ ruft die „Köln. Volks-Ztg.“ den Liberalen zu, die sie der Enttarnung ihrer staatsfeindlichen Gesinnung zeigt. Nach den Geständnissen der Jäger und Zimmermann fällt ihr nun selbst die Maske sehr rot, um ihre Verlegenheitsröte zu verbergen!

Giesberts gegen das Zentrum. Der Reichstagsabgeordnete Giesberts hielt in Köln in einer von der Zentrumspartei einberufenen, massenhaft besuchten Frauenversammlung eine Rede zur Steuerungsfrage, die grundsätzlich von dem abweicht, was man etwa aus dem Munde des Herrn Herschel vernommen hat. Wir entnehmen den Giesberts'schen Ausführungen folgendes:

Die Tatsache der Steuerung darf nicht verdunkelt werden: sie ist aber von den Vertretern der Regierung verdrängt worden, auch von dem Reichskanzler. Ein Arbeiter mit fünfköpfiger Familie und 1200 Mk. Jahreseinkommen hat jetzt keinen mehr als vor einigen Monaten. Entspricht viel Herr Giesberts: Da dürfen die Herren von der Regierung nicht mit oberhäutigen Statistiken kommen. Es liegt eine ganz erhebliche Notlage vor.

Nach dem Einwand seiner eigenen Parteipresse, daß die Reichssteuer nicht gesenkt werden, ließ Giesberts nicht gelten. Er wies mit Recht darauf hin, daß wir in den letzten drei Jahren schon hohe Fleischpreise hatten. Er fragte: Wie soll denn der arme Arbeiter im kommenden Winter leben? Gegenüber dem „unqualifizierbaren“ Verhalten der Regierung schlug Giesberts vor: Suspendierung oder Zurückzahlung der Zuteilungsscheine. Wenn der Staatssekretär sage, daß dann 40 bis 60 Millionen weniger in die Reichskasse fließen, so laß uns das kalt lassen. Auch die Gemütskranken müssen suspendiert werden. Die Einfuhr argentinischen Fleisches muß gestoppt werden. Die Einfuhr von 50 Prozent dieses Fleisches. Das Verbot der Einfuhr von amerikanischen Büchsenfleisch und von Paturst muß aufgehoben werden. Wegen einzelner Fälle laß man doch nicht das ganze amerikanische Fleisch für ungesund erklären. Auf Grund seines Besuchs in den großen Schlachthäusern Chicagos erklärte Giesberts: Nach allem, was ich gesehen habe, würde ich die dort produzierten Waren ohne jeden Glanz genießen.

Nach der Versammlung verteilten draußen mehrere sozialdemokratische Frauen die Steuerungsflugblätter. Infolge einer von einem Zentrumsparfänger gehaltenen Hetzrede waren die männlichen Besucher der Versammlung derart fanatisiert, daß sie über die vertriebenen Frauen herfielen, ihnen die Flugblätter wegnahmen, die Kleider beschädigten, einer Frau ins Gesicht schlugen, einer anderen ins Gesicht spien, eine dritte mit Füßen trat. Einer der Exzedenten wurde zum Polizeikommissariat gebracht. Die anderen skandalösen Rowdys konnten leider nicht ermittelt werden.

Reichmann-Hollweg auf der Rippe.

Es gewinnt den Anschein, als ob die Steifung des Reichskanzlers von Reichmann-Hollweg ernstlich erschüttert wäre, wenigstens wegen des Marokko-Abkommens an sich, als wegen der Art, wie von der offiziellen Presse — zweifellos unter Billigung des Reichskanzlers — der Staatssekretär von Lindemann behandelt wurde. Nach Mitteilungen macht sich selbst in der Umwandlung des Kaisers eine große Mißstimmung gegen den Kanzler geltend, und die „Voss.“ kann hinzufügen, daß nach ihrer neuesten Kenntnis der Dinge selbst in der kaiserlichen Familie mehrere Mitglieder ganz entschiedene Gegner des Reichmann'schen Marokko-Abkommens sind. Auf Auslassungen der „Voss.“, die in der ganzen Marokko-Frage eine höchst einseitige Rolle gespielt hat, ist zwar nicht viel zu geben, aber die Kreise, die hinter der „Voss.“ stehen, haben ohne jeden Zweifel einen ganz bedeutenden Einfluß, und es wäre nicht das erste Mal, daß auf Umwegen auf den Kaiser zum Nachteil eines Kanzlers eingewirkt würde. Man hat schon bei der Ernennung des Herrn von Reichmann-Hollweg zum Reichskanzler dies lediglich als ein Probatorium aufgefaßt. Die ganze Art, wie der Kanzler Politik betrieb, hat, müßte diese Auffassung erheblich bestärken, und es ist deshalb keineswegs unwahrscheinlich, daß die Kanzlerherrlichkeit des Herrn von Reichmann-Hollweg schon in der nächsten Zeit ein ebenso unruhiges Ende finden wird, wie seine ganze Tätigkeit auf diesem Gebiete nicht den geringsten Nutzen machen kann.

Die Presse des Schwarz-Blauen Blocks allerdings kommt dem Reichskanzler zu Hilfe. So behauptet die „Germania“, daß an dem unglücklichen Ausgang der Marokko-Angelegenheit der Herr v. Bülow schuld sei, der Herr von Reichmann-Hollweg in der vollständig verfahrenen Marokko-Angelegenheit eine sehr ablehrende Haltung hinterlassen habe.

Auch die „Kreuzzeitung“ bringt einen langen Artikel, in dem hervorgehoben wird, daß Reichsbesitzer worden sei, wie hätten in Marokko nur wirtschaftliche Interessen, woraus zu schließen war, daß von allem Anfang an nicht die Abticht bestanden hat, in Marokko Gebietserwerbungen vorzunehmen. In einer Nachschrift zu dem Artikel sagt die Redaktion der Kreuzzeitung, daß die liberale Wirkung der Marokko-Affäre darin bestehe, daß im Ausland der Eindruck erweckt wurde, als sei man vor den Eroberungen Englands zurückgeworfen und habe aus diesem Grunde von einem Appell an die Waffen abgesehen. Die Kreuzzeitung hofft schließlich, daß bei den bevorstehenden Reichstagsverhandlungen der Gedanke des „Friedens um jeden Preis“ einstimmig zurückgewiesen wird, und daß es der Regierung auch gelingen wird, die wegen ihrer Haltung in der jüngsten Vergangenheit geäußerten Besorgnisse zu zerstreuen.

Die unglückliche Tagung in Karlsruhe. Am Sonntag, dem zweiten Verhandlungstage, wurde die 13. ordentliche Vertreterversammlung des Reichsverbandes der Vereine der national-liberalen Jugend geschlossen. Angenommen wurde eine Resolution, in der eine energische Weiterführung der von Bismarck

Die letzten Tage von Pompeji.

Von E. Fulwcr.

59] 25. Kapitel.

Julia besucht Arbaces. — Der Erfolg dieser Zusammenkunft. Arbaces sah in einem Zimmer, welches nach seinem Garten auf eine Art von Balkon oder Säulengang hinausging. Seine Wangen war bleich und eingefallen durch die körperlichen Leiden, die er erduldet hatte; seine eiserne Natur hatte sich jedoch von den gefährlichen Folgen jenes Zufalles wieder erholt, der in dem Augenblick des vermeintlichen Sieges seinen schändlichen Abgang entgegengetreten war. Die erstarrte Luft, welche seine Stirn kühlte, belebte die erschöpften Nerven, und das Blut strömte wieder ruhiger, als seit einigen Tagen in seinen Adern.

„So ist also“, dachte er, „der Sturm des Schicksals vorüber gegangen. — Das Unglück, welches mein Leben bedroht hat, ist erloschen, und ich lebe noch! Es geschieht, wie die Sterne es vorher verkündet hatten, und jetzt erwartet mich jenseits des Abgrundes die lange, glänzende und glückliche Daulbahn, welche jenem Unfall, wenn ich ihn überlebte, folgen sollte — ich habe die letzte Gefahr meines Geistes überwunden! Jetzt habe ich bloß den Gärten meines besseren Loses, jeder und ohne Besorgnis für die Zukunft, zu pflanzen und anzubauen. Vor allen Dingen, selbst vor dem der Liebe — will ich zuerst der Ruhe leben! Dieser griechische Knabe, der meiner Leidenhaft in den Weg getreten ist, der meine Pläne vernichtet, mir selbst noch entgegen ist, als der Stahl bereits sein vernichtetes Blut trüben sollte — wird mir nicht wieder eintreten. — Aber welche Rolle soll ich wählen? — Das muß ich reichlich überlegen. O, wie, wenn Du wirklich eine Göttin bist, so erlaube mich mit deiner Begünstigung!“

Der Neghpter verstand in ein tiefes Nachdenken, welches ihn jedoch keine Gedanken und keinen Anschläge zu gewähren ließ. Ein Plan nach dem anderen wurde aufgegeben, und er wendete sich in brüderlicher Umarmung von einer Seite zur andern; einigemal schlug er sich an die Brust und schrie laut auf in dem brandenden Gefühl seiner Rache, und dem Bewußtsein seiner Unfähigkeit, sie zu thun, als er es möchte, auszusprechen. — Jetzt trat ein junger Sklave herein in das Zimmer. Eine nach ihrem Anzuge und dem der Clavis, die sie begleitete, kommene Frau ist eben eingetreten und wünscht Arbaces zu sprechen.

„Gut Frau!“ — seine Lippen gingen schnel. „Ja sie ist.“

„Höre sie zu mir“ — sagte der Neghpter, und für einen Augenblick glaubte er, die Fremde könne Jone sein.

Der erste Blick auf die Eintretende geriet jedoch, um ihm diesen Irrtum zu benehmen. Sie war allerdings ungefähr von der Größe und vielleicht auch von dem Alter der Jone, sie war von Höflichkeit und regelmäßiger Gestalt — aber es lag etwas so Heißes und Unruhiges in jeder Bewegung der unvergleichlichen Republikanerin — ihrem fittamen und einfachen Anzuge, ihrem würdigen und doch anpruchsvollen Benehmen — die Leidenschaft und die Ehrfurcht gebietende Majestät des Weibes waren in ihr vereinigt.

„Entschuldige, daß ich dir nicht entgegenkomme“, sagte Arbaces, „ich leide noch an einer Krankheit, die mich ergriffen hat.“

„Entschuldige, großer Neghpter“, erwiderte Julia, indem sie unter einer Schmeichelei die Furcht zu verbergen suchte, die sie schon erlitt, — vergib einer Unglücklichen, die bei deiner Weisheit Trost sucht.“

„Nimm näher, schöne Fremde“, sagte Arbaces, „und sprich ohne Besorgnis und Rückhalt.“

Julia setzte sich auf einen Lehstuhl neben den Neghpter und sah sich verständig in einem Zimmer um, dessen kostbare Ausstattung selbst den Luxus in dem Hause ihres Vaters übertraf; und erlitt sie die hieroglyphischen Inschriften an den Wänden, die mühseligen Anzüge der Spinnere, der Dreihub in einer weichen Entfernung, und vor allem das erste und gemeine Benehmen des Arbaces selbst mit einem fast unheimlichen Gefühl. Ein langes weißes Gewand bedeckte eben wie ein Schleier einen Teil seiner schwarzen Leiden, und ging bis auf die Hüfte herab; seine Hüfte waren durch seine bleiche Gesichtsfarbe nur desto ausdrucksvoller geworden, und seine dunklen, flammenden Haare schienen den Schleier der Julia zu durchdringen und die Geheimnisse ihres eisten und letzten Gemüts zu erschließen.

„Und was“, sprach er mit leiser, tiefer Stimme, „was führt dich, o Mädchen, in das Haus des morgenländischen Fremden?“

„Sein Ruf“, erwiderte Julia.

„Und welcher?“ fragte er mit einem ironischen Lächeln. „Kannst du noch fragen, o Arbaces. Ist nicht ganz Pompeji von dem Rufe deiner Weisheit erfüllt?“

Julia, welche vielleicht glaubte, durch ihre Reize den Magier für ihr Schicksal mehr zu gewinnen, schlug nach einigem Bedenken den Schleier zurück.

„Du kommst, um unglücklicher Liebe wegen die Rats bei mir zu erholen“, sagte der Neghpter; „welchen anderen Liebeszauber kann ich Dir aber geben, als den Deine Schönheit selbst Dir schon angewöhnt?“

„O, höre auf mit diesen Schmeicheleien“, sagte Julia, „ich wollte allerdings um einen Liebeszauber Dich bitten.“

„Schöne Fremde“, erwiderte Arbaces etwas ungeduldig, „Liebeszauber gehören nicht zu den Geheimnissen, die ich meinen mitternächtlichen Studien verdanke.“

„Wirklich nicht? — Dann entschuldige, großer Arbaces und lebe wohl!“

„Weibe noch“, sagte der Neghpter, welcher, trotz seiner Leidenhaft für Jone, durch die Schönheit der Julia nicht ungerührt geblieben war, und, hätten seine Gesundheitsumstände es gestattet, verückt haben würde, durch andere Mittel, als durch die Hilfe übernatürlicher Weisheit sie zu trösten.

„Weibe noch, denn wenn ich auch die Zauberei der Liebesdränke denen überlassen habe, die sich mit solchem Trinken beschäftigen, so war ich doch nicht so unempfindlich gegen die Schönheit, daß auch ich in meiner früheren Jugend dieser Mittel mich nicht bedient haben sollte. Ich kann Dir wenigstens Rat geben, wenn Du aufrichtig gegen mich sein willst, sage mir daher zuerst, ob Du verheiratet bist, wie Dein Anzug es andeutet.“

„Ja“, erwiderte Julia.

„Und willst Du vielleicht einen reichen Geliebten gewinnen?“

„Ja“ — rief der Neghpter bestig, indem ihm das Blut in die Wangen stieg; „ich kenne doch einen jungen und ehesten Reichen in Pompeji. — Kann es Gladius sein, von dem Du sprichst?“

„Ach, verrate mich nicht, dieses ist allerdings sein Name.“ (Fortsetzung folgt)

begonnen und von Bülow fortgesetzten Anstehungsprozess ver- langt wird. Weiter wurde ein Antrag angenommen, nach welchem den Vereinen empfohlen wird, sich mehr und eingehender mit den grundsätzlichen Fragen der Kommunalpolitik zu be- fassen. Schließlich wurde noch ein Vortrag über die Privat- angestellten und ihre Forderungen an die Gesetzgebung entgegen- genommen. — In einer Resolution wird die einheitliche Regelung des Privatangestelltenrechts durch Reichsgesetz verlangt.

Verkauf und Bestimmung vor dem Ehrenrat. Ein Berliner Mittagsblatt will erfahren haben, daß der bisherige Staatssekretär v. Lindquist wegen der heftigen Form, in der er von den offiziellen Blättern angegriffen worden ist, sich in seiner persönlichen Ehre beeinträchtigt fühlt und deshalb den militäri- schen Ehrenrat anrufen beabsichtigt. Dieser Schritt soll ihm von einem hohen Offizier dringend angeraten worden sein. Wenn Herr v. Lindquist seine Absicht in die Tat umsetzt, und wenn der Ehrenrat dann die ganze Haltung des Staatssekretärs für berechtigt ansieht, dann ist das indirekt eine Schlappe für den Reichstänzer.

Konservative „Pfeiler der Sozialdemokratie“. Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen in der dritten Klasse hat der deutsch-konservative Verein seine Mitglieder aufgefordert, sich unbedingt der Stimme zu enthalten. „Dieser Ent- schluß ist durchaus zu billigen“, bemerkt die „Deutsche Tagesztg.“, jedenfalls wird er endlich Klärung in Berlin bringen.

Die Berliner Konservativen verweigern also dem Fort- schritt ihre an sich recht unbeträchtliche Wahlhilfe gegen die Sozialdemokratie, was uns natürlich in Anbetracht des End- erfolgs nur recht sein kann. Man erinnert sich aber noch leb- haft, wie die Düsseldorf Nationalliberalen in der konservativen Presse angegriffen wurden, als sie bei der letzten Reichstags- wahl genau dasselbe taten, was die Konservativen jetzt in Berlin tun. Die schwarz-blauen Herren sind es gewohnt, daß manen bei Liberalismus die Kasanien aus dem Feuer holt, dar- um sind sie maßlos erkrankt und entrüstet, wenn er ihnen ein- mal insolge allzu schlechter Behandlung den Dienst verweigert. Was sie selbst tun, ist natürlich ihre eigene Sache, sie sind ja die Herren. Der Knecht hat die Befehle des Herrn auszuführen, der Herr handelt aus eigener Erbschaft und läßt sich von seinen Dienern nicht dreinezen.

Eine konservative Antwort. Für die Niedertage der Liberalen bei den Stadtverordnetenwahlen in Berlin glaubte die „Vossische Zeitung“ die „perfide Taktik der Konservativen“ mit verantwortlich machen zu können. Darauf gibt nun die „Kreuz- zeitung“ folgende Antwort:

Man kann dem Schmerz der Liberalen viel gute halten. Aber daß sie es als unsere patriotische Pflicht an- sehen, freimüthige Kandidaten gegen sozialdemokratische zu unterstützen, das ist Taktik. Diese beiden Parteien sind jetzt bei allen Wahlen gegen uns verbündet, sie beschimpfen uns täglich um die Wette, und wenn alle nur wenige Kon- servative in der Selbstentäußerung so weit gehen, trotzdem noch für einen freimüthigen Kandidaten zu stimmen, so sind die Freimüthigen die letzten, die dagegen etwas einwen- den können. Die Wahl am Sonntag ist liberale Forderung. Wenn erst alle Forderungen des Liberalismus auf dem Gebiete des Wahlrechts und des Wahlverfahrens durchgeführt sind, dann wird in Berlin überhaupt nur noch sozialdemokratisch gewählt. Es verschlägt also auch in der Praxis gar nichts, ob die Konservativen sich der Stimme enthalten oder nicht.

Die Wahlschlacht der agrarischen Mittelständler. Die „Deutsche Mittelstandszeitung“, das Organ der vom Bunde der Landwirte gegründeten Deutschen Mittelstandsvereinigung, ver- öffentlicht die folgende Wahlschlacht:

Der Feind steht links, und zwar ganz links, es ist die revolutionäre Sozialdemokratie aller Schattierungen, und es sind diejenigen Parteirichtungen, welche entweder bei der Haupt- oder doch bei der Stichwahl mit ihr gemeinsame Sache machen, wenn auch nur, um Mandate zu erschaffen. Wir wissen, daß uns diese Haltung gegenüber Parteien, welche noch zu bürgerlichen gerechnet werden wollen, von verschiede- nen verübelt wird, können aber nicht anders handeln als Rückfichten auf das Deutsche Reich und uns selbst. Von der Sozialdemokratie trennt uns eine ganze Welt.

Das bide Ende. Nach einer von der „Königlichen Sta-“ veranstalteten Umfrage unter hervorragenden deutschen Sach- verständigen über den Wert der deutschen Kolonie ist das Kompensationsgeschäft für Deutschland als vorteilhaft zu be- zeichnen. Notwendig aber ist es nach Auslassungen, die ge- nügenden Mittel zu beschaffen, um in wenigen Jahren die Einrichtung und Instandsetzung der Kolonie zu vollziehen. Vorrat ist mit einer starken Ver- mehrung der Schutztruppe Kameruns zu rechnen. Angeht die Tatsache, daß die Schutztruppen eine ungeheuer kostspielige Einrichtung sind, ist anzunehmen, daß vom Reichs- tag eine enorme Summe verlangt werden. Die „Sachver- ständigen“ der Regierung werden natürlich nicht verfehlen, das Kompensationsgeschäft als ein Seitenstück zu dem biblischen Paradies hin- zustellen. Was man in Deutschland auf dem Gebiete phantasti- scher Märchenmärchen zu lesen versteht, dafür hat uns Dernburg mit seiner ansehnlichen Dattelliste eine Probe ge- liefert.

Gegen die Forderung protestieren über tausend Eisen- bahnarbeiter und Arbeiter des Eisenbahnverkehrsbezirks Kassel. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der eine allgemeine Lohnherabsetzung für alle Arbeiter und Handwerker in den Eisenbahnbetrieben gefordert wird. Ferner bemängelte die Versammlung die überhäufte Art der Kartoffelbezüge durch den Staatsbahnenvereinsverband, wo- durch schlechte Kartoffeln teurer bezogen werden seien.

Eine wirksame Drohung. Die Magistrat von Rüstingen und Wilhelmshaven erließen nach gegen- seitiger Verständigung vorige Woche einen Anschlag, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die Verkaufspreise verschiedener Lebensmittel, speziell Kartoffeln, in keinem Verhältnis zu den Engrospreisen ständen. Die Händler wurden öffentlich aufge- fordert, innerhalb acht Tagen die Verkaufspreise herabzusetzen, andernfalls die Kommunalverwaltungen direkt einzukaufen und so billiger verkaufen würden. Die Aufforderung hatte Wirkung. Jetzt werden Kartoffeln, die vorige Woche noch mit 3,30 bis 4 Mark pro Zentner verkauft wurden, von den Händlern mit 2,20 Mark angeboten. Steckrüben, die pro Zentner mit 3 Mark verkauft wurden, sind jetzt für 2 Mark zu haben. Auch die Fleischer haben, um der Fleischfrage durch die Städte auszuweichen, die Verkaufspreise um 10 Pfennig pro Pfund ermäßigt. Die Abgabe von Seefischen zu Einkaufspreisen hat der Konsumverein in die Hand genommen, der auch einen großen Teil Schweine eigener Mästung selbst geschlachtet hat und an seine Mitglieder zu billigen Preisen abgibt.

Ein feltamer Durchfallskandidat. Wie aus Essen ge- meldet wird, haben die Konservativen, Deutschhosen und Christlichsozialen des Reichstagswahlkreises Duisburg-Oberhausen dem Feldmarschall Graf Haeseler die Reichstagskandidatur angeboten, und dieser soll unter der Bedingung angenommen haben, daß er im Fall seiner Wahl sich keiner politischen Partei anschließen, sondern sein allen Deutschen bekanntes nationales Programm vertreten werde.

Die Konservativen, Antifemiten und reaktionären Mittelalter rechnen, wie es scheint darauf, die Kandidatur eines selbsthätigen Feldmarschalls werde dem Duisburger Bürgertum so imponieren, daß es begeistert den Grafen Haeseler mit seinem kaiserlichen nationalen Programm wählen wird. Die Duisburger Antie-

miterliche täuschen sich. Ihr Kandidat wird voraussichtlich über- haupt nicht in die Stichwahl kommen, sondern schon im ersten Wahlgang glatt durchfallen, da in diesem Wahlkreis ganz an- dere Parteien maßgebend sind.

Nationalliberaler Dank. Die babilische Zentrums- presse liegt, wie das bereits anders zu erwarten ist, mit den National- liberalen wegen der Konstanzer Wahl noch in sich rier Fehde. Daher spielt auch das Wahlabkommen mit den Sozialdemo- kraten eine große Rolle. In unbräutlicher Feigheit verlegt sich die liberale Presse aufs Leugnen.

Das liberale Blatt in Singen, dem Wohnsitz des neu- gewählten Abg. Schmid, schreibt auf einen Angriff des dortigen Zentrumsorgans:

„Wir stellen hiermit auf Grund genauer Kenntnis des Sachverhalts fest, daß diese zentralistische Behauptung eine grobe Unwahrheit ist. Reichstagsabg. Schmid hat keine auf die Stichwahlhilfe bezüglichen Bedingungen unterzeichnet.“

Demgegenüber erklärt der sozialdemokratische Parteisekretär für Oberbaden, der in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden der badischen sozialdemokratischen Landesorganisation die Verhandlungen mit den Nationalliberalen leitete: Der (natl.) Kandidat Schmid, welcher an der Sitzung nicht teilnehmen konnte, hatte schon im Laufe des Tages dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Kreiswahlkomitees erklärt, daß er die gestellten Forderungen an- erkenne, da er ganz auf dem Boden der Forderungen stehe. Die Vertreter der Liberalen gaben in der Sitzung die gleiche Er- klärung ab. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die anwesenden Vertreter der beiden liberalen Parteien erklären im Einverständnis und im Auftrage des Kandidaten Herrn Schmid, daß er im Falle seiner Wahl für solche Belege und Gesetzesänderungen, wie sie in der Resolution des Jenaer sozialdemokratischen Parteitags verworfen werden, nicht ein- treten wird.“

Die Erklärung wurde mündlich abgegeben und vom Ge- meinen Engler, dem Parteisekretär in Papier gebracht. Eine Unterschrift oder eine schriftliche Erklärung von Herrn Schmid zu verlangen, hatten wir unter den gegebenen Umständen keinen Anlaß.“

Das Jahrbuch der Millionäre. Der bekannte Regie- rungsrat Martin hat nunmehr sein Jahrbuch der Millionäre er- scheinen lassen. Es wurde bekanntlich feierlich, als die ersten Druckbogen fertig waren, blicksahnhaft, weil man vermutete, daß die Angaben über die Vermögensverhältnisse der Mil- lionäre auf andere Weise aus dem Steuermaterial der Ver- hördnen erhoben seien. Die Reichsregierung wurde aufgedeckt, da sich jeder Verdacht nicht beseitigen ließ. Das Jahrbuch der Mil- lionäre, das 1600 Seiten umfaßt, weist die Namen und Adressen von 3900 Millionären nach, unter Angabe ihres Vermögens und der Steuerleistungen. Inwiefern die Angaben immer zutreffend sind, läßt sich natürlich nur schwer nachkontrollieren. Höchst un- bequem muß aber diesen 4000 die Veröffentlichung sein, denn es wird jetzt angeklagt, daß im preussischen Landtag von Mil- lionären verschiedener Parteien eine Interpellation eingebracht werde, die bezwecken soll, daß die Statistik künftighin vorsichtiger in der Publizierung der Vermögensverhältnisse der oberen Schicht sein soll.

Freisprechung von der Anklage wegen Majestäts- beledigung. Vor der Strafkammer in Straßburg i. E. sind gegen den Chefredakteur des „Journal d'Alsace-Lorraine“, Leon Boll, ein Prozeß wegen Majestätsbeledigung statt. Boll hatte in seinem Blatt die Tatsache einer Kritik unterzogen, daß der Kaiser der Straßburger Bürgermeister zum Stellvertreter des Kreuzers „Straßburg“ eingeladen hatte, und hatte diese Geisse eine „rein personelle Handlung“ genannt. Der Erste Staatsanwalt Dagmann beantragte vier Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte nach vierstündiger Sitzung das Urteil, das auf Freisprechung des Angeklagten lautete.

Das Herrenhausmitglied Kempnermeister Plate ist, wie aus Hannover gemeldet wird, dort in einer Versammlung von Vertrauensmännern der Mittelstandsvereinigung als Reichstagskandidat für den 8. hannoverschen Wahlkreis Han- nover-Linden aufgestellt worden. Auch für den Durchfall.

Zum Fall Lindquist. Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ kann auf Grund „sicherer Informationen“ feststellen: „Der Staatssekretär des Kolonialamts hat erst am Montag, den 30. Oktober, amtlich Kenntnis von der endgültigen Fassung des Kongo-Abkommens erhalten. Bis dahin war das Kolonialamt zwar zu Gutachten über die verschiedenen auftauchenden Projekte und Kompensationsmöglichkeiten auf- gefordert worden, die definitiven Absichten des Herrn von Kiderlen-Waechter blieben aber solange dem Herrn v. Linde- quist verborgen.“

Das Marokko-Abkommen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht am Montagabend das deutsch-französische Ab- kommen über Marokko und das Abkommen über die beider- seitigen Besitzungen in Äquatorial-Afrika. Der Inhalt der Ver- öffentlichung deckt sich mit den bereits verbreiteten Meldungen über das Resultat der Aktion.

Ausland.

Die englischen Gemeindevahlen brachten den Parteien der Linken, namentlich den Sozialisten und Ar- beitern, ansehnliche Gewinne. Nach den vorliegenden Nach- richten haben die Liberalen 61, Arbeiter und Sozialisten 54, konservativ 41, Unabhängige 9 Gewinne zu verzeichnen. Einige Sitze nahmen die Liberalen der Arbeiterpartei ab, ver- loren aber an diese 15. In Birmingham, wo infolge Eingemeindungen ein ganz neuer Rat gewählt wurde, behaup- teten Konservativ und Unionisten die Mehrheit, aber sechs So- zialisten wurden gewählt. In Liverpool hatten Libe- rale und konservativ eine Wahlkompromiß geschlossen. Das hinderte nicht, daß die Arbeiter, die in fünf- zehn Bezirken kämpften, jeder der beiden alten Parteien drei Sitze abnahmen. — Frauen, die nach dem Gemeindegesez wahlberechtigt sind, kandidierten nur wenige, und noch weniger wurden gewählt. In Oldham wurde die Bürger- meisterin wiedergewählt. In Colchester wählte eine Dame von 101 Jahren. Solch erklärte sie, daß sie ihre konservative Gesinnung nicht geändert habe. Im Nachwuchs fehlt es den Konservativen alle nicht.

Ein alter Jupp. Bei der Züricher National- ratswahl kamen eine Reihe Juppel vor, die durch die Aufstellung derselben sozialdemokratischen Kandidaten in beiden Wahlkreisen verursacht waren. Da im ersten Kreise sieben, im zweiten nur fünf Abgeordnete zu wählen waren, kam es vor, daß im zweiten Kreise zum Teil nicht die offiziellen Kandidaten, sondern die überzähligen der anderen Liste auf die Zettel ge- schrieben wurden. — Daneben war die Wahl der Ge- schworenen vorzunehmen, deren im dritten Kreise 74 zu wählen waren. Auch hier gab es durch die Vorschrift, daß die Namen geschrieben sein müssen, mancherlei Verwirrung und unglückliche Stimmen, wenn doch gebrauchte Verzeichnisse ab- gegeben wurden. Diese Vorschrift der handgeschriebenen Zettel hat wohl den Zweck, die Freiheit jedes Wählers dadurch sicher- zustellen, daß keiner in die Lage kommt, anders als durch eigene Handlung seinen Wahlzettel herzustellen. In Wahrheit ist in kleinen Gemeinden, wo man einander genau kennt, das Erfordernis der Handschrift — selbst Maschinenschrift ist nicht als zulässig — ein Mittel, das Wahlgewinn zu- nichte zu machen. Dort aber, wo große Parteien ein- ander gegenübersehen, ist es nichts als eine unüberwindliche Er- schwerung des Wahlaktes. Die Juppel mit dem Namen der be- züglichen Kreise muß. Es wäre wirklich an der Zeit, gefällig- manchem anderen Kram aus dem alten Brautrock

kleben, einer modernen Demokratie unüberwindlichen Jopp zu be- stelligen.

Die Enthüllung des Ferrerdenkmals in Brüssel. Am Sonntag wurde in Brüssel für Francesco Ferrer ein Denkmal enthüllt. Das Monument ist durch Beiträge von Freiwerkern aus allen Teilen der Welt errichtet worden. Der Brüsseler protestantische Pfarrer Donard hielt die Weihrede. Das Denkm- al, das von dem belgischen Bildhauer Buellemans geschaffen worden ist, stellt einen Genius dar, der das Symbol der Volks- aufklärung, eine brennende Fackel, zum Himmel emporhebt. Zur Feyer waren die Tochter Ferrers und Delegierte aus der ganzen Welt nach Brüssel gekommen. Der deutsche Professor Pöckel hatte ein Zustimmungstelegramm gesandt.

Arbeiterbewegung.

Zur Tabakarbeiteransperrung.

Der Vorstand des westfälischen Zigarrenfabrikanten-Ver- bandes, der seine Stellungnahme zu den ihm am 13. Oktober unterbreiteten Einigungsanträgen davon abhängig machte, daß erst die unter Nichtannahme der Aufständigenfrist aus- ständigen Arbeiter sich zur Wiederaufnahme der Arbeit melde- ren, die Arbeit aufnehmen sollten, hat der Neumerkommission die Mitteilung zugehen lassen, daß er auf diese Arbeitsbesetzung keinen Wert mehr lege. Hieraus hat auch die Neumerkommission die gleiche Erklärung dem westfälischen Zigarrenfabrikanten-Ver- band zugehen lassen, mit der bestimmten Anfrage begleitet, ob — angesichts dieser beiderseitigen Erklärungen — der Vorstand des westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verbandes nunmehr geneigt sei, zu den überreichten Einigungsanträgen Stellung zu neh- men. Die Antwort hierauf ist der befragte Vorstand schuldig geblieben.

Die Zahl der Ausgesperrten beträgt zurzeit in Westfalen und Lippe nahezu 10 000, darunter mehr als 4000 weibliche Mitglieder.

Die bei den im westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verband organisierten Firmen in Hamburg-Altona und Bremen und Magdeburg beschäftigten organisierten Arbeiter legen eben- falls die Arbeit nieder, weil ihnen zugemutet wurde, Streikarbeit zu verrichten, und weil sie nicht gewillt waren, ihren Mitarbeitern in Westfalen in den Rücken zu fallen. Die Zahl der Ausständigen beträgt in diesen Industriegebieten 2500, darunter nahezu 1000 Tabakarbeiterinnen.

Insgesamt stehen 12 500 Tabakarbeiter, darunter 5000 Ar- beiterinnen, im Auslande.

Wie nun bestimmt verlautet, werden alle übrigen Zigarren- fabrikanten, die den Arbeitgeber-Verbänden Hamburg-Altona, Altona, Bremen und Umgegend und Blumenthal, Altona, Bremen und Umgegend und Blumenthal angehören, ihre organisierten Arbeiter aussperr- en, wenn die ausständigen Tabakarbeiter ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Ausständigen lehnen es ab, dieser Forderung zu entsprechen, jedoch die Zahl der Ausständigen und Aus- gesperrten, wenn diese Androhung zur Tat werden sollte, sich um mehrere Tausend vermehren wird. Der Plan der Tabakindustrie, die Tabakarbeiter niederzuzwingen, wird nicht gelingen. Alle Maßnahmen der Tabakindustrie werden die Entschlossenheit der Tabakarbeiter nicht ins Wanken bringen. Vor Zugung nach dem westfälisch-lippischen Industriegebiet, Ham- burg-Altona, Bremen und Umgegend wird streng gewarnt, auch gezwungen, für diese Betriebe Arbeit anzunehmen. Zigarren- arbeiter, Zigarrensortierer, Packer, Verkäufer und Fertigmacher aller Orte, übt Solidarität! Die Namen der Fabrikanten, die den Arbeitgeber-Verbänden angehören und aussperrten, werden in den nächsten Tagen bekannt gegeben.

Verurteilung des Kampfes im Hamburger Holzgewerbe.

Auf Veranlassung der beiderseitigen Zentralkomitees fanden Ende Oktober in Berlin erneute Einigungsverhandlungen statt, zu deren Führung die zentrale Schiedskommission für das deutsche Holzgewerbe berufen wurde. Die örtlichen Parteien waren durch je drei Vertreter anwesend. Es fand eine Einigung zwischen den Parteien selbst nicht statt, worauf die zentrale Schieds- kommission einen Schiedsspruch fällte, welcher sich erstreckt auf die Bestimmungen des paritätischen Arbeitsnachweises, auf Ar- beitszeit, Arbeitslöhne, Akkordtarife, Montagezuschüsse usw. Nach dem Schiedsspruch bleibt der paritätische Arbeits- nachweis obligatorisch, so wie er vor dem Kampfe bestanden hat. Die Arbeitszeit wird um eine Stunde verkürzt; die Lohn- und Gehälter steigen um 6 resp. 7 Pfg. pro Stunde innerhalb der Vertragsdauer. Der Vertrag läuft bis zum 15. Februar 1915. Am 3. November fanden in Hamburg die Verhandlungen der Unternehmer und der Arbeiter zu gleicher Zeit statt, um zu dem Resultat der Schiedsprüche Stellung zu nehmen. Beide Ver- sammlungen stimmten dem Schiedsspruch zu, jedoch am Montag, dem 6. November, die Arbeit aufgenommen werden konnte. Der paritätische Arbeitsnachweis beginnt sofort seine Tätigkeit.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß zur Zeit in Hamburg eine größere Anzahl streikender und arbeitsloser Holz- arbeiter noch vorhanden sind. Es sind noch etwa tausend Ar- beitslose am Orte, die meistens verheiratet und demzufolge an den Ort gebunden sind. Die Aufträge und Arbeiten sind in größerer Zahl während des Kampfes noch ausstehend vergeben worden, jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach in Hamburg in den letzten Wochen eine recht bedeutende Arbeitslosigkeit einsetzte. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß der Zug nach Hamburg vertrieben wird. Der Holzarbeiter-Verband muß von seinen Mitgliedern unter allen Umständen so viel Disziplin verlangen, damit das mit so schweren Opfern erlangte Resultat nicht durch ein Ueberangebot von Arbeitslosen in der ersten Zeit des Frie- dens wieder in Frage gestellt wird. Darum, Holzarbeiter, in allen Orten! Haltet den Zug fern, bis sich das Gewerbe in Hamburg wieder so weit erholt hat, daß Ihr dort Euro- pfen Plätze einnehmen könnt!

Streik im Berliner Transportgewerbe. In dem Fuhr- geschäft von Gebr. Richter, Frankfurter Allee, haben am Sonnabend die Kutscher und Arbeiter die Arbeit eingestellt. Die Firma beschäftigt etwa 50 Kutscher für Vieh- und Fleischtrans- port und 18 Chausseufuhrer. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei dieser Firma sind bedeutend schlechter als in anderen- gleichen Betrieben. Die Kutscher erhalten 26—27 Mark Wochen- lohn, während in anderen Betrieben 30—35 Mark Lohn gezahlt werden. In letzter Zeit gelang es dem Transportarbeiterverband, die Kutscher zu organisieren. Die Firma ersuchte die Leute, von der Ausübung ihres Koalitionsrechts abzusehen. Im Laufe dieser Woche wurden nun sämtliche Arbeiter befragt, ob sie dem Transportarbeiterverbande angehören und denen, die diese Frage bejahten, wurde gesagt, daß sie bis Freitag ihren Aus- tritt erklären mußten. Darauf stellten sich die Arbeiter geschlossen die Arbeit ein.

Seit Freitag nacht ist der Betrieb von der Polizei be- lagert, die den Eingang und die Ausfahrt streng bewacht. Im Laufe des Sonnabend vormittag wurden einige Arbeits- willige unter starker polizeilicher Bedeckung auf die Tour. Auch Gehilfen scheinen ihre Dienste schon aufgenommen zu haben.

Genossen!

Agitiert überall für die Arbeiterbewegung!

Verantwortliche Redaktionen: Reichsbund der Arbeiterbewegung, Berlin, Wilhelmstr. 10. — Berlin, Wilhelmstr. 10. — Berlin, Wilhelmstr. 10. — Berlin, Wilhelmstr. 10.

mal einen Klotz ins Rote Haus schießt, hat man mit ziemlichlicher Fassung ertragen, obwohl die Sicherung dieses geheiligten Burgfriedens vor republikanischer Umsturz eine Aufgabe ist, der sich alle freiwilligen und unwillkürlichen Lakaten mit größtem Eifer widmen. Von den 48 Mandaten der dritten Wählerklasse sind jetzt 43 sozialdemokratisch, und die Zeit ist nicht mehr fern, da man auch für diese letzten Freisinn-Mobilianer, wie jetzt für Herrn Rosenow, ein sicheres Unterkommen in der ersten oder zweiten Klasse wird suchen müssen.

Seute stehen die Dinge so, daß die Vertreter von 33.000 Wählern der beiden ersten Klassen in der Stadtverordnetenversammlung über 96 Sitze verfügen, während die dritte Klasse mit 354.546 Wählern sich mit 48 Sitzen begnügen muß. In den beiden privilegierten Klassen, von denen die erste übrigens nur 832 Wähler — 832 haben ebensoviele Rechte wie 354.546! — dominiert der Freisinn, in der dritten Klasse ist er dagegen so gut wie weggeschwitten. Der Freisinn hat die erdrückende Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, die Sozialdemokratie hat eine überwältigende Majorität der Bevölkerung hinter sich! Ein unheilvoller, unhaltbarer Zustand!

In der vernichtenden Niederlage des Kommunalfreisinn offenbart sich die Tragik jedes Privilegienwahlsystems — es ruiniert die Partei, die es äußerlich schützt. Wahrscheinlich hätte der Liberalismus doch nicht ganz so kläglich abgeschnitten, wäre er seit Jahr und Tag gezwungen gewesen, mit der Sozialdemokratie um seine Existenz zu kämpfen. So aber hat er in der Klassenherrschaft sein Caput gefunden, das ihn sorglos und träge machte und ihn mehr veranlaßte, sich um Hausbesitzerinteressen zu kümmern als um Volksinteressen. Wer durch Klassenwahlrecht herrscht, der wird korruptiert und entartet, das hat jetzt der Kommunalfreisinn erfahren, und nächstens werden die preussischen Konservativen an sich selber genau die gleiche Beobachtung machen können.

Die fortschrittliche Presse ist natürlich über die Niederlage ihrer Parteigänger schwer betrübt, obgleich es noch schlimmer hätte kommen können — hat doch der einzige gewählte Liberale nur mit ganz knappem Vorsprung über den Sozialdemokraten geseigt! Die „Post“ Zeitung beschäftigt sich mit dem bemerkenswerten Verhalten der Konservativen, über das sie schreibt:

Wenn es den Liberalen nicht gelungen ist, ihre sechs Mandate sämtlich zu behaupten, so trägt auch die verjüngte Partei der konservativen die Würde. Diese Partei, die sich sonst gar nicht genug um kann in Aussen zur Sammlung gegenüber der roten Flut, hat es jetzt gerade, in letzter Stunde ihren Anhängern strengste Stimmhaltung zur Pflicht zu machen. Diese Taktik wird den konservativen Herren noch oft vorgehalten werden.

Die konservativen Blätter dagegen ergeben sich allseitig in Ausdrücken der Schadenfreude über die fortschrittliche Niederlage, und besonders die „Kreuzzeitung“ gibt ihren Parteigängern, die durch Wahlenthaltung den Sieg der Sozialdemokratie fördern halfen, durchaus recht, sie antwortet der „Post“:

Man kann dem Schmerz der Liberalen viel zu gute halten, aber daß sie es als uniere patriotische Pflicht ansehen, freisinnige Kandidaten gegen sozialdemokratische zu unterstützen, das ist Lasterverleumdung.

Ja, aber was ist denn das, wenn die Konservativen es als patriotische Pflicht der Freisinnigen ansehen, konservative Kandidaten gegen sozialdemokratische zu unterstützen? Das ist natürlich keine Lasterverleumdung, es ist „wahres Nationalentum“ a la Heubrand!

Geständige Zentrumsfänder.

Der Zentrums- und Landtagsabgeordnete Jäger gibt folgende Erklärung ab:

„Das Bündnis für die Landtagswahlen im Jahre 1899 habe ich mit dem verstorbenen sozialdemokratischen Abgeord-

neten Ehrhart abgeschlossen, und zwar durch Verhandlungen während der Sitzung des Reichs- und Landtages. Der endgültige Abschluß des Bündnisses mit Handschlag erfolgte zwischen Ehrhart und mir im Mai 1899 im Zimmer des Reichsvereins für den bayerischen Landtag. Das Bündnis wurde abgeschlossen für die Wahlkreise Zweibrücken und Speyer und wurde dann auch auf den fünfjährigen Wahlkreis München ausgedehnt, so daß zwölf liberale Abgeordnete verdrängt und durch sieben Zentrumsleute und fünf Sozialdemokraten ersetzt wurden.“ Dr. Jäger begründet damit einsehend die politische Notwendigkeit dieses Bündnisses und läßt fort: „An der Zusammenkunft im Dom zu Speyer waren beteiligt Domkapitular Dr. Zimmermann, ein katholischer Late und die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Ehrhart und v. Vollmar. Diese Zusammenkunft war kurz vor den Landtagswahlen im Sommer 1899, also nach meiner Abmachung, die ich im Mai im Landtag mit Ehrhart getroffen hatte. Ich habe die Sache nie so dargestellt, als habe damals eine baugeschichtliche Fiktion stattgefunden. Das zweite Wahlbündnis von 1907 wurde abgeschlossen, um eine sichere Mehrheit für das neue Wahlgesetz zu bringen. Dieses Wahlbündnis wurde in einem Zimmer des bayerischen Landtages von je drei Angehörigen der beiden Parteien abgeschlossen.“

Domkapitular Dr. Zimmermann erklärt:

„Durch den Abgeordneten Jäger wurden die Verhandlungen mit den Führern der sozialdemokratischen Fraktion in München eingeleitet. Die Einzelheiten der Ausführung in der Wahl wurden zwischen Ehrhart und mir allein besprochen. Als Herr v. Vollmar hierher kam, gab es nichts mehr zu verhandeln, und er brauchte keine im allgemeinen schon erteilte Zustimmung mit seinem Erscheinen noch zu befehlen.“ Ueber die Zusammenkunft im Dom zu Speyer erklärt Dr. Zimmermann: „daß man dort allerdings von einem Wahlbündnis gesprochen habe, aber wie von einer schon abgemachten Sache und nicht, als ob im Dom am unaufrichtigsten für das Zentrum hätte verhandelt werden können.“

So ist nun alles bestätigt, was die Sozialdemokratie im allgemeinen und Genosse Vollmar im besonderen über die sozialdemokratisch-zentrumsförmigen Wahlabmachungen erklärt haben. Von der architektonischen Waffentafel, die Herr v. Vollmar, von der noch letzter Tage die „Germania“ jabelle, ist keine Rede mehr — es wird rund und nett zugestanden, daß es sich bei der Zusammenkunft im Dom zu Speyer um das Wahlbündnis gehandelt hat. Damit wären die Zentrumsfänger glatt herein gefallen, wäre die Nachlässigkeit und Unachtsamkeit der führenden Zentrumsblätter wieder einmal entlarvt. Und wenn die „Köln. Volks-Ztg.“ mitend fragt, warum denn die Liberalen so viel von diesen Zentrumsfängern mit der Sozialdemokratie reden, die doch in der Vergangenheit lägen, statt von den liberalen Abmachungen mit der Sozialdemokratie zu sprechen, die erst in allerletzter Zeit getroffen worden seien, so braucht das Zentrum auf diese allerneueste Tugendhaftigkeit wahrhaftig nicht allzu stolz zu sein, hat es doch erst in Eilschloßungen mit der Sozialdemokratie anzuwenden wollen! „Wo ist die Maske?“ ruft die „Köln. Volks-Ztg.“ den Liberalen zu, die sie der Entlarvung ihrer staatsfeindlichen Gesinnung zeigt. Nach den Geständnissen der Jäger und Zimmermann ist ihr nun selbst die Maske sehr rot, um ihre Verlegenheitsröte zu verbergen!

Giesberts gegen das Zentrum. Der Reichstagsabgeordnete Giesberts hielt in Köln in einer von der Zentrumspartei einberufenen, massenhaft besuchten Frauenversammlung eine Rede zur Feuerungsfrage, die grundsätzlich von dem abweist, was man etwa aus dem Munde des Herrn Herchel vernommen hat. Wir entnehmen den Giesberts'schen Ausführungen folgendes:

Die Tatsache der Feuerung darf nicht verdunkelt werden; sie ist aber von den Vertretern der Regierung verdunkelt worden, auch von dem Reichskanzler. Ein Arbeiter mit fünfköpfiger Familie und 1200 Mk. Jahreseinkommen hat jetzt allein für Nahrungsmitel 33 Fkg. täglich mehr auszugeben als vor einigen Monaten. Entrüstet rief Herr Giesberts: Da dürfen die Herren von der Regierung nicht mit oberhaltenden Statistiken kommen. Es liegt eine ganz erhebliche Notlage vor.

Nach den Einwand seiner eigenen Parteipresse, daß die Reichsregierung nicht gestiegen seien, ließ Giesberts nicht gehen. Er wies mit Recht darauf hin, daß wir in den letzten drei Jahren schon hohe Reichsverschreibungen hatten. Er fragte: Wie soll denn der arme Arbeiter im kommenden Winter leben? Gegenüber dem „unqualifizierbaren“ Verhalten der Regierung schlug Giesberts vor: Suspendierung oder Zurückzahlung der Zinsrückstellungen. Wenn der Staatssekretär sage, daß dann 40 bis 60 Millionen weniger in die Reichskasse fließen, so kann uns das fast lassen. Auch die Gemütskränke müssen suspendiert werden. Die Einführung argentinischen Fleisches muß gestattet werden. Die Engländer essen zu 50 Prozent dieses Fleisches. Das Verbot der Einfuhr von amerikanischem Rindfleisch und von Kartoffeln muß aufgehoben werden. Wegen einzelner Fälle kann man doch nicht das ganze amerikanische Fleisch für ungesund erklären. Auf Grund seines Besuches in den großen Schlachthäusern Chicagos erklärte Giesberts: Nach allem, was ich gesehen habe, würde ich die dort produzierten Waren ohne jeden Ekel genießen.

Nach der Versammlung verteilten draußen mehrere sozialdemokratische Frauen die Feuerungsflugblätter. Infolge einer von einem Zentrumsparrer gehaltenen Hestrede waren die männlichen Besucher der Versammlung derart fanatisiert, daß sie über die wehrlosen Frauen herfielen, ihnen die Flugblätter wegnahmen, die Kleider beschädigten, einer Frau ins Gesicht schlugen, einer anderen ins Gesicht spien, eine dritte mit Füßen traten. Einer der Exzessanten wurde zum Polizeikommissariat gebracht. Die anderen kerikalen Rowdys konnten leider nicht ermittelt werden.

Wethmann-Hollweg auf der Rippe.

Es gewinnt den Anschein, als ob die Stellung des Reichskanzlers von Wethmann-Hollweg ernstlich erschüttert wäre, nicht wegen des Marokko-Blowens an sich, als wegen der Art, wie von der offiziellen Presse — zweifellos unter Mitwirkung des Reichskanzlers — der Staatssekretär von Undequitt behandelt wurde. Nach Blättermeldungen macht sich selbst in der Umgebung des Kanzlers eine große Mißstimmung gegen den Kanzler geltend, und die „Post“ kann hinzufügen, daß nach ihrer genaueren Kenntnis der Dinge selbst in der kaiserlichen Familie mehrere Mitglieder ganz entschieden Gegner des Wethmann'schen Kurses sind. Auf Auslassungen der „Post“, die in der ganzen Marokkofrage eine höchst eindeutige Rolle gespielt hat, ist zwar nicht viel zu geben, aber die Kreise, die hinter der „Post“ stehen, haben ohne jeden Zweifel einen ganz bedeutenden Einfluß, und es wäre nicht das erste Mal, daß auf Umwegen auf den Kaiser zum Nachteil eines Kanzlers eingewirkt würde. Man hat schon bei der Ernennung des Herrn von Wethmann-Hollweg zum Reichskanzler dies festlich als ein Probitorium aufgeführt. Die ganze Art, wie der Kanzler Politik getrieben hat, mußte diese Auffassung erheblich bestärken, und es ist deshalb keineswegs unabweisbar, daß die Kanalarbeiter des Herrn von Wethmann-Hollweg schon in der allerersten Zeit ein ebenbürtiges Ende finden wird, wie seine ganze Tätigkeit auf Ruhm jedenfalls nicht den geringsten Anspruch machen kann.

Die Presse des schwarzen-blauen Blocks allerdings kommt dem Reichskanzler zu Hilfe. So behauptet die „Germania“, daß an dem ungünstigen Ausgang der Marokko-Angelegenheit der Fürst Bülow schuld sei, der Herrn von Wethmann-Hollweg in der vollständig verfahrenen Marokko-Angelegenheit eine sehr able Erbschaft hinterlassen habe.

Auch die „Kreuzzeitung“ bringt einen langen Artikel, in dem hervorgehoben wird, daß stets betont worden sei, wir hätten in Marokko nur wirtschaftliche Interessen, woraus zu schließen war, daß von allem Anfang an nicht die Absicht bestanden hat, in Marokko Gebietswerbungen vorzunehmen. In einer Nachschrift zu dem Artikel sagt die Redaktion der Kreuzzeitung, daß die übelste Wirkung der Marokko-Affäre darin bestehe, daß im Ausland der Eindruck erweckt wurde, als sei man vor den Trübungen Englands zurückgeblieben und habe aus diesem Grunde von einem Appell an die Massen abgesehen. Die Kreuzzeitung hofft schließlich, daß bei den bevorstehenden Reichstagsverhandlungen der Gedanke des Friedens um jeden Preis einmütig juridisgerufen wird, und daß es der Regierung auch gelingen wird, die wegen ihrer Haltung in der jüngsten Vergangenheit geäußerten Besorgnisse zu zerstreuen.

Die jungliberale Tagung in Karlsruhe. Am Sonntag, dem zweiten Verhandlungstage, wurde die 13. ordentliche Vertreterversammlung des Reichsverbandes der Vereine der national-liberalen Jugend geschlossen. Angenommen wurde eine Resolution, in der eine energische Weiterführung der von Bismarck

Die letzten Tage von Pompeji.

Von E. Salwer.

59]

25. Kapitel.

Julia besucht Arbaces. — Der Erfolg dieser Zusammenkunft.

Arbaces saß in einem Zimmer, welches nach seinem Garten auf eine Art von Balkon oder Säulengang ging. Seine Wangen war bleich und eingefallen durch die körperlichen Leiden, die er erlitten hatte; seine eiserne Natur hatte sich jedoch von den gefährlichen Folgen jenes Zufalles wieder erholt, der in dem Augenblick des vermeintlichen Sieges seinen schändlichen Abhang entgegengetreten war. Die erstickende Luft, welche seine Stirn kühle, belebte die erschöpften Nerven, und das Blut fröhlich wieder ruhiger, als seit einigen Tagen in seinen matten Adern.

„So ist also“, dachte er, der Sturm des Schicksals vorüber gegangen. — Das Unglück, welches mein Leben bedroht hatte, ist erlosch — und ich lebe noch! Es geschah, wie die Sterne es vorher verordnet hatten, und jetzt erwartet mich jenseits des Abgrundes die lange, glänzende und glückliche Landbahn, welche jenem Unfall, wenn ich ihn überlebte, folgen sollte — ich habe die letzte Gefahr meines Geschicks überwunden! Jetzt habe ich bloß den Garten meines Lebens zu bebauen, sicher und ohne Besorgnis für die Zukunft, zu pflanzen und anzubauen. Der alten Gewissen, selbst vor dem der Liebe — will ich zuerst der Rede leben! Dieser griechische Sklave, der meiner Leidenschaft in den Weg getreten ist, der meine Pläne beträchtet, mir selbst noch erwidern ist, als der Stahl bereits sein vernichtetes Metall tranken sollte — wird mich nicht wieder erntinnen. — Aber welche Rede soll ich wählen? — Das will ich rechtlich überlegen. O, Ar, wenn Du wirklich eine Göttin bist, so erlaube mich mit deiner Begleitung!“

Der Negrier verstand in ein lüdes Abwenden, welches ihn jedoch keine genügenden und sicheren Anstöße zu gewähren konnte. Ein Plan nach dem andern wurde aufgegeben, und er lebte sich in beständiger Unruhe von einer Seite zur andern; einmalig schlug er sich an die Brust und schrie laut auf in dem brennenden Gefühl seiner Rache, und dem Bewußtsein seines Unfähigkeit, sie zu rächen, als er es wünschte, auszuführen. — Jetzt trat ein junger Sklave häßlich in das Zimmer. — Eine noch ihrem Äußere und dem der Gestalt, die sie begleitete, bemerkte Frau ist eben eingetreten und blickt Arbaces an.

„Wie schön!“ — seine Lippen gingen hervor. — „Sie ist Ihr Gesicht wird durch den Schleier verborgen, doch scheint es nach ihrer schwarzen Gestalt jung zu sein.“

„Nehre sie zu mir“ — sagte der Negrier, und für einen Augenblick glaubte er, die Fremde könne Jone sein.

Der erste Blick auf die Eintretende genügte jedoch, um ihm diesen Irrtum zu benehmen. Sie war allerdings ungefähr von der Größe und vielleicht auch von dem Alter der Jone, sie war von schöner und regelmäßiger Gestalt — aber es lag etwas so Weizendes und Anmutiges in jeder Bewegung der unvergleichlichen Negropitanerin — ihrem Kitzeln und einfachen Anzuge, ihren würdigen und doch andrucksvoller Erscheinung — die Beiseitenheit und die Ehrfurcht gebietende Majestät des Weibes waren in ihr vereinigt.

„Entschuldige, daß ich dir nicht entgegenkomme“, sagte Arbaces, „ich leide noch an einer Krankheit, die mich ergriffen hat.“

„Entschuldige, großer Negrier“, erwiderte Julia, indem sie unter einer Schmeichelei die Furcht zu verbergen suchte, die sie schon erlosch, — „vergis die Unzulässigkeit, die bei deiner Weisheit Trotz sucht.“

„Nehre näher, schöne Fremde“, sagte Arbaces, „und sprich ohne Vergnis und Furcht.“

Julia setzte sich auf einen Lehnsstuhl neben den Negrier und sah sich verunsichert in einem Zimmer um, dessen kostbare Ausstattungen selbst den Luxus in dem Hause ihres Vaters übertraf; auch erfüllten sie die hieroglyphischen Inschriften an den Säulen, die mysteriösen Anhalte der Sphäre, der Dreifuß in einer weiten Entfernung, und vor allem das eraste und gemessene Verfahren des Arbaces selbst mit einem fast unheimlichen Ernst. Ein langes weißes Gewand bedeckte oben wie ein Schleier einen Teil seiner schwarzen Locken, und ging bis auf die Hüfte herab; keine Hüte waren durch seine bleiche Gesichtsfarbe nur desto ausdrucksvoller geworden, und seine dunklen, flammenden Blicke schienen den Schleier der Julia zu durchdringen und die Geheimnisse ihres eifeln und leeren Gemüts zu erlöschten.

„Und was“, sprach er mit leiser, tiefer Stimme, „was führt dich, o Mädchen, in das Haus des morgenländischen Fremden?“

„Sein Ruf“, erwiderte Julia.

„Und welcher?“ fragte er mit einem ironischen Lächeln.

„Kannst du noch fragen, o Arbaces. Ist nicht ganz Pompeji von dem Rufe deiner Weisheit erfüllt?“

„Ich habe allerdings einige Kenntnisse gesammelt“, antwortete Arbaces, „aber wie kann das Ohr der Schönheit je träger Geheimnisse begehren?“

„Ach“, sagte Julia, indem die gewohnten Töne der Schmeichelei sie umschwebten, „sucht nicht das Unglück Trotz bei der Weisheit, und ist Liebe ohne Gegenliebe nicht das größte Unglück?“

„So!“ sprach Arbaces, „kann merkwürdiger Liebe das Los einer so schönen Gestalt sein? Würdige mich, o Mädchen! auch des Anblicks deiner Jüge, denn gewis ist, was der Schleier verbirgt, eben so relevant.“

Julia, welche vielleicht glaubte, durch ihre Reize den Markt für ihr Schicksal mehr zu gewinnen, schlug nach eintem Bedenken den Schleier zurück.

„Du kommst, um unglücklicher Liebe wegen die Rats bei mir zu erheben“, sagte der Negrier, „welchen anderen Liebeszauber kann ich dir aber geben, als den Deine Schönheit selbst dir schon gewährt?“

„O, höre auf mit diesen Schmeicheleien“, sagte Julia, „ich wollte allerdings um einen Liebeszauber dich bitten.“

„Schöne Fremde“, erwiderte Arbaces etwas ungeduldig, „Liebeszauber gehören nicht zu den Geheimnissen, die ich meinen mitternächlichen Studien verbanke.“

„Wirklich nicht? — Dann entschuldige, großer Arbaces und lebe wohl!“

„Weibe noch“, sagte der Negrier, welcher, trotz seiner Leidenschaft für Jone, durch die Schönheit der Julia nicht ungerührt geblieben war, und, hätten seine Gesundheitsumstände es gestattet, versucht haben würde, durch andere Mittel, als durch die Hilfe übernatürlicher Weisheit sie zu trösten.

„Weibe noch, denn wenn ich auch die Zauberei der Liebeszauber deuen überlassen habe, die sich mit solchem Treiben beschäftigen, so war ich doch nicht so unempfindlich gegen die Schönheit, daß auch ich in meiner früheren Jugend dieser Mittel mich nicht bedient haben sollte. Ich kann dir wenigstens Rat geben, wenn Du aufrichtig gegen mich sein willst; sage mir daher zuerst, ob Du unverheiratet bist, wie Dein Anzug es andeutet.“

„Ja“, erwiderte Julia.

„Und willst Du vielleicht einen reichen Geliebten gewinnen?“

„Ich bin reich, als der, welcher mich verachtet.“

„Das ist seltsam, und Du liebst ohne Gegenliebe?“

„Ich weiß nicht, ob ich ihn liebe“, erwiderte Julia stolz, „aber ich weiß, daß ich gerne über eine Nebenbuhlerin triumphieren möchte — ich wünschte den, welchem ich gleichgültig bin, in Liebe zu mir entbrennen, und dagegen die, welche er mir vorzieht, verachtet zu sehen.“

„Das sind ganz natürliche weibliche Wünsche“, sagte der Negrier, „zu ernst, als daß man es für Ironie hätte nehmen können; aber willst Du, schönes Mädchen, mit nicht den Namen eines Geliebten anvertrauen? Kann er, wenn er Reichtum verachtet und selbst gegen die Schönheit blind ist, ein Pompejaner sein?“

„Er ist aus Athen“ — erwiderte Julia, indem sie die Augen niedersah.

„So!“ — rief der Negrier bestigt, indem ihm das Blut in die Wangen flieg; „ich kenne kein Athen und eben Athen in Pompeji. — Kann es Glau'us sein, von dem Du sprichst?“

„Ach, verrate mich nicht, dieses ist allerdings sein Name.“

(Fortsetzung folgt.)

begonnen und von Bilow fortgesetzten Umfiedelungsplan ver-
langt wird. Weiter wurde ein Antrag angenommen, nach
welchem den Vereinen empfohlen wird, sich mehr und eingehender
mit den grundsätzlichen Fragen der Kommunalpolitik zu be-
fassen. Schließlich wurde noch ein Vortrag über die Privat-
angelegten und ihre Forderungen an die Gesetzgebung entgegen-
genommen. — In einer Resolution wird die einheitliche Regelung
des Privatangelegten durch Reichsgesetz verlangt.

Vindequitt und Weismann-Gollweg vor dem Ehrenrat.
Ein Berliner Mittagsblatt will erfahren haben, daß der bisherige
Staatssekretär v. Vindequitt wegen der heftigen Form, in der er
von den offiziellen Blättern angegriffen worden ist, sich in seiner
persönlichen Ehre beeinträchtigt sieht und deshalb den militä-
rischen Ehrenrat anzurufen beabsichtigt. Dieser Schritt soll ihm
von einem hohen Offizier dringend angeraten worden sein.
Wenn Herr v. Vindequitt seine Absicht in die Tat umsetzt,
und wenn der Ehrenrat dann die ganze Haltung des Staatssekretärs
für berechtigt ansieht, dann ist das indirekt eine Schlappe für
den Reichstangler.

Konservative „Helfer der Sozialdemokratie“. Bei den
Berliner Stadtverordnetenwahlen in der dritten Klasse hat der
deutsch-konservative Verein seine Mitglieder aufgefordert, sich
unbedingt der Stimme zu enthalten. „Dieser Ent-
schluß ist durchaus zu billigen“, bemerkt die „Deutsche Tagesztg.“,
jedenfalls wird er endlich Klärung in Berlin bringen.

Die Berliner Konservativen verweigern also dem Fort-
schritt ihre an sich recht unbedingte Wahlhilfe gegen die
Sozialdemokratie, was uns natürlich in Anbetracht des End-
erfolgs nur recht sein kann. Man erinnert sich aber noch leb-
haft, wie die Düsseldorf Nationalliberalen in der konservativen
Presse angegriffen wurden, als sie bei der letzten Reichstags-
wahl genau dasselbe taten, was die Konservativen jetzt in
Berlin tun. Die schwarz-blauen Herren sind es gewohnt, daß
ihnen der Liberalismus die Kaskaden aus dem Feuer holt, dar-
um sind sie maßlos erstaunt und entrüstet, wenn er ihnen ein-
mal infolge allzu schlechter Behandlung den Dienst verweigert.
Was sie selbst tun, ist natürlich ihre eigene Sache, sie sind ja die
Herren. Der Knecht hat die Befehle des Herrn auszuführen, der
Herr handelt aus eigener Erbschaft und läßt sich von seinen
Dienern nicht dreinreden.

Eine konservative Antwort. Für die Nebertage der
Liberalen bei den Stadtverordnetenwahlen in Berlin glaubte die
„Vossische Zeitung“ die „perfide Taktik der Konservativen“ mit
verantwortlich machen zu können. Darauf gibt nun die „Neuzeit-
zeitung“ folgende Antwort:

„Man kann dem Schmerz der Liberalen viel zugute
halten. Aber daß sie es als unsere patriotische Pflicht an-
sehen, freisinnige Kandidaten gegen sozialdemokratische zu
unterstützen, das ist Taktik. Die beiden Parteien sind
jetzt bei allen Wahlen gegen uns verbündet, sie beschimpfen
uns täglich um die Wette, und wenn also nur wenige Kon-
servative in der Selbstentäußerung so weit gehen,
trotzdem noch für einen freisinnigen Kandidaten zu stimmen,
so sind die Freisinnigen die letzten, die dagegen etwas einwen-
den können. Die Wahl am Sonntag ist liberale Forderung.
Wenn erst alle Forderungen des Liberalismus auf dem Gebiet
des Wahlrechts und des Wahlverfahrens durchgeführt sind,
dann wird in Berlin überhaupt nur noch sozialdemokratische
gewählt. Es verschäuft also auch in der Praxis gar nichts, ob
die Konservativen sich der Stimme enthalten oder nicht.“

Die Wahlparole der agrarischen Mittelständler. Die
„Deutsche Mittelstandszeitung“, das Organ der vom Bunde der
Landwirte gegründeten Deutschen Mittelstandsvereingung, ver-
öffentlicht die folgende Wahlparole:

„Der Feind steht links, und zwar ganz links, es ist die
revolutionäre Sozialdemokratie aller Schattierungen, und es
sind diejenigen Parteirichtungen, welche entweder bei der
Haupt- oder doch bei der Stichwahl mit ihr gemeinsame Sache
machen, wenn auch nur, um Mandate zu erschaffern. Wir
wissen, daß uns diese Haltung gegenüber Parteien, welche
noch zu bürgerlichen gerechnet werden wollen, von verschiede-
nen verübelt wird, können aber nicht anders handeln als
Rücksicht auf das Deutsche Reich und uns selbst. Von der
Sozialdemokratie trennt uns eine ganze Welt.“

Das dicke Ende. Nach einer von der „Kölnischen Ztg.“
veranstalteten Umfrage unter hervorragenden deutschen Sach-
verständigen über den Wert der deutschen Kolonien ist das
Kompensationsgeschäft für Deutschland als vorteilhaft zu be-
zeichnen. Allerdings ist es nach Auslassungen, die ge-
nügenden Mittel zu bewilligen, um in wenigen
Jahren die Einrichtung und Instandsetzung der
Kolonien zu vollziehen. Vorrat ist mit einer starken Ver-
mehrung der Schutztruppe Kameruns zu rechnen.
Angesichts der Tatsache, daß die Schutztruppen eine ungeheure
kolossale Einrichtung sind, ist anzunehmen, daß vom Reichs-
tag ganz enorme Summen verlangt werden. Die „Sachver-
ständigen“ der Regierung werden natürlich nicht verstehen, das
Koloniengebiet als ein Seitenstück zu dem biblischen Paradies hin-
zustellen. Was man in Deutschland auf dem Gebiete phantasti-
scher Märchenmärchen zu leisten versteht, dafür hat uns
Derndorf mit seiner unsterblichen Dattelziste eine Probe ge-
leistet.

**Gegen die Forderung protestierten über tausend Eisen-
bahndiener und Arbeiter des Eisenbahndirektionsbezirks
Kassel.** Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in
der eine allgemeine Lohnerhöhung für alle Arbeiter
und Handwerker in den Eisenbahnstaatsbetrieben gefordert wird.
Ferner bemängelte die Versammlung die überhöhte Art der
Kartoffelbezüge durch den Staatseisenbahnvereinsverband, wo-
durch schlechte Kartoffeln teuer bezogen worden seien.

Eine wirksame Drohung. Die Magistrate von
Rüstringen und Wilhelmshaven erklärten nach gegen-
seitiger Verständigung vorige Woche einen Anschlag, in dem
darauf hingewiesen wurde, daß die Verkaufspreise verschiedener
Lebensmittel, speziell Kartoffeln, in keinem Verhältnis zu den
Engrospreisen ständen. Die Händler wurden öffentlich aufge-
fordert, innerhalb acht Tagen die Verkaufspreise herabzusetzen,
andernfalls die Kommunalverwaltungen direkt einkaufen und so
billiger verkaufen würden. Die Aufforderung hatgewirkt. Jetzt
werden Kartoffeln, die vorige Woche noch mit 8,50 bis 4 Mark
pro Zentner verkauft wurden, von den Händlern mit 3,50 Mark
angeboten. Steckrüben, die pro Zentner mit 3 Mark verkauft
wurden, sind jetzt für 2 Mark zu haben. Auch die Fleisch-
preise haben, um der Fleischware durch die Städte auszuweichen, die
Verkaufspreise um 10 Pfennig pro Pfund ermäßigt. Die Abgabe
von Seefischen zu Einkaufspreisen hat der Konsumverein in die
Hand genommen, der auch einen großen Teil Schweine eigener
Zucht selbst geschlachtet hat und an seine Mitglieder zu billi-
gen Preisen abgibt.

Ein wirksamer Durchfallskandidat. Wie aus Essen ge-
meldet wird, haben die Konservativen, Deutschliberalen und
Christlichsozialen des Reichstagswahlkreises Duisburg-Oberhausen
dem Feldmarschall Graf Haeferle die Reichstagskandidatur
angeboten, und dieser soll unter der Bedingung angenommen
haben, daß er im Fall seiner Wahl sich keiner politischen Partei
anschließen, sondern sein allen Deutschen bekanntes nationales
Programm vertreten werde.
Die Konservativen, Antifemken und reaktionären Mittelbürger
rechnen, wie es scheint darauf, die Kandidatur eines selbständigen
Feldmarschalls werde dem Duisburger Wählerkreis so inwonderbar,
daß es beinahe den Grafen Haeferle mit seinem kuriosen
nationalen Programm wählen wird. Die Duisburger Antike

miterliche täuschen sich. Ihr Kandidat wird voraussichtlich über-
haupt nicht in die Stichwahl kommen, sondern schon im ersten
Wahlzuge glatt durchfallen, da in diesem Wahlkreis ganz an-
dere Parteien maßgebend sind.

Nationalliberaler Dank. Die badische Zentrumspresse
liest, wie das natürlich anders zu erwarten ist, mit den National-
liberalen wegen der Konstanzer Wahl noch in sich selber fehde.
Daher spielt auch das Wahlabkommen mit den Sozialdemo-
kraten eine große Rolle. In unberechtigter Weise verlegt sich
die liberale Presse aufs Zeugnen.

Das liberale Blatt in Singen, dem Wohnsitz des neu-
gewählten Abg. Schmid, schreibt auf einen Angriff des dortigen
Zentrumorgans:

„Wir stellen hiernit auf Grund genauer Kenntnis des
Sachverhalts fest, daß diese zentrumliche Behauptung eine grobe
Unwahrheit ist. Reichstagsabg. Schmid hat keine auf
die Stichwahlhilfe bezüglichen Bedingungen
unterzeichnet.“

Demgegenüber erklärt der sozialdemokratische Parteisekretär
für Oberbaden, der in Gemeinschaft mit den Vorstehenden der badischen
sozialdemokratischen Landesorganisation die Verhandlungen
mit den Nationalliberalen leitete: „Der (natl.) Kandidat Schmid,
welcher an der Sitzung nicht teilnehmen konnte, hatte schon im
Laufe des Tages dem Vorstehenden des sozialdemokratischen
Kreiswahlkomitees erklärt, daß er die gestellten Forderungen an-
erkenne, da er ganz auf dem Boden der Fortbewerger stehe. Die
Vertreter der Liberalen gaben in der Sitzung die gleiche Er-
klärung ab. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die anwesenden Vertreter der beiden liberalen Parteien
erklären im Einverständnis und im Auftrag des Kandidaten
Herrn Schmid, daß er im Falle seiner Wahl für solche Besetze
und Gesetzesänderungen, wie sie in der Resolution des Jenaer
sozialdemokratischen Parteitags verworfen werden, nicht ein-
treten wird.“

Die Erklärung wurde mündlich abgegeben und vom Ge-
nossen Engler, dem Parteisekretär in Paderborn, gebracht. Eine
Unterschrift oder eine schriftliche Erklärung von Herrn Schmid
zu verlangen, hatten wir unter den gegebenen Umständen keinen
Anlaß.“

Das Jahrbuch der Millionäre. Der bekannte Regie-
rungsrat Martin hat nunmehr sein Jahrbuch der Millionäre er-
scheinen lassen. Es wurde bekanntlich seinerzeit, als die ersten
Druckbogen fertig waren, beschlagnahmt, weil man vermutete,
daß die Angaben über die Vermögensverhältnisse der Aller-
obersten auf unzulässige Weise aus dem Steuermaterial der Ver-
hördern erhoben seien. Die Beschlagnahme wurde aufgehoben, da-
sich jener Verdacht nicht beweisen ließ. Das Jahrbuch der Mi-
llionäre, das 1600 Seiten umfaßt, weist die Namen und Adressen
von 8000 Millionären nach, unter Angabe ihres Vermögens und
der Steuerleistungen. Inwiefern die Angaben immer zureichend
sind, läßt sich natürlich nur schwer nachkontrollieren. Höchst un-
bequem muß über diesen 8000 die Veröffentlichung sein, wenn
es wird jetzt angekündigt, daß im preussischen Landtag von Mi-
lliardern verschiedener Parteien eine Interpellation eingebracht
werde, die beweisen soll, daß die Statistik künftighin vorichtiger
in der Publizierung der Vermögensverhältnisse der oberen Zehn-
tausend ist.

**Freisprechung von der Anklage wegen Majestäts-
beleidigung.** Vor der Strafkammer in Straßburg i. E. fand
gegen den Chefredakteur des „Journal d'Alsace-Lorraine“, Leon
Voll, ein Prozeß wegen Majestätsbeleidigung statt. Voll hatte
in seinem Blatt die Tatsache einer Kritik unterzogen, daß der
Kaiser den Straßburger Bürgermeister zum Stadelhaus des
Kreuzers „Straßburg“ eingeladen hatte, und hatte diese Seite
eine „sehr unerzürliche Darstellung“ genannt. Der Erste
Staatsanwalt Dagemann beantragte vier Monate Gefängnis.
Das Gericht verurteilte nach vierstündiger Sitzung das Urteil,
daß auf Freisprechung des Angeklagten laute.

Das Herrenhausmitglied Kompanzmeister Plate ist, wie
aus Hannover gemeldet wird, dort in einer Verammlung von
Vertrauensmännern der Mittelstandsvereingung als
Reichstagskandidat für den 8. hannoverschen Wahlkreis Han-
nover-Linden aufgestellt worden. Auch für den Durchfall.

Nun soll Vindequitt. Die Königsberger Allgemeine
Zeitung kann auf Grund „sicherer Informationen“ feststellen:
„Der Staatssekretär des Kolonialamts hat erst am
Montag, den 30. Oktober, amtlich Kenntnis von der endgültigen
Fassung des Kongo-Abkommens erhalten. Bis dahin war
das Kolonialamt zwar zu Gutachten über die verschiedenen
ausstehenden Projekte und Kompensationsmöglichkeiten auf-
gefordert worden, die definitiven Absichten des Herrn von
Kiderlen-Waechter blieben aber solange dem Herrn v. Vinde-
quitt verborgen.“

Das Marokko-Abkommen. Die Nordd. Mta. Ztg.“
veröffentlicht am Montag abend das deutsch-französische Ab-
kommen über Marokko und das Abkommen über die beider-
seitigen Besitzungen in Äquatorial-Afrika. Der Inhalt der Ver-
öffentlichung deckt sich mit den bereits verbreiteten Meldungen
über das Resultat der Aktion.

Ausland.

Die englischen Gemeindevahlen brachten den Parteien
der Linken, namentlich den Sozialisten und Ar-
beitern, ansehnliche Gewinne. Nach den vorliegenden Nach-
richten haben die Liberalen 61, Arbeiter und Sozialisten 54,
Konservative 41, Unabhängige 9 Gewinne zu verzeichnen.
Einige Sitze nahmen die Liberalen der Arbeiterpartei ab, ver-
loren aber an diese 15. In Birmingham, wo infolge
Eingemeindungen ein ganz neuer Rat gewählt wurde, behaup-
teten Konservativen und Unionisten die Mehrheit, aber sechs So-
zialisten wurden gewählt. In Liverpool hatten Libe-
rale und Konservative ein Wahlkompromiß
geschlossen. Das hinderte nicht, daß die Arbeiter, die in fünf-
zehn Bezirken kämpften, jeder der beiden alten Parteien drei
Sitze abnahmen. — Frauen, die nach dem Gemeindegesez
wahlberechtigt sind, kandidierten nur wenige, und noch weniger
wurden gewählt. In Oldham wurde die Bürger-
meisterin wiedergewählt. In Colchester wählte eine Dame
von 101 Jahren. Solz erklärte sie, daß sie ihre konservative
Gesinnung nicht geändert habe. In Nachwuchs fehlt es den
Konservativen also nicht.

Ein alter Pöpl. Bei der Züricher National-
ratswahl kamen eine Reihe Zirkler vor, die durch die
Aufstellung derselben sozialdemokratischen Kandidaten in beiden
Wahlkreisen verursacht waren. Da im ersten Kreise sieben, im
zweiten nur fünf Abgeordnete zu wählen waren, kam es vor,
daß im zweiten Kreise zum Teil nicht die offiziellen Kandidaten,
sondern die Überzähligen der anderen Liste auf die Zettel ge-
schrieben wurden. — Daneben war die Wahl der Ge-
schworenen vorzunehmen, deren im dritten Kreise 74 zu
wählen waren. Auch hier gab es durch die Vorchrift, daß die
Namen geschrieben sein müssen, mancherlei Verwirrung
und unglückliche Stimmen, wenn doch gedruckte Verzeichnisse ab-
gegeben würden. Diese Vorchrift der handgeschriebenen Zettel
hat wohl den Zweck, die Freiheit jedes Wählers dadurch sicher-
zustellen, daß keiner in die Lage kommt, anders als durch
eigene Handlung seinen Wahlzettel herzustellen. In Wahrheit
ist in kleinen Gemeinden, wo man einander genau kennt, das
Erforbernis der Handchrift — selbst Wahlscheinverteilung als nicht
als zureichend ein Mittel, das Wahlgewinnnis zu
nicht zu machen. Dort aber, wo große Parteien ein-
ander gegenüberstehen, ist es nicht als eine unbedingte Er-
forderung des Wahlscheins. Die Zirkler mit kleiner
beiführt, und bei der Wahl vieler Personen die i.
wahrer: lassen muß. Es wäre wirklich an der
manchem anderen Kram aus der Alten Wahlmänner,

diesen, einer modernen Demokratie unwürdigen Pöpl zu be-
setzigen.

Die Enthüllung des Ferrerdenkmals in Brüssel. Am
Sonntag wurde in Brüssel für Francesco Ferrer ein Denkmal
enthüllt. Das Monument ist durch Beiträge von Freiheimern
aus allen Teilen der Welt ermöglicht worden. Der Brüsseler
prekatholische Barrer Howard hielt die Weibere. Das Den-
mal, das von dem belgischen Bildhauer Wuettemans geschaffen
worden ist, stellt einen Genius dar, der das Symbol der Volks-
aufklärung, eine brennende Fackel, zum Himmel emporhebt. Zur
Reiter waren die Tochter Ferrers und Delegierte aus der ganzen
Welt nach Brüssel gekommen. Der deutsche Professor Hädel
hatte ein Zustimmungstelegramm geschickt.

Arbeiterbewegung.

Zur Tabakarbeiterausperrung.

Der Vorstand des westfälischen Zigarettenfabrikanten-Ver-
bandes, der seine Stellungnahme zu den ihm am 18. Oktober
unterbreiteten Einigungsanträgen davon abhängig machte, daß
erst die unter Mitwirkung der Aufsichtsbürokratie aus-
stehenden Arbeiter sich zur Wiederaufnahme der Arbeit mel-
den, resp. die Arbeit aufnehmen sollten, hat der Neupersonal-
kommission die Mitteilung zugehen lassen, daß er auf diese Arbeitsaufstellung
keinen Wert mehr lege. Hierauf hat auch die Neupersonal-
kommission die gleiche Erklärung dem westfälischen Zigarettenfabrikanten-Ver-
band zugehen lassen, mit der bestimmten Anfrage begleitet, ob
— angesichts dieser beiderseitigen Erklärungen — der Vorstand
des westfälischen Zigarettenfabrikanten-Verbandes nunmehr geneigt
sei, zu den überreichten Einigungsanträgen Stellung zu neh-
men. Die Antwort hierauf ist der befragte Vorstand schuldig
geblieben.

Die Zahl der Ausgesperrten beträgt zurzeit in Westfalen
und Lippe nahezu 10 000, darunter mehr als 4000 weibliche
Mitglieder.

Die bei den im westfälischen Zigarettenfabrikanten-Verband
organisierten Firmen in Hamburg-Allona und Bremen und
Magdeburg beschäftigten organisierten Arbeiter legen eben-
falls die Arbeit nieder, weil ihnen zugemutet wurde,
Streckarbeit zu verrichten, und weil sie nicht gewillt waren,
ihren Mitarbeitern in Westfalen in den Rücken zu fallen. Die
Zahl der Ausständigen beträgt in diesen Industriegebieten 2500,
darunter nahezu 1000 Tabakarbeiterinnen.

Zusammen haben 12.500 Tabakarbeiter, darunter 6000 Ar-
beiterinnen, im Ausstände.

Wie nun bestimmt verlautet, werden alle übrigen Zigaretten-
fabrikanten, die den Arbeitgeber-Verbanden Hamburg-
Allona, Bremen und Umgebung und Blumenhald-
Allona angehören, ihre organisierten Arbeiter aussperrten,
wenn die ausländischen Tabakarbeiter ihre Arbeit nicht wieder
aufnehmen. Die Ausständigen lehnen es ab, dieser Forderung
zu entsprechen, jedoch die Zahl der Ausständigen und Aus-
gesperrten, wenn diese Androhung zur Tat werden sollte, sich
um mehrere Tausend vermehren wird. Der Man-
der Tabakindustrie, die Tabakarbeiter niederknien, wozu
nicht gelingen. Alle Maßnahmen der Tabakindustrie werden
die Engherzigheit der Tabakarbeiter nicht ins Manen bringen.
Vor Aug nach dem westfälischen Industriegebiet, Ham-
burg-Allona, Bremen und Umgebung wird streng gewarnt, auch
gezwungen, für diese Betriebe Arbeit anzunehmen. Zigaretten-
arbeiter, Zigarettenfabrikanten, Pader, Verkäufer und Fertigmacher
aller Orte, ist Solidarität! Die Namen der Fabrikanten, die
den Arbeiter-Verbanden angehören und aussperrten, werden
in den nächsten Tagen bekannt gegeben.

Beendigung des Kampfes im Hamburger Holzgewerbe.

Auf Veranlassung der beiderseitigen Zentralverbände fanden
Ende Oktober in Berlin erneute Einigungsverhandlungen statt,
zu deren Führung die zentrale Schiedskommission für das deutsche
Holzgewerbe berufen wurde. Die örtlichen Parteien waren durch
je drei Vertreter anwesend. Es fand eine Einigung zwischen
den Parteien selbst nicht statt, worauf die zentrale Schieds-
kommission einen Schiedsspruch fällte, welcher sich erstreckt auf
die Bestimmungen des paritätischen Arbeitsnachweises, auf Ar-
beitszeit, Arbeitslöhne, Altersrente, Montagezuschüsse usw. Nach
dem Schiedsspruch bleibt der paritätische Arbeits-
nachweis obligatorisch, so wie er vor dem Kampfe bestanden
hat. Die Arbeitszeit wird um eine Stunde verkürzt; die
Löhne steigen um 6 resp. 7 Pfg. pro Stunde innerhalb der
Vertragsdauer. Der Vertrag läuft bis zum 15. Februar 1915.
Am 3. November fanden in Hamburg die Verhandlungen der
Unternehmer und der Arbeiter zu gleicher Zeit statt, um zu dem
Resultat der Schiedssprüche Stellung zu nehmen. Beide Ver-
sammlungen stimmten dem Schiedsspruch zu, jedoch am Montag,
dem 6. November, die Arbeit aufgenommen werden konnte. Der
paritätische Arbeitsnachweis beginnt sofort seine Tätigkeit.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß zur Zeit in
Hamburg eine größere Anzahl freier und arbeitsloser Holz-
arbeiter noch vorhanden sind. Es sind noch circa tausend Ar-
beitslose an Orte, die meistens verheiratet sind und demzufolge an
den Ort gebunden sind. Die Aufträge und Arbeiten sind in
größerer Zahl während des Kampfes nach auswärts vergeben
worden, jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach in Hamburg in den
letzten Wochen eine recht bedeutende Arbeitslosigkeit einsetzte. Es
ist deshalb unbedingt notwendig, daß der Zugang nach Hamburg
vermieden wird. Der Holzarbeiter-Verband muß von seinen
Mitgliedern unter allen Umständen so viel möglich verlangen,
damit das mit so schweren Opfern erlangte Resultat nicht durch
ein Ueberangebot von Arbeitslosen in der ersten Zeit des Fried-
dens wieder in Frage gestellt wird. Darum, Holzarbeiter, in
allen Orten! Halte den Zugang fern, bis sich das Gewerbe
in Hamburg wieder so weit erholt hat, daß Ihr dort Euro
alten Plätze einnehmen könnt!

Streik im Berliner Transportgewerbe. In dem Fuhr-
geschäft von Gebr. Richter, Frankfurter Allee, haben am
Sonntag die Kutscher und Arbeiter die Arbeit eingestellt. Die
Firma beschäftigt etwa 50 Kutscher für Vieh- und Fleischtrans-
port und 18 Chauffeurs. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen
bei dieser Firma sind bedeutend schlechtere als in anderen
gleichen Betrieben. Die Kutscher erhalten 26-27 Mark Wochen-
lohn, während in anderen Betrieben 30-33 Mark Lohn gezahlt
werden. In letzter Zeit gelang es dem Transportarbeiterverband,
die Kutscher zu organisieren. Die Firma ersuchte die Leute, von
der Ausübung ihres Koalitionsrechts abzusehen. Im Laufe
dieser Woche wurden nun sämtliche Arbeiter befragt, ob sie dem
Transportarbeiterverbande angehören und denen, die diese
Frage bejahten, wurde gesagt, daß sie bis Freitag ihren Aus-
tritt erklären müßten. Darauf stellen die Arbeiter geschlossen
die Arbeit ein.

Seit Freitag nacht ist der Betrieb von der Polizei
belagert, die den Eingang und die Ausfahrt streng bewacht.
Im Laufe des Sonntags normtag luden einige Arbeits-
willige unter starker polizeilicher Bedeckung auf die Tour. Auch
Gehelpenpolizisten scheinen ihre Dienste schon aufgenommen zu
haben.

Genossen! Agitiert liberal für die Arbeiterpresse!

Verantwortliche Redakteur Reichhold Darm. — Redaktion und Druck: Neue
Gewerkschaft 7. — Verlag von Otto Gell. — Druck von Otto Gell.
G. u. L. S. — Druck in Breslau. — Druck von Otto Gell.

Abzahlungsgeheimnisse

Waren u. Waren... gegen bar und auf Zeitzahlung

Adolf Schröter, Rindfleisch

Alkoholfreie Getränke

Bilz-Sinalco

Thomas Brause

Bäckereien und Konditoreien

Bäckermeister

Brotbäcker

Fritz, W.

Rein, Joh., Schmiedestr. 17/18

Bier-Brauereien, Bier-Verleger

Brauerei Kautz

Brauerei Suttan & S.

Genossenschaftsbrauerei

Brauerei Haase, C., Breslau

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Hauschild Ad.

Erscheint 3mal wöchentlich

Fleischereien u. Wurstfabriken

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Barth, Gustav, Jüngerstr. 18

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern der Einlagen empfohlen

Herrn-Garderobe

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Wittow, W., Schillingstr. 15, Spey, Nr. 10

Manufaktur-Modewaren

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Feige, Anna, Größelstr. 49

Wilhelmshöhe

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Wilhelmshöhe, C. Pöter

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Kaufhaus Heilborn

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. November.

Geschichtskalender.

6. November.

- 1833 Der norwegische Dichter Jonas Lie bei Drammen *.
- 1901 Der chinesische Staatsmann Li-Dung-Chang in Peking †.
- 7. November.
- 1810 Fritz Reuter in Stavenhagen (Mecklenburg) *.
- 1867 Marie Kurie, die Mitentdeckerin des Radiums, in Warschau *.
- 1906 Der Dichter Hermann Seidel in Gr.-Vichtersfelde †.

Landtagwahl.

Nach unseren letzten Feststellungen erhielten gestern Wahlmänner

die Sozialdemokraten	74
die Liberalen	90
die Konservativen	57

Nicht zustande gekommen sind 3 Wahlen, über 5 Bezirke stehen die Resultate noch nicht fest.

Unser Zuwachs setzt sich aus 16 Bezirken zusammen, die neu erobert wurden und von dem 4. W. abgehen. Diese Verluste wittern wir zum Teil bei der Eiferscheidung durchs Los.

Weiteres von der Landtagwahl.

Das elende verwickelte Landtagwahlrecht bringt manchmal auch heitere Zwischenfälle. Im Bezirk 135, der in der Fortbildungsschule auf der Gartenstraße wählte, war ein 60 Jahre alter Hausmeister der Wahlmannskandidat der schwarz-blauen Gesellschaft. Die Wähler werden aufgerufen und so kommt auch die Reihe an den Hausmeister. „Wen wählen Sie“, fragt der Wahlvorsteher den Alten, der ordnungsgemäß hervortritt. „Ich wähle Vogel!“ lautet selbstbewußt die Antwort. „Vogel wählen Sie?“ bemerkt verwundert der Wahlleiter. „Ja, ich wähle Vogel“, versichert nochmals der konservative Wahlmannskandidat. Im Schulzimmer sind 40 bis 45 Wähler versammelt und alle lachen. Es wird schließlich dem Stichwahl nötig zwischen dem Liberalen und dem Sozialdemokraten. Unser Hausmeister, der konservative Wahlmannskandidat, ist wieder sehr aufmerksam. Als der sozialdemokratische Kandidat aufgerufen wird, wählt er, was selbstverständlich ist, sich selbst. Der Alte mit den Orden denkt, das wird wohl auch für mich richtig sein. Auf die Frage: „Wen wählen Sie?“ antwortet er: „Ich wähle mich selbst!“ Die Wähler sehen sich gegenseitig an und lachen wieder. Ja, dieses böse Wahlrecht.

Ein äußerst brotlicher Vorfall spielte sich in einem Bezirk der Gräbchen Vorstadt ab. Erschien da zur Wahl ein biederer Handwerksmeister, dessen jüdische Herkunft sich aus Namen und Aussehen leicht erkennen ließ. In seiner Zunft hat er sich aber gut eingelebt und gelernt, daß die Schwarz-Blauen die wahren Freunde des Handwerks sind. Für Vogel also galt es einzutreten; das ist ja der Mann, der dem Handwerk den „goldenen Boden“ erobern helfen wird. Kaum hatte unser Handwerksmeister aber seine Stimme für den Wahlmann der „vereinigten Parteien“ abgegeben, als Getierheit auf allen Gesichtern erschrak. „A lathol'scher Jude“, raunte ein Spatzvogel seinen Nachbarn zu. Unser Zunftmeister merkte bald, auf wessen Kosten man lachte. Er verließ das Wahllokal, ohne in der Stichwahl nochmals seine Kraft für den schwarzen „Freund des Handwerks“ einzusetzen.

Aus aller Welt.

Weise und gerechte Richter. Es kommt nicht häufig vor, daß man Grund hat, mit dem Ausgange von Prozessen zufrieden zu sein, die sich gegen mißhandelnde Polizisten richten. Insofern verdient das Urteil bekannt zu werden, das vor einigen Tagen eine Strafammer in Meiningen gegen zwei Schulente fällte, die einen Knaben mit rohesten Prügelein geradezu gefoltert, um ihm das Geständnis einer Tat abzupressen, die er gar nicht begangen. Das „Salzburger Tageblatt“ berichtet nun ausführlich über den Fall, den wir feinerzeit nur kurz mitteilen:

Vor Monaten wollte ein junger Mann aus Saalfeld in Meiningen zu Besuch und kam mit dem 12jährigen Pflegesohn eines hiesigen Arbeiters Reinhard mehrfach zusammen. Nach einer Zusammenkunft mit dem Knaben vermißte der Fremde seine Uhr und da dieser der Meinung war, daß nur der Knabe dieselbe entwendet haben könnte, machte er Anzeige bei der Polizei. Der Knabe, der von seinen Lehrern und seinem Erzieher als brav geschilbert wurde, wurde verhaftet, auf die Polizei geführt, und hier von dem Polizeiführer Kraus und Müller einem hochnotpeinlichen Verhör unterworfen. Als der Knabe den Diebstahl nicht eingestehen wollte, wurde er von den Schulente auf das ärgste mißhandelt, mit einem Gummischlauch traktiert, mit dem Kopf an die Wand gestoßen und wiederholt eingesperrt, um ihn zum Geständnis zu bringen. In seinem Zimmer bekannte endlich der Knabe, der Dieb der Uhr zu sein und nun wurde er von seinen Peinigern freigegeben. In Hause und seinem Lehrer gegenüber widerriet er aber sein Geständnis und sagte unter Tränen, daß er nur so gelacht habe, um nicht mehr mißhandelt zu werden. Kurze Zeit darauf traf von dem angebl. Bestohlenen die Nachricht ein, daß die Uhr sich wieder vorgefunden, daß also der Knabe unschuldig sei. Gegen die Schulente wurde auf Anzeige hin das Verfahren wegen Mißhandlung usw. eingeleitet, aber eingestellt. Auf eingeleitete Beschwerden an das Oberlandesgericht aber wurde ein neues Verfahren eingeleitet, das jetzt zu einem Urteil führte. Die Verhandlung ergab, daß die beiden Beamten in geradezu grausamer Weise ihre Inquisition ausgeübt. Sie wurden wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung verurteilt; Kraus erhielt ein Jahr Zuchthaus, Müller vier Monate Gefängnis. Ein hartes Urteil, aber ein gerechtes. Wer seine Amts-

Mutterschaftsversicherung

und Mutterschaftskassen.

Die Regierung hat feinerzeit im Reichstage erklärt, einen ausgedehnten Mutter- und Säuglingschutz gibt es nicht; eher scheitert die ganze Reichsversicherungsordnung. Und die Mehrheitspartei des Reichstages begrüßte selbstverständlich diese Erklärung, denn sie hatten nun einen „Grund“ gegen alle sozialdemokratischen Anträge zu stimmen, die mehr Schutz und Unterstützung der schwangeren Frauen und der Wöchnerinnen forderten.

Der deutsche Bund für Mutterschutz will nun Mutterschaftskassen errichten, um den hilfsbedürftigen Frauen beizustehen. Die schloßische Gruppe dieses Bundes hatte dieser Tage eine Versammlung einberufen, um die nötige Klärung über die Mutterschaftsversicherung und die Mutterschaftskassen zu verbreiten. Redner war der Arzt Dr. Fischer aus Karlsruhe i. W., der dort eine Mutterschaftskasse gegründet hat. Aus seinen wichtigsten Ausführungen ist folgendes hervorzuheben:

Wird die Frage gestellt: Warum beschäftigt man sich mit Mutterschaftsversicherung und Mutterschaftskassen? so müssen wir das betrachten, was uns die Krankenkassen lehren. Wir sehen da, daß die Erkrankungen bei den weiblichen Mitglie d e r n häufiger und länger sind als bei den männlichen. Es sind hauptsächlich Krankheiten, die durch das Wochenbett entstehen, Mutterkrankheiten, Unterernährung usw. Prüft man die Zerstörertheit der Großmuttermütter, so sieht man, daß in den Jahren von 25 bis 35 mehr Frauen als Männer sterben, obwohl sonst die Sterblichkeit der Frauen geringer ist. Man sieht also den Zusammenhang von Schwangerschaft und Erwerbsleben, worunter auch die Kinder schwer leiden. Wir haben ja in Deutschland eine hohe Säuglingssterblichkeit. Die Erwerbsarbeit der Mutter vor der Entbindung führt zu einem Mindergewicht der Neugeborenen. Es werden also unreife Früchte geboren. Kein Tierzüchter würde eine Mutterkuh zur Arbeit anhalten. Die schwangere Frau muß aber sehr oft der Erwerbsarbeit nachgehen. Das Schicksal der Kinder, die unter so ungünstigen Umständen geboren werden, ist traurig. Die Säuglinge, die die Mutterbrust bekommen, zeigen durchschnittlich eine Sterblichkeit von 7 Prozent, die künstlich ernährten Kinder haben eine Sterblichkeit von 18, 20, 30 und 40 Prozent. Für den Säugling ist nichts so wichtig wie die Muttermilch. Wie kann man den Mütterleiden begegnen? Das können wir durch eine vollständige Aenderung des Wirtschaftslebens. Da in a. W. die Gartenstadt. Wo sie für die Arbeiter besteht, ist die Sterblichkeit gleich null. Wir können aber nicht warten, bis diese vollkommenen Zustände erreicht sind. Lange vor der Krankenversicherung hat ein sozial denkender Arbeitgeber im Elbath seinen Arbeiterinnen den vollen Lohn für die sechs Wochen nach der Entbindung ausbezahlt. Dadurch wurde die Säuglingssterblichkeit stark vermindert. Welche großen Erfolge sich durch Mutterschaftskassen erreichen lassen, zeigen die französischen Mutterschaftskassen; da stillen 85 Prozent der Mütter und nur 4 bis 5 Prozent der Kinder sterben.

Der Redner zeigte nun, wie sich in den europäischen Ländern der Frauen- und Mutterschutz entwickelt hat. Es geht daraus hervor, daß der Mutterschutz überall noch sehr mangelhaft ist, weil er sich nur auf einen geringen Bruchteil der Frauen beschränkt. Das Arbeitsverbot nach der Entbindung hat einzig dann einen Zweck, wenn die Mutter entschädigt wird. Wie soll das geschehen? Es entstehen Ausgaben für die Schwangere, den Arzt, die Wäsche usw. Geld ist aber in den ärmeren Kreisen nicht da, denn Erbsparnisse können vom einzelnen nicht gemacht werden. Hier müssen Kassen gegründet werden, die ähnlich wie die übrigen Versicherungsanstalten wirken müssen. Muttergütigkeit ist vorangegangen das deutsche Reich, aber nur in einem bescheidenen Umfange mit der Wöchnerinnen-Unterstützung. Im Jahre 1909 sind 6 Millionen Mark Wöchnerinnen-Unterstützung gezahlt worden bei 3½ Millionen versicherter Mütter und Frauen. Unsere Zustände sind aber keineswegs vollkommen. Die Wöchnerinnen-Unterstützung zeigt große Mängel: a. W. sind die Gemeinderatentaxen und die Hilfskassen zur Wöchnerinnen-Unterstützung nicht verpflichtet. Besonders ist das Wöchnerinnengeld zu niedrig, denn es beträgt nur die Hälfte des durchschnittlichen Tageslohnes. Man hat im allgemeinen auch das Krankengeld zu bemessen, weil man sich sagte, geben wir den ganzen Tageslohn als Krankengeld, dann wird der Arbeiter Krankheiten simulieren. Ich bin

Stassenarzt seit einer ganzen Reihe von Jahren, kann jedoch über Simulation nicht besonders klagen. Was aber hat die Simulation mit dem Wochenbett zu tun? Das Wochenbett kann doch keine Frau simulieren. Darum ist es auch verfehlt, ihnen als Unterstützung weniger als den wirklichen vollen Lohn zu geben. Das Schlimmste ist, daß bei uns in Deutschland nur die versicherten Frauen unterstützt werden. Ein englischer Vorkämpfer bestimmt, daß in jedem Falle auch die Erwerbslosen zu unterstützen sind, die der Klasse nicht angehören.

In Breslau ist noch vieles mangelhaft. Es gibt keine Schwangerschaftsunterstützung, nicht überall Familienunterstützung und so weiter. Der Bund für Mutterschutz ist mit der Forderung der Mutterschaftskassen aufgetreten. Noch mehr allerdings fordern die Sozialdemokraten, und ich muß ihnen zustimmen, obwohl ich kein Sozialdemokrat bin. Aber die Forderungen des Bundes für Mutterschutz sind erst recht die der Sozialdemokratie. In der Reichsversammlung keine Beachtung. Die Reichsversicherungsordnung einmal trotzdem einen Fortschritt, da der Kreis der wöchentlichen Versicherungen sehr erweitert wird. Zu bedenken ist, daß die Verklärung der Wöchnerinnenunterstützung nicht allgemein ist, sondern in den Landkreisen nur in vier Wochen beträgt. Dadurch hat sich der Gesetzgeber mit sich selbst in Widerspruch gesetzt.

Da der Gesetzgeber nicht alles getan hat für den Mutterschutz, müssen wir selbst ergänzend einreisen. Die erste Mutterschaftskasse ist von mir in Karlsruhe gegründet worden. Darüber hinaus bestehen solche Kassen auch schon in einigen anderen Orten. Ich habe gehört, daß Sie eine Mutterschaftskasse auch in Breslau schaffen wollen. Ich wünsche Ihnen dazu viel Glück.

Der Redner ermahnte für seine gütlichen und warmherzigen Ausführungen lebhaften Beifall. In der kurzen Aussprache betonte Herr Dr. Chosen, daß die Vorbereitungen für eine Mutterschaftskasse in Breslau bereits im Gange seien und hoffentlich recht bald zum gewünschten Ziele führen würden. Leider war die Versammlung, die im Magdalenen-Gymnasium tagte, nur schwach besucht. Die überaus wichtige Frage der Mutterschaftsversicherung und Mutterschaftskassen hätte es verdient, vor einem größeren Kreise verhandelt zu werden.

Vom Bauarbeiterchutz in Breslau.

Wir haben in der letzten Zeit an dieser Stelle Klage geführt über mangelhafte Neubauten auf Hochbauten. Heute müssen wir das tun wegen mangelhafter Arbeiterhäuser beim Straßenaubau. Die letzten die Neubauten zum Teil vollständig oder sie bieten nur einen kleinen Teil der Beschäftigten Raum. Nicht bedauerlich aber ist es, daß bei den städtischen Arbeiterhäusern die Wohnfläche genau so vorhanden sind, wie bei privaten Unternehmern. Am Königplatz sind einige zwanzig Arbeiterhäuser, darunter sechs Frauen, schon mehrere Wochen beschäftigt. Die dortige Neubau ist höchstens sechs Quadratmeter groß. Die Kleiderstücke, die sie bei der Arbeit ablegen, liegen da herüber herum, und mancher Arbeiter hat am Feierabend keine Kleider nicht wiedergefunden, weil sie inzwischen mit einem anderen fortgegangen waren. Bei Regenwetter arbeiten die Leute, bis sie auf die Haut durchdringt sind; dann müssen sie nach Hause gehen. Einen Regenmantel können sie sich nicht mitbringen, denn eine Neubau, wo sie ihn aufbewahren könnten, gibt es nicht. Auch für das Frühstücksbrot sollen sich diese fremde Liebhaber finden, und der Beschäftigte muß dann bis Mittag mit leerem Magen arbeiten. Derselben Zustand finden wir auch auf der Kunitzstraße. Auch hier ist die gleiche Zahl Leute beschäftigt. Der Unterschied besteht nur darin, daß der Unternehmer Kobla gar keine Neubau aufgestellt hat. Da wir hier nicht alle Fälle einzeln aufzählen können, wollen wir nur noch bemerken, daß die Zustände bei den Straßenbauten fast überall die gleichen sind und wir fragen: Wenn wird es hier einmal besser werden?

Alle Bauarbeiter Breslaus müssen wir noch dringend auffordern, jeden Unfall bei Hochbauten und Straßenbauten, sei er auch noch so leicht, stets sofort der Bauarbeiterchutzkommission unter Nr. 378 mitzuteilen, was vorgefallen ist. In erster Linie sind die Bau-Delegierten verpflichtet, und jeden Unfall anzugeben. Nur dann können wir überall rechtzeitig zum Vorteil der Arbeiter einreisen und die nötigen Unterlagen für den Ausbau des Bauarbeiterchutzes gewinnen.

Die Bauarbeiterchutzkommission.

gewalt zu Rohheiten mißbraucht, verdient es nicht anders; es gibt kein ärgeres Verbrechen.

Zu beachten ist, daß zunächst das Verfahren gegen die beiden Gelben eingestellt werden sollte. Wer kennt nicht diesen gewöhnlichen Verlauf? Um so erfreulicher ist es, daß hier einmal das Recht trotzdem durchdrang.

Die Diplomatie und das Kaiserliche. Aus Dresden wird geschrieben: Die Heberichschrift ist nicht satirisch gemeint, sie soll nur eine ernsthafte Staatsaktion andeuten, die gewissermaßen als Zwischenschritt zwischen den Schlächten die russische und deutsche Diplomatie in der letzten Zeit beschäftigte. In der Dresdener Hygieneausstellung gab es zum Entzücken kleiner Leute auch ein Kaiserlicheater, auf dem es aber keineswegs hygienisch zuging. Denn der hölzerne Hanswurst hatte auch dort eine schlechte Wohngegend seiner Kunstgenossen, nämlich die, keinen Gegner mit einem mächtigen Knüttel furchbar zu verprügeln oder ihn gar totzuschlagen. Das widerfuhr auch einem „bösen Zauberer“, der aber im lässlichen Dialekt des Kaiserlicheaterdirektors als „Zauberer“ ausgeprochen wurde. Ein Russe hatte jedoch „Zar“ verstanden. Die Vorgänge auf der kleinen Bühne empörten sein loyales Gewissen auf das Allerheftigste. Er schrieb Artikel in russischen Zeitungen, im Theater der Hygieneausstellung wurde der Zar auf das Größtliche beleidigt; auch in der „Nowoje Wremja“ erschien ein derartiger Artikel. Nun setzte die russische Diplomatie ein. Es gab behördliche Untersuchungen, Interventionen, Noten zwischen der deutschen und russischen Diplomatie; die Beziehungen wurden gespannt. Schließlich gelang es unserer Volksschaft in Petersburg, die russischen Staatsmänner darüber aufzuklären, daß im Dresdener Kaiserlicheater kein Verbrechen gegen den Zar, sondern höchstens gegen den guten Geschmack gegen den sei. Die Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg werden sich nun wohl wieder gebessert haben.

Studentenkravalle in Darmstadt. Die „Kleine Presse“ meldet aus Darmstadt: Ein großer Studentenreißer entstand Montag früh gegen 5 Uhr in der Nähe des zweiten Polizeireviere. Die Studenten wurden bei dem Versuche, in das Revier einzudringen, mit Gewalt zurückgedrängt. Einer wurde derart verletzt, daß er in das Krankenhaus aufgenommen werden mußte. Das telephonisch herbeigerufene Krankenautomobil fuhr unterwegs mit einer Autodrochse zusammen und wurde zum größten Teil zerstört. Ein Sanitätskamerade wurde dabei schwer verletzt. Ueber die Ursache der Zusammenstöße finden Ermittlungen statt.

Die Glasfabrik in Pilsbura abgebrannt. Das ungeheure Fabrikgebäude der „Pilsburger Glasfabrik“ in Pilsbura ist einem großen Brande zum Opfer gefallen.

Der Schaden beläuft sich auf 400.000 Dollar. Unter den Ungeheuren der Fabrik entstand bei dem Bekanntwerden der Feuersbrunst eine große Panik. Alles strömte dem Ausgange des Gebäudes zu. Mehrere weibliche Angestellte fielen in Ohnmacht und wurden ins Krankenhaus gebracht. Ein besonderer Verdienst bei den Rettungsarbeiten hat sich ein junges Telefonfräulein, namens Sadie Simmons erworben, die selbstlos an ihrem Apparat verblieb und alle Verteilungen des Gebäudes von dem Anbruch des Feuers benachrichtigte, sodas sich das Personal noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. Die junge Dame hat als letzte Angestellte das brennende Gebäude verlassen.

Die Heberschwemmungskatastrophe in Brasilien. Im deutschen Auswärtigen Amt sind vor einigen Tagen telegraphische Meldungen des Kaiserlichen Konsulats in Florianopolis über die Heberschwemmungskatastrophe eingelaufen, welche in erster Linie die deutsch-brasilianischen Kolonisten im brasilianischen Munizip Blumenau in schwerer Weise getroffen hat. In Gemäßheit der Anregung des Konsulats ist alsbald das Erforderliche veranlaßt worden, um innerhalb des Deutschen Reiches eine Hilfsaktion einzuleiten. Das Nähere wird demnächst der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

Entgleisung eines Güterzuges. In der Nähe des Bahnhofes in Bonn a. Rh. entgleiste infolge Reihens der Kuppelung ein Güterzug mit sieben Wagen. Sechs Wagen fielen um und wurden zerstört. Der Unfall rief eine achtstündige Verkehrsstörung hervor. Der Personenverkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten; Personen wurden nicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Sturmflut an der Elbmündung. Das seit mehreren Tagen andauernde Sturmwetter hat heute nacht zu einer schweren Sturmflut in Cuxhaven geführt. Sehr schwer hat der Schiffsverkehr zu leiden. Die gesamte ausgehende Schifffahrt stockt. In der Elbmündung liegen zahlreiche hilflose Schiffe. Vor Schiffsentfällen ist bisher folgendes bekannt: Oberhalb der Elbmündung auf dem Scharhoerntriff sind ein Dampfer und ein Dreimasterschoner gestrandet. An anderer Stelle in der Elbmündung ragt das Wrak eines Seewerkschiffes empor. Nach allen Stellen sind Hilfsdampfer und Rettungsboote ausgelassen. Nähere Nachrichten hierüber fehlen noch.

14 Gebäude niedergebrannt. Ein großer Brand entstand Sonntag nachmittag in dem 400 Einwohner zählenden Ort Gaa bei Bilsed in Bayern. Das Feuer soll von Kindern durch Unvorsichtigkeit verursacht worden sein. Das Feuer entstand im Hintergebäude eines großen Anwesens und verbreitete sich infolge des herrschenden Sturmes mit größter Schnelligkeit. Im ganzen sind 14 Gebäude niedergebrannt.

Der Wahlkampf im Landkreis.

Als in die letzten Orte hinein bringen wir vor, und wo wir hinkommen, finden wir aufmerksame Zuhörer, die unseren Ansichten begeistert zustimmen.

In Pöls bei Breslau war es am Montag endlich möglich, den Tag in einem Garten unter freiem Himmel zu legen. Vor fast 300 Männer und Frauen konnte Genosse Schölich der Kandidat des Kreises, über die bevorstehende große Abrechnung sprechen. Er hatte es sich besonders zur Aufgabe gemacht, die vollstündliche Beschäftigung des Reichstages gebührend zu brandmarken und den Anwesenden zu beweisen, daß die Arbeiter, Handwerker, die Stellenbesitzer und kleinen Leute von den Getreide- und Fleischpreisen nicht nur keinen Nutzen haben, sondern durch sie schwer geschädigt werden. Der reiche Beifall, der diesen Ausführungen folgte, ließ deutlich das Einverständnis der Versammlung mit dem Redner erkennen. Am Schluß des Besuchs sang der Maschiner Gesangsverein ein Kampflied, wodurch die gute Stimmung noch mehr gehoben wurde. Eine Zellerfassung ergab 14,50 Mark für den roten Juniesturm. In Dürrenschloß sprach am Sonntag Gen. Meiner aus Breslau. Auch er behandelte die bevorstehenden Reichstagswahlen, wobei er das gemeindefürdliche Treiben der unerschlichen Junker und ihrer Knechte uns rechtlich nicht rührte. Die gut besuchte Versammlung stimmte dem Redner sehr zu und gelobte, alles zu tun, was den Kandidaten der Sozialdemokratie zum Siege führen kann.

Linke-Bojmann-Werte.

Wichtigste Aufgabe für Waggan-, Lokomotiv- und Maschinenbau. So soll der Betrieb heißen, der mit der Interessengemeinschaft von Linke-Bojmann beauftragt ist. Es sind jetzt der Vertragserfüllung zwischen den Gesellschaften und die Zahlungen der neuen Pachtgesellschaft veröffentlicht worden.

Der Pachtvertrag wird nach dem Entwurf mit Wirkung vom 1. Dezember 1911 ab auf die Dauer von 30 Jahren, d. h. bis zum 31. Dezember 1941, geschlossen mit der Maßgabe, daß sich der Vertrag jeweils schließend um 30 Jahre verlängert, wenn nicht drei Jahre vor Ablauf die Kündigung durch eingeschriebenen Brief erfolgt. Die an Linke zu zahlende jährliche Pachtsumme beträgt für die ersten 10 Jahre 820.000 Mark, nach Ablauf dieser Zeit 705.000 Mark. Die an Bojmann zu zahlende jährliche Pachtsumme beträgt für die ersten 30 Jahre 200.000 Mark und bleibt auch bei einer Verlängerung des Pachtvertrages unverändert. Die Zahlung des Pachtzinses erfolgt halbjährlich rückwärts am 30. Juni und 1. Dezember.

Pächterin ist verpflichtet, aus dem jährlichen Reingewinn einem Pächterfonds 5 Prozent zuzuführen, bis und so lange dieser Fonds 3.000.000 Mark beträgt. Dieser Fonds dient zur Erstattung der Pachtsumme für den Fall, daß die Zahlung der Pächterin ihren Verlust aufweist.

Voraussetzung für das Aufnahmestimmen des Pacht- und Kaufvertrages ist, daß die neu zu gründende Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 11.000.000 Mark, eingeteilt in 11.000 Aktien à 1000 Mark, errichtet und in das Handelsregister eingetragen wird.

Reguliert der den Beamten und Arbeitern zu bewährenden Pensionen und Unterhaltungen an dem Vertragstag nach folgende Bestimmungen: Linke behält den Betrag, welcher ihrem Vorkriegsstand für Beamten und Arbeiter-Unterstützungen entspricht, trägt dagegen die Pensionen und Unterhaltungen aller ihrer bei Beginn der Pachtzeit bereits pensionierten Beamten, unterstützten Arbeiter und deren Hinterbliebenen. Vom Beginn der Pacht ab trägt Pächterin alle neu zu bewährenden Pensionen und Unterhaltungen; Linke ist jedoch verpflichtet, solange die Pensionen und Unterhaltungen aus dem Fonds eines von der Pächterin zu zahlenden Pensionfonds nicht gedeckt werden können, den fehlenden Betrag zu zahlen, als er zur Gewährung von Pensionen und Unterhaltungen an frühere Beamte und Arbeiter von Linke und deren Hinterbliebenen erforderlich ist. Die Pächterin übernimmt die Zahlung aller von Beamten bereits bewilligten Pensionen und Unterhaltungen. Als Ersatz hierfür zahlt Pächterin an die Pächterin einen kleinen Pachtfabrikationsprozent und Pensionen für die Bildung eines Pensionfonds vorzulesen.

Den Lehrer zu Tode gemariert.

Ein räuberischer Ueberfall, dem ein alter Lehrer zum Opfer gefallen ist, und der in seinen Einzelheiten an die Schwandelen der Händerbanden des 18. Jahrhunderts erinnert, beschloß das Schwurgericht zu Glatz. Unter der Anklage, den pensionierten Lehrer Fraß aus Korruption in so lange gemariert zu haben, bis er starb, um dann in Ruhe seinen Raub auszuführen zu können, hatten sich die 21 Jahre alten Pächtergesellschaften Ernst Wächter und Johann Wais, sowie der erst 15 Jahre alte Söhne Junge Friedrich Schomader, der nach die Schule bezieht, zu verantworten.

Die Angeklagten, die bei dem Schwurgerichte des alten Fraß bedient waren, hatten in Erfahrung gebracht, daß der alte Mann seine Pension zum größten Teil bar und deshalb einige Hundert Mark in der Wohnung haben mußte. Einmal kam die Rede darauf, daß bei Fraß etwas zu holen sei. Wais versprach, das könne ganz leicht geschehen, denn er besitze die nötigen Schlüssel. In der Dunkelheit konnte dann Fraß leicht beiseite werden. Im Laufe der Zeit beschleunigten sie sich immer mehr mit dem Plan und legten diesen Einzelheiten fest. Gegen Ende Juli d. J. schritten sie zur Ausführung. Sie entfernten sich heimlich aus dem Dienste und gingen nach Tschowitz, wo sie eine elektrische Taschenlampe kauften. Am folgenden Tage kehrten sie nach Korruption zurück und verkleideten sich im Wald. Die Zeit bis zum Abend hatten sie damit aus, daß sie sich aus Korruption schickten. In der Nacht gegen 1 Uhr brachen sie dem Walde auf, wo sie ihre Stiefel zurückließen. Unterwegs fanden sie einen alten Eber, den sie in Streifen schnitten, um ihn zur Füllung zu verwenden. Fraß bewohnte ein kleines Häuschen, das nur ein Stodder hatte. Eine im Hofe befindliche Leiter benutzten sie, um durch eine Luke auf den Boden zu kommen. Sie zogen die Leiter nach und stiegen durch eine Leinwand des Bodens in die Küche. Von hier gelangten sie nach Verhinderung mehrerer Schreier in die Wohnstube, wo sie den alten Fraß nebenan schlafend hörten. Da sie in der Wohnstube das gewünschte Geld nicht fanden, erbrachen sie die Schlafkammer, wodurch Fraß wach wurde. Wächter und Wais warfen sich sofort auf ihn und hoben ihn Gänze und Hände gefangen. Als Fraß anfangen zu schreien, schloß ihn ein Stück Sackleinwand in den Mund. Darauf gingen sie in aller Ruhe davon, sämtliche Schlüssel zu erlösen. Sie erbeuteten ungefähr 400 Mark bares Geld und ein Sparbüchlein mit über 1000 Mark. Den alten Mann wurde dann noch das Bett über den Kopf gelassen, worauf sie die Leiter wieder auf den Boden brachte. In der Küche bestiegen sie sich die Treppe nach oben, um die Luke zu schließen. Die im Hofe befindliche Leiter wurde auch hier noch entfernt. Die im Hofe befindliche Leiter wurde auch hier noch entfernt. Die im Hofe befindliche Leiter wurde auch hier noch entfernt.

So ist denn in dieser Interessengemeinschaft alles sehr feil eingeteilt, um die Vorteile der Herren Aktionäre zu sichern. Die Gesellschaften wissen nicht, was sie mit den ungeheuren Gewinnen anfangen sollen und verpachten ihre Betriebe an eine neue Gesellschaft, die eigentlich aus den alten Geldmännern besteht. Die Löhne könnten sehr gut um 25 bis 50 Pfg. erhöht werden; aber das wäre ja ein großer Verlust gegen die heiligen Grundzüge der Profithäheret.

*** Die Frauen in der Gemeinde-Verwaltung.** Immer mehr Gemeinden sehen ein, daß die Frauen in der Verwaltung sehr gute Dienste leisten können. Jetzt wird aus Frankfurt a. M. gemeldet, daß dort bei der Anstaltsdeputation und den Schulbehörden Frauen mit beratender Stimme zugelassen werden. Das Frankfurter gute Beispiel verdient überall Nachahmung.

*** Immer weniger Fleisch** wird in Deutschland verbraucht. Nach einer Berechnung des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, die soeben bekannt wird, ist der Fleischverbrauch von 52,94 Kilogramm durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1909 auf 51,95 Kilogramm im Jahre 1910 zurückgegangen. Das Jahr 1911 dürfte einen weiteren Rückgang zeigen. Heut reicht es in vielen Familien kaum noch auf Brot und Kartoffeln; an Fleisch ist da garnicht mehr zu denken.

*** Ein sonderbares Urteil.** Die Wäsche-Wirtschaftlerin Frau G. hatte gegen den Restaurateur W. auf Herausgabe ihrer Kleidungsstücke, Wäsche usw. Sie war eine Zeit lang bei dem Verfall in Stellung, und bei ihrem Austritt erklärte er, die Sachen nicht eher herauszugeben, bis sie von ihm beschlagnahmt worden seien. Er beschuldigte die Frau durchaus nicht, doch sei schon so oft Wäsche abhandeln gekommen, so daß er sich nicht recht entsinne, die Sachen und Köpfe nachzugehen. Das Gewerbegericht entschied zugunsten des Verfallten. Es sei nicht abhandeln kommen; man müsse deshalb dem Verfallten das Recht zuerkennen, kein Verlassen des Dientles nachzugehen, ob unter den Sachen wirklich nur Personalwäsche sei. Dieses Urteil muß als unheimlich bezeichnet werden. Der Arbeitgeber ist nicht berechtigt, die Sachen seiner Angestellten zu durchsuchen. Glaubt er, daß sie ihm etwas gestohlen haben, dann läßt er ihn frei, sich an die Polizei oder ans Gericht zu wenden; aber er ist nicht berechtigt, das Eigentum seiner Leute nicht anzu.

*** Vom Duellung.** Ein Breslauer Student stand heute vor der Breslauer ersten Strafkammer wegen Vergehens gegen § 205 des Strafgesetzbuchs (Zweiampf mit tödlichen Waffen). Es handelte sich um eine sogenannte Behimmungsmanier mit Gassenfägern, Winden und Landwagen. Die im Verfall des Kaufmanns Dr. Lomsky im Juni 1911 ausgesprochen wurde. Dieser sei diesem Unfug ein Student zum Opfer, der an den Folgen eines Säbelstiches starb. Das Urteil gegen die angeklagten Studenten lautete nach dem Antrag des Staatsanwalts auf je drei Monate Gefängnis.

*** Ein dreister Heiratschwindler.** Der Schlossergeselle Franz Rajnyga lernte Anfang dieses Jahres in Breslau ein junges Mädchen kennen das mit ihrem Vater, einem landlichen Pächter aus Groß-Wartenberg vorübergehend hier weilte. Nach dieser ersten Bekanntschaft besuchte der junge Mann das Mädchen oftmals in ihrem Heimatsort, wobei er immer die Gelegenheit benutzte, den Pächter, dem er sich als künftiger Schwiegervater anbot, um ansehnliche Geldbeträge anzubringen. Bald brachte er Geld für einen Ankaufsführer als Kraftwagenführer, bald auf Kleidung, dann wieder zu einer wichtigen Reise und noch auf vieles andere mehr. Der Vater, der leidenschaftlich genug war, anzunehmen, daß Rajnyga seine Tochter einmal heiraten werde, gab die geforderten Geldbeträge willig hin. Am 2. Mai war er wieder in Breslau, um mit dem „Schwiegervater“ die Hochzeit vorzubereiten. Auf der Grabschmuckstraße wurde eine Wohnung gemietet. Die Waise bezahlte natürlich der Vater des Mädchens, der dem Schlossergesellen am Abend vor der Abfahrt des Juges noch 10 Mark in die Hand drückte. Wenige Tage vor der Hochzeit rief man den Stellenbesitzer in Groß-Wartenberg an. Er teilte dem Vater mit, daß

sehr schwerer beschuldigt und jagd, er sei mit den beiden anderen in der Schlafkammer des Obers gewesen und habe bei der Zeit geleuchtet. Die Seiten des Fraß hat erprobt, daß der Tod durch Erhängung herbeigeführt worden ist, und zwar infolge des Einwirkens der Sackleinwand in den Mund. Nach dem Ergebnis der Sektionsaufnahme ließ der Staatsanwalt die Anklage auf beschuldigte Tötung stellen und stellte nur auf schweren Raub. Die Behauptung der Angeklagten, daß ihr Opfer bei ihrem Weggehen noch gelebt und in seine Baracke habe, konnte nicht widerlegt werden. Der Verfall der Geschworenen lautete entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts, worauf Wächter und Wais zu je 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt wurden. Dem Hinterbliebenen Schomader wurde sein jugendliches Alter zu gute gehalten. Er erhielt drei Jahre Gefängnis.

*** Ein schwerer Unfall.** Ein schwerer Unfall ereignete sich auf der Elektrischen Straßenbahn Poser-Degerloch bei Stuttgart. Ein von Degerloch kommender Wagen der elektrischen Straßenbahn geriet an einer Kurve infolge starken Rauschens ins Schiefen. Da der Wagen mit großer Schnelligkeit über die Eisenbahnschienen herankam, konnte er an der bestreuten mit Laub bedeckten Stelle nicht sofort halten; er entgleiste und wurde mit großer Gewalt gegen den Bordstein gestoßen, so daß er umstürzte. Von den dreißig Passagieren, die im Innern des Wagens Platz genommen hatten, wurden vierzehn sehr schwer verletzt. Von diesen sind drei bereits nach kurzer Zeit verstorben: ein Ingenieur Gartenstein aus Stuttgart, ein Wagenführer Kramer, ebenfalls aus Stuttgart, und ein Monteur von auswärts, dessen Namen jedoch bis zur Stunde noch nicht festgestellt werden konnte. Die übrigen erlitten zum größten Teile leichtere Verletzungen. Von den Schwerverletzten befinden sich noch einige in Lebensgefahr.

*** Schwere Eisenbahn-Unfälle.** In Stuttgart hat sich ein neues schweres Eisenbahnunglück ereignet. Auf dem Nordbahnhofs hies ein Rangierzug auf eine Lokomotive auf. Dabei wurde ein Lokomotivführer in die geräumigsten Teile seiner Lokomotive hineingezogen und so fest eingeklemmt, daß er sich nicht mehr daraus zu befreien vermochte. Er erlitt durch den ausströmenden Dampf so schwere Verletzungen, daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat. Ein Geizwoll vor dem Zusammenstoß, der es noch rechtzeitig vermochte, von der Lokomotive abzuspringen; er geriet aber hierbei unter die Räder der Lokomotive, wobei ihm beide Beine und ein Arm glatt abgeschnitten wurden. Ein Arzt wurde sofort herbeigeholt und hielt in hoffnungslossten Zustande dar. Bei dem Zusammenstoß hatte der Lokomotivführer der allein fahrenden Lokomotive Gegenampf gegeben. Hierdurch fuhr die Lokomotive mit voller Kraft gegen einen Prellbock auf, über sehr hohen und geräumigsten das hinter ihm liegende Bahnwärterhäuschen.

*** Trauer im Mädchenstanz.** In einem Saale im englischen Prospekt in Petersburg hat sich gestern morgen in aller Eile ein Schauspiel der bildlichsten polnischen Schauspielerei entwickelt. Ein blutiges Drama entwickelte sich. Die Schauspielerei

Schlossergeselle in Breslau, der um sofortige telegraphische Mitteilung von 20 Mark bat, andernfalls aus der Hölle nicht wird. Das Geld sollte angeblich zum Kauf der Möbel dienen. Da der Stellenbesitzer eine unzureichende Wohnungsberechnung von einer früher verfallenen Tochter berechnete hatte, lehnte er es natürlich ab, die verlangte Summe zu schicken. Rajnyga sagte es sich, mit welchen unehelichen Absichten Rajnyga umging. Er zog es nämlich vor, plötzlich zu verschwinden und das Mädchen, das sich großen Hoffnungen hingab, kurz vor der Hochzeit in die Höhe zu lassen. Auch das Mädchen entfernte sich darauf aus der elterlichen Wohnung und ist bis zum heutigen Tage noch nicht zurückgekehrt. Wahrheitslieblich hat sie sich am Ort über das treulose Verhalten ihres „Bräutigams“ ein Bild angelesen. Bis her war nicht eine Spur von der Verschwendung zu entdecken. Dagegen gelang es der Kriminalpolizei, den Schlossergesellen schon nach wenigen Wochen festzunehmen. Am Montag stand er vor dem Breslauer Schöffengericht wegen Betruges und eines Betrugsversuchs. Das Gericht erließ die Verurteilung darin, daß er, obwohl dem Mädchen wie ihrem Vater eine verbürgte Gehaltskraft von drei Jahren wegen schweren Diebstahls verschwiegen hatte. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte der unglückliche Vater, daß er die Einwilligung zur Ehe-schließung nicht gegeben hätte, wenn er von dieser Verführung gewußt hätte. Der Angeklagte wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

*** Im häßlichen Arbeitsnachweis** boten sich im Oktober 969 männliche Arbeitskräfte an, während nur 869 offene Stellen überhaupt vorhanden waren. Stellung fanden 741 Arbeitskräfte, zumeist ungelernete Arbeiter, Burichen, Haushälter, Kulischer. In weiblichen Arbeitskräften boten sich 1098 an; die 872 mal in den 892 offenen Stellen untergebracht wurden. Beschäftigt wurden 665 mal Waich- und Scheuerfrauen und 180 mal Bedienung. Ferner wurden 10 Kinderfrauen, 12 Näherinnen, 8 Näherinnen und 2 Pflegerinnen untergebracht.

*** Der Kriegerverein mit der Gendarmerei.** Ein Handelsmann, der 18 Jahre dem Kriegerverein angehört hat, am Samstag vor der Breslauer ersten Strafkammer. Zuletzt war er mit dem Ehrenamt eines Fahnenführers betraut. Da der Angeklagte zur Stabskompanie gehörte, durfte er auch Uniform tragen, auf die er sehr stolz war. Diese Eitelkeit steigerte sich in ihm so weit, daß er die Uniform sogar bei seinen täglichen Berufsgeheimnissen anlegte. Das hinterbrachten andere Kriegervereine dem Leiter der Stabskompanie, der dem braven Handelsmann das Fahnenführeramt entziehen ließ. Damit nicht genug, verfügte auch noch der Vereinsobere Generalmajor z. D. v. Fazenst auf die sofortige Verweisung des Kriegervereins in eine nichtuniformierte Kompanie. Einem Morgen umlegte es zeitlich an der Tür zur Wohnung des Handelsmanns. Beim Öffnen der Tür sah er sich einem Vereinskameraden gegenüber, der den Auftrag bekommen hatte, die Uniform abzuholen. Kurz entschlossen ergriff der so jäh aus seinem Mordeuschlummer Erwachte eine Handpistole und verblende damit seinen Kameraden so gründlich, daß ihm selber Hören und Sehen verging. Die Nachwirkung dieser Prügelei wirkte der andere noch etwa drei Tage im Leibe. Wegen gefährlicher Körperverletzung beantragte der Staatsanwalt gegen den Handelsmann drei Monate Gefängnis, das Gericht erkannte aber auf nur 100 Mark Geldstrafe. Das amtliche Organ des Deutschen Kriegerbundes schrieb nämlich: „Die immer mehr zunehmende sittliche Verrohung unserer Jugend ist das Ergebnis sozialdemokratischer Arbeit.“ Der vorliegende Fall zeigt, wo die Nothelfer steht.

*** Durch Erbreiter in den Tod getrieben.** Wie haben vor einigen Monaten über eine Erbreiterhande berichtet, deren Mitglieder von der dritten Breslauer Strafkammer zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Die Erbreiter hatten erfahren, daß sich ein hiesiger Kaufmann, der in dem Ruf stand, homophile zu sein, mit einem Schulknechten unzüchtig verhielt. Darauf hatten sie ihn fortwährend mit Drohbriefen verfolgt und große Summen aus ihm herausgeprecht. Als der Mann dadurch um sein ganzes Vermögen kam und die Erbreiter immer noch nicht los wurde, setzte er durch Selbstmord seiner Qual ein Ende. Als seine Leiche zog man den Kaufmann aus einem Leiche bei Essen heraus, wo i eine Verwandten wohnen. Jetzt stand der schwerer kranke Arbeiter Josef Thamm und der Tapezierlehrling Wohltittel, die sich an den Straftaten beteiligt haben sollen, vor der hiesigen Strafkammer. Dem Lehrling konnte durch die Verweigerung nichts nachgewiesen werden; dagegen wurde Thamm eines Erbreiterversuchs überführt und zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

*** Die Einnahme des „Johs Chabrol“ in Lohz.** Nach vierjährlicher Verlagerung des Hauses Zionsstraße 6 in Lohz, in dem sich drei Verbrecher gegen zahlreiche Polizisten verteidigten, gelang es den Polizeibeamten, in das Haus einzudringen. Im ganzen Haus herrschte lautlose Stille. Niemand trat den Beamten entgegen. Nach langem Suchen fanden die Polizisten schließlich auf dem Dachboden einen der Verbrecher tot vor. Er hatte eine Schusswunde im Kopf und hielt noch seine Browningpistole in der erstarrten Hand. Die beiden anderen Verbrecher waren spurlos verschwunden. Man kann sich nicht erklären, wie sie entkommen sind.

*** Eingeführte Brücke.** In Auburn in Kalifornien stürzte eine im Bau befindliche Brücke, welche die größte Brücke in der Welt werden sollte, teilweise ein. 16 Arbeiter wurden dabei getötet.

*** Ueberfall.** Ein ungemein frecher Ueberfall ereignete sich in dem Restaurant Vorstadt in Warschau, das mit einem sehr eleganten Publikum voll besetzt war. 25 Banditen drangen plötzlich in das vollbesetzte Etablissement ein und beschalen allen Gästen mit vorgehaltenen Revolvern: „Hände hoch!“ Ein Kellner machte es, den Räubern sich zu widersetzen und ihnen entgegenzutreten, wurde jedoch sofort durch einen Schuss niedergestreckt. Während der eine Teil der Verbrecher die Gäste schamlos beobachtete, plünderten die anderen Mitglieder der Bande in aller Ruhe alle anwesenden Gäste vollständig aus und lösten dann mit reicher Beute an Gold und Brennen. Bis her ist es noch nicht gelungen, der frechen Räuber habhaft zu werden.

*** Ein „lieber“ Sohn.** Der 16jährige Lehrling Leopold Mateja in Wien verlor seine Mutter, die ihn wiederholt bei verschiedenen Diebstählen erwischt hatte, mit einer eisernen Hacke zu erschlagen. Er versetzte ihr von hinten drei starke Schläge mit der schweren Hacke auf den Kopf und zwar in dem Rücken, während die Mutter einen Koffer des hoffnungsvollen Waischens durchsuchte, um zu sehen, ob der Durchbruch darin gestopfes Gut verpackt habe. Die Mutter stürzte sofort zusammen, hatte aber noch den Mut, einige laute Hilferufe zu tun. Auf diese Hilferufe eilten mehrere in der Nähe anwesende Polizeibeamte herbei, die den Burichen verhafteten und der Polizei überlieferten.

*** Sturm in der Nordsee.** Der furchtbare Sturm in der Nordsee hat zahlreiche und ziemlich schwere Schiffsunfälle zur Folge gehabt, unter anderem ist der griechische Dampfer „Lord Byron“ mit 22 Mann Besatzung im Mittelmeer untergegangen und sämtliche 22 Mann blieben ihr Leben ein. Auch andere schwere Schiffsunfälle werden von überall her gemeldet und groß ist die Zahl der Schiffsfahrzeuge, die vor dem rasenden Elemente Schutz auf hoher See suchten und bisher noch nicht zurückgekehrt sind, über deren Schicksal man also noch vollständig im Unklaren ist.

Kandidaten-Aufstellung für Breslau-Ost.

Das ist eine Entscheidung, die jeden Parteigenossen interessiert!

Der sozialdemokratische Reichstags-Kandidat

für Breslau-Ost ist morgen, Mittwoch, in einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu wählen. Der engere Vorstand und die Distriktsführer haben einstimmig beschlossen, den Mitgliefern als Nachfolger des Genossen Schütz den Genossen G. Bauer in Berlin vorzuschlagen, den zweiten Vorkandidaten der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Versammlung wird abends 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses abgehalten. Nur Mitglieder haben Zutritt.

Die Frauen und der Konsumverein. Heute abend im „Kronprinzen“ auf der Westendstraße wickelt Professor Dr. Staudinger am Samstag in einer öffentlichen Veranstaltung über eine Frage, die besonders für die Frauen und Mädchen sehr wichtig ist. Wir können den Besuch des Vortrags nur empfehlen. Eintrittskarten für 10 Pfg. sind am Saaleingang zu haben.

Mittwoch abend hält Herr Prof. Dr. Staudinger in der Wilschauerstraße 74, einen Vortrag über die Notwendigkeit der Konsumisten-Vereinigung im Zeitalter der Märsche und Kartelle.

Statistischer Wochenbericht. In der Woche vom 22. bis 28. Oktober sind nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes in Breslau 118 Ehen geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 270 Kinder geboren, davon waren 215 ehelich, 55 unehelich, 264 lebendgeboren (136 m., 128 w.), 6 totgeboren (4 m., 2 w.); mit den nachträglich gemeldeten Fällen sind 132 Sterbefälle (93 m., 39 wbl., darunter 22 Ortsfremde) in der Berichtswoche gezählt worden. Von den Gestorbenen waren 50 unter 1 Jahr alt (28 ehelich und 22 unehelich geboren). An Todesursachen kamen vor: Kinderstich 2, Scharlach — Diphtherie 1, Keuchhusten 1, Tuberkulose 27, Krankheiten der Atmungsorgane 18, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 2, Selbstmord 1, Unfälle 5, und alle übrigen Todesursachen 107. An übertragbaren Krankheiten wurden polizeilich gemeldet: Diphtherie 21, Scharlach 55, ansteigliche Augenkrankheit 3, Wochenbettfieber 3, Unterleibstypus 2. In den hiesigen Krankenanstalten betrug die Zahl der Kranken am Anfang der Woche 3035, es kamen hinzu 883, es starben 50, es gingen ab 818, so daß am Ende der Woche 3100 im Bestand verblieben.

Der „Städtische Frauenverein“, der seit dem 1. Juli 1911 umständliche und behäufte eingerichtet, zu ebener Erde gelagerte Räume im Rathaus Nr. 5 (Eisenkorn) inne hat, kann sehr befriedigende Zahlen über die Entwicklung seiner Wirksamkeit mitteilen. Die dem Verein von der Stadt gewährte Beihilfe hat es ihm ermöglicht, die von ihm erhobenen Verwaltungen für Stellenvermittlung so niedrig zu bemessen, daß sich sowohl Hausfrauen wie Stellenjuchende immer mehr seiner Vermittlung bedienen. So wurden im eben abgelaufenen Monat Oktober durch den Verein 110 Stellen vermittelt, gegen 11 im Oktober des Vorjahres; in den drei letzten Monaten (September, Oktober) sind durch den Verein im ganzen 672 Stellen besetzt worden. Von diesen 672 Vermittlungen betrafen Köchinnen und Alleenärrchen 233, Stuben- und Kindermädchen 90, Stützen und Kinderkranken 57, Vermittlungen nach auswärts 12. Erwähnt sei noch, daß Stellenjuchende dem Verein nur eine Gebühr von 50 Pfg. dann zu bezahlen haben, wenn er ihnen eine Stelle verschafft hat.

Das städtische Leihamt, das Anfangs des Monats Oktober einen Bestand von 11.696 Pfändern mit 285.662 Mark Pfandkapital hatte, zeigte im Laufe des Monats einen Zugang von 2.009 Pfändern mit einem Pfandkapital von 53.855 Mark, dagegen einen Abgang von 2.090 Pfändern mit 52.266 Mark Pfandkapital, so daß am Ende des Monats ein Bestand von 11.615 Pfändern mit einem Pfandkapital von 289.251 Mark verblieb.

Achtung, Studierende! Dienstag, den 7. November, abends 8 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung über das 3. Quartal. 2. Die Rechte der Arbeiter auf dem Gewerbegericht; Referent Kollege Georg Reimann. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht jedes Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.
Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, Filiale Breslau. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Sektionsversammlung der Wäschnneider im Lokale Herrenstraße 19 mit einer wichtigen Tagesordnung. Zum Stiftungsfest am Sonntag im Gewerkschaftshaus sind bei der Verlosungspolonne folgende Gewinnnummern noch nicht eingelöst worden: 128, 132, 217, 235, 438, 552 und 664. Die Gewinne können in unserem Bureau, Margaretenstraße 17, II., mittags von 12 bis 2 Uhr abgeholt werden.

Die Ortsverwaltung.
Freie Vereinigung selbständiger Barbier und Friseur, Breslau. Mittwoch, den 8. November, abends 9 1/2 Uhr im Lokal „Grüne Eiche“, Reuschstraße 7: große wichtige Versammlung. Tagesordnung: 1. Handwerker-Gesetzgebung und unsere Stellungnahme zu den Reichstagswahlen. 2. Zeitungsinsertate zur Geschäftsreklame für unsere Mitglieder. Referent: Kollege Dörfer. Der Vorstand.

Die Gewerkschaftler und Parteigenossen, die im Besitz von alten Statuten des Breslauer Gewerkschaftskartells sind, werden ersucht, sie an das Arbeiter-Sekretariat, Nitschstraße 18/19, einzuliefern.

Der Kartell-Ausschuß.
Ueberfall auf dem Ostlicher Damm. Eine Gesellschaft, die Montag abend gegen 10 Uhr aus Ostwig kam, ist auf dem Ostlicher Damm, nicht weit von der Erdstation der städtischen Elektrischen, von jungen Leuten überfallen und mit blassen Knütteln geschlagen worden. Als noch andere Personen auf das Geschrei der Mißhandelten zu Hilfe eilten, verschwanden die Puscheln im Gebüsch. Einer von ihnen, ein Fabrikführer aus Breslau, stellte sich nach geraumer Zeit auf dem genannten Bahnhof ein, um mit dem Auge in die Stadt zu fahren, wurde aber von einigen Mitgliedern der überfallenen Gesellschaft wieder erkannt, festgehalten, in die Stadt mitgenommen und hier der Polizei übergeben. Nach seiner Angabe und den Auslassungen eines zweien ermittelten Täters hatten sich sechs junge Burschen, fünf Arbeiter aus Ransern und Ostwig und der Fabrikführer aus Breslau, abends im Gebüsch am Damm gelagert, um an Vorübergehenden ihren Uebermut auszulassen.

Zum Besten des Reichstagswahlfonds

veranstalten die im Handels- und Transportarbeiter-Verband organisierten Angestellten der Breslauer Kinematographentheater unter Mitwirkung des Verbandes der Biolinisten (Direktion Schumann) am Sonntag, den 19. November, eine große Matinee im Saale des Gewerkschaftshauses. Der Eintritt ist auf nur 15 Pfg. bemessen. Nicht nur der Reinüberschuß, sondern die gesamte Einnahme wird dem Reichstagswahlfonds überwiesen. Es ist also erwünscht, daß sich die Genossen recht zahlreich beteiligen, damit für die Reichstagswahlen ein erkleckliches Stämmchen übrig bleibt.

Felix Mendelssohn-Bartholdy ist ein Volksunterhaltungsabend gewidmet, den die Sängervereinigung „Namenlos“ am Sonntag, den 19. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus veranstaltet. Derselbe wird sich aus Festsprecher (Genosse Schiller), Chor- und Sologesängen, sowie Hornquartett, zusammensetzen und die Namen der Mitwirkenden — Herr Paase am Klavier, Herr Jeroske, Tenor, sowie ein Quartett von Stadttheater-Mitgliedern — bürzen für das künstlerische Niveau des Abends.

Ein künstlerischer Genuß von außerordentlicher Güte wird den Mitgliedern und Gästen des Holzarbeiter-Verbandes am Freitag — Mittwoch, den 22. November — im Gewerkschaftshaus geteilt werden. An diesem Tage gelangt das ergreifende Melodrama „Enoch Arden“ durch die Herren Otto Gerlach (Regitation) und Hugo Markt (Musik) zum Vortrag. Beide Herren gehören zu den ersten Kräften ihrer Kunst in unserer Stadt, sie gemeinsam an einem so formvollkommenen Werke wie „Enoch Arden“ wirken zu hören diese Gelegenheit wird sich so bald nicht wiederholen. Wir möchten Interessenten deshalb raten, sich so bald als möglich mit Eintrittskarten zu versehen. Dieselben sind bei den Bezirkskassierern des Holzarbeiter-Verbandes, im Verbandsbureau, Dominikanerplatz 1a, sowie im Gewerkschaftshaus und in der Expedition der „Volksmacht“ zu haben.

Der Orchesterverein veranstaltet am 10. November im Konzerthaus das dritte volkstümliche Freitagkonzert, das von verstärktem Philharmonischen Orchester unter Leitung des Herrn Werner ausgeführt wird. Das Programm besteht aus Werken R. Wagners und zwar werden aufgeführt: Faust-Ouvertüre, Tränenmarche aus Götterdämmerung, Vorspiel und Liebestod aus Tristan und Isolde, Venusberg-Bachanale aus Tannhäuser, Preislied aus: Die Meistersinger und Wälfürerlied. Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater. Dienstag „Mida“. Frau Verhulst und die Triepartie. Mittwoch „Cavalleria rusticana“ und „Wajassi“. Donnerstag, in neuer Ausstattung und Inszenierung „Das Rheingold“. Freitag erste Aufführung des Musikspieles „Der Fünfsitzer“ von Wilhelm Wolters, Musik von Theodor Blumer. Nach Schluß der Oper wird zum ersten Male „Der Blumenkranz“, phantastisches Tanzpoem in einem Akt von G. Ambrogio, Musik von Hornstein, gelangt. Sonnabend „Carmen“.

Lobe-Theater. Dienstag: „Der Leibgardist“. Mittwoch in neuer Ausstattung: „Wallensteins Lager“ und „Die Piccolomini“. Donnerstag: „Der Leibgardist“. Freitag und Sonnabend wird zur Feier von Schillers Geburtstag die Wallenstein-Trilogie aufgeführt. Freitag geht „Wallensteins Lager“ und „Die Piccolomini“, Sonnabend, in ebenfalls vollständig neuer Ausstattung, „Wallensteins Tod“ in Szene.

Thalia-Theater. Dienstag (gelbe Karten). „Der Talisman“. Mittwoch (Gruppe C) „Jugendfreunde“, Lustspiel von Ludwig Fulda. Donnerstag (grüne Karten) „Der Talisman“. Freitag (Gruppe D) „Jugendfreunde“. Sonnabend, den 11., und Dienstag, den 14. November, im Thalia-Theater ein zweimaliges Gastspiel des „Legenier Bauern-Theaters“, unter der Leitung des Direktors Fritz Müller. Zur Aufführung gelangt Sonnabend „Der Prozeßhansel“, Volksschauspiel von Ludwig Ganghofer und Hans Neuert, und Dienstag „Am Tage des Gerichts“, von Peter Rosegger. Der Billetverkauf für die beiden Gastspiele des Legenier-Bauern-Theaters wird Donnerstag im Stadt-Theater und im Thalia-Theater eröffnet.

Schauspielhaus. Dienstag und Donnerstag „Der Rodelgeiger“. Mittwoch „Der fidele Bauer“, Freitag „Die geschiedene Frau“, Operette von Leo Fall, Sonnabend „Der Rodelgeiger“. **Verhaftete Ladendiebinnen.** In dem Warenhaus von Messow u. Walschmidt auf der Schmiedebstraße wurden Montag abend um 6 Uhr zwei Frauen als Ladendiebinnen erlappt. Eine Verkäuferin beobachtete, wie die eine der Frauen eine Rolle Garn in ihre Manteltasche gleiten ließ; es war dies eine Putzmaacherin. Als man sie durchsuchte, fand man bei ihr noch zwei Paar Schuhe, die sie aus einer Wunde am Ring entwendet hatte, drei Lagen Wolle, ferner zwei Fußfedern und einen Selbsthinter, die aus einem anderen hiesigen Warenhaus gestohlen waren. Die andere Frau ergriff sofort die Flucht, sie ist aber auch gefast worden.

Ein eigenartiger Unfug hat hier seit kurzer Zeit sehr überhand genommen. Schulfächer und halbwüchsige Burschen machen sich ein Vergnügen daraus, sogenannte Frösche in Hausfluren und auf Straßen anzuzünden und explodieren zu lassen. Besonders in den Abendstunden wird dieser Unfug stark verübt; es sollte ihm kräftig gesteuert werden.

Gesunden wurden ein Schliffelbund, ein silbernes Halsketten, ein Damengürtel, eine Reihung, ein Perrenschirm, ein Karton mit Wäsche, ein Paket einhaltend Kleiderstoff und eine goldene Uhrseite. Zu erfragen im Fundbureau des Polizeipräsidiums, Ursulinerstraße.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Cagan, 7. November. Es geht vorwärts! Bei der Stadtverordnetenwahl wurde nur ein Bürgerlicher gewählt. Drei Bürgerliche müssen mit den Sozialdemokraten in der Stichwahl ihre Mandate verteidigen. Es ist das erste Mal, daß die bürgerlichen Parteien nicht gleich im ersten Rennen die Mandate in die Tasche stecken konnten.

Schweibitz, 7. November. Lebensmüde. Das achtzehnjährige Dienstmädchen Emma Olga Müllers, zuletzt hier im Rettungshaus, beging am Freitag durch Versetzen mit Salzsäure einen Selbstmordversuch. Sie wurde ins städtische Krankenhaus gebracht, wo sie am Sonnabend gestorben ist.

Wrethen, 7. November. Tödlicher Unglücksfall. Der 14 1/2 Jahre alte Grubenarbeiter Alois Kubisch aus Hohenberg erlitt auf der Hohenberggrube durch Quetschung an der elektrischen Maschine so schwere innere Verletzungen, daß er nach Einlieferung ins Knappschaftslazarett verstarb.

Wrethen O.-S., 7. November. Als Kulturmesser für die obersteinsten Verhältnisse kann man die soeben beendete 7. Schwurgerichtsperiode bezeichnen. In 7 Strafsachen hatten sich 10 Angeklagte, darunter eine Frau zu verantworten. Wegen Brandstiftung, Meineid, Verleitung zum Meineid, Mordverbrechen, Sittlichkeitsverbrechen und Körperverletzung mit Todeserfolg wurden 8 Angeklagte zu 20 Jahren Zuchthaus, vier Jahren 10 Monaten Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen verurteilt. Außerdem wurde der Mordprozeß Valerius verhandelt, der mit der dreifachen Verurteilung zum Tode, 15 Jahren Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust endete. Am letzten Tage wurde wegen Körperverletzung mit Todeserfolg, Meineid und Verleitung hierzu verhandelt. Die Verhandlung endete mit Freisprechung. Neun Sachverständige und 299 Zeugen waren in allen Prozessen zur Beweisführung notwendig. Die Zahlen sprechen Bände für sich, besonders wenn man die streng religiösen Verhältnisse Oberschlesiens betrachtet.

Wrethen, 6. November. Durch die Starkstromleitung getötet. Auf der Sandverladerbahn in Rudau, Hammer kam ein Arbeiter der Starkstromleitung zu nahe, er wurde von dem Draht festgehalten und war sofort tot.

Hynitz, 7. November. Rückkehr zur altpreussischen Sparbarkeit. In bürgerlichen Blättern lesen wir: Der teure Führerfall für den Gymnasialdirektor rief in der letzten Stadtverordnetenversammlung eine längere Debatte hervor. Die Baukosten sind auf 1051,23 Mark veranschlagt, wogegen der Magistrat keine Bedenken erhob, weil die Regierung den Plan vielleicht wegen der hohen Kosten nicht billigen werde. Beschlossen wurde, daß sich der Magistrat — wegen des Führerfalles erst mit der Regierung ins Einvernehmen setzen möge, bevor ein Beschluß gefaßt werde.

1051,23 Mark für einen Führerfall aus dem allgemeinen Steuerfiskus, während Hunderte nicht wissen, wo und wie sie schlafen sollen, oder mit hungrigem Magen herumlaufen müssen. Hand sich denn kein Stadtverordneter, der diese geradezu unerhörte Forderung gehörig gekesse. Wir werden die Art Kommunalpolitik recht fest ins Auge fassen.

Wylschowitz, 7. November. Lieber ist, als zum Militär. Ein erstkürtenber Vorfall hat sich bei der militärischen Aushebung in dem russischen Grenzstädtchen Lubartow zugetragen. Als dem Stellungspflichtigen Johann Keller die Eröffnung gemacht wurde, daß er für tauglich befunden worden sei, zog er plötzlich seinen Browning und erschoss sich selbst.

Krotoschin, 7. November. Vom Wahlschacher. Als Kompromißkandidat aller deutschen Parteien des Wahlkreises Krotoschin-Kroschin für die bevorstehende Reichstagswahl wurde in der Generalversammlung des Deutschen Wahlvereins Justizrat S a m p e l von hier einstimmig aufgestellt.

Neueste Nachrichten.

Rot an der Spitze.

Mainz, 7. November. Bei den heftigen Landtagswahlen sind nach vorläufiger Zusammenstellung für die einzelnen Parteien folgende Stimmen gezählt worden: Sozialdemokraten 54.300, Fortschrittliche Volkspartei 30.700, National-Liberalen 28.400, Zentrum 24.200 und Bauernbund 23.900. — Rot marschiert auch in Hessen an der Spitze.

Neuer Wahlerfolg.

Landshut, 7. November. Bei der Stadtverordnetenwahl der dritten Abteilung am Sonntag in Landshut (Barthe) gewannen die Sozialdemokraten vier weitere Sitze, so daß sie im ganzen acht Mandate innehaben.

Peking in den Händen der Rebellen?

London, 7. November. Aus San Francisco wird telegraphiert, daß nach dort eingetroffenen Depeschen aus Hongkong und Shanghai Peking nach zwölftägigem erbittertem Kampfe in die Hände der Rebellen gefallen sein soll. Eine Bestätigung dieser Nachricht fehlt jedoch noch.

Einnischung der fremden Mächte?

London, 7. November. Die „Times“ melden aus Peking Missionare und Lehrer, die sich in der Chinesenstadt befanden, sind von ihren Konsuln aufgefordert worden, in ihre Konzeptionen zurückzukehren. 200 russische Soldaten werden morgen eintreffen. Fünfhundert deutsche Soldaten aus Singtau haben bereits Befehl erhalten, marschfertig zu sein und können innerhalb 48 Stunden an Ort und Stelle eintreffen. Ein französisches Kanonenboot ist bereits eingetroffen.

Ein Türkensturm auf Tripolis.

Konstantinopel, 7. November. Am 3. d. M. begannen die Streitkräfte der vereinigten Türken und Araber den Generalsangriff gegen Tripolis. Der Kampf war äußerst blutig. Die Verluste waren sowohl bei den Türken und Arabern als auch bei den Italienern sehr groß, da man Mann gegen Mann, Bajonett gegen Bajonett und Lanze gegen Lanze mit erbitterter Wut gekämpft hatte. Die italienische Flotte bombardierte bei dem Sturm der Türken und Araber unausgesetzt die Stellungen der letzteren, bis diese schließlich dieselben zurückverlegten. Der Sturm wird unbedingt erneuert werden.

Aus der Geschäftswelt.

Am 1. November er. beging die Firma S. Waisman, Wollschneiderei in Berlin- und Knabenbergerden das Fest des fünfzigjährigen Bestehens. Dem Angestellten und Arbeitern wurden aus diesem Anlaß ansehnliche Geldgeschenke überreicht, desgleichen dem Magistrat zur Veranlassung an 150 Tausend 3000 Mark. Ein Aufschneider der Firma, der sich an diesem Tage sein Silberjubiläum beging, wurde ebenfalls durch Ueberreichung eines größeren Geldbetrages vom Inhaber und eines wertvollen Geschenkes seiner Geschäftskollegen geehrt.

Einzelresultate von der Landtagserfakwahl.

Aus den Bezirken, in welchen sich die sozialdemokratische Partei mit eigenen Wahlmännern beteiligte, sind uns folgende Einzelresultate zugegangen:

Bez.	Soz.	Lib.	Konf.	Gewählt:	Bez.	Soz.	Lib.	Konf.	Gewählt:	Bez.	Soz.	Lib.	Konf.	Gewählt:				
6	3. Abt.	5	32	8	Epstein (lib.)	235	1. Abt.	3	1	Rontke (Soz.)	415	2. Abt.	10	3	6	Günther (Soz.)		
16	3. Abt.	13	7	15	Reicher (konf.)	239	2. Abt.	12	9	10	116	3. Abt.	14	14	11	? (lib.)		
18	3. Abt.	29	8	13	Lippof (Soz.)	245	3. Abt.	25	2	10	119	3. Abt.	34	5	6	Blaschke (Soz.)		
44	3. Abt.	28	5	11	Kipla (Soz.)	246	2. Abt.	2	7	Rojchmieder (konf.)	120	2. Abt.	3	1	7	Rörber (konf.)		
47	3. Abt.	15	2	12	Schirbewan (Soz.)	247	2. Abt.	10	3	3	121	3. Abt.	22	14	15	Recher (Soz.)		
48	3. Abt.	21	10	9	Voltera (konf.)	255	2. Abt.	1	3	10	122	3. Abt.	33	3	9	Blümel (Soz.)		
51	3. Abt.	12	6	21	Nielhauer (konf.)	256	1. Abt.	1	1	1	123	2. Abt.	3	4	5	Adermann (lib.)		
57	1. Abt.	1	1	2	Sacher (konf.)	256	3. Abt.	38	5	18	128	2. Abt.	7	7	2	Wisch (lib.)		
58	3. Abt.	24	9	19	Michael (konf.)	270	1. Abt.	1	2	2	434	3. Abt.	7	35	10	Trigler (lib.)		
62	3. Abt.	30	3	12	Scheibel (Soz.)	275	3. Abt.	14	18	8	435	3. Abt.	13	21	9	Basler (lib.)		
69	2. Abt.	2	2	29	Wielecke (konf.)	277	3. Abt.	14	23	—	436	3. Abt.	13	23	—	Basler (lib.)		
70	3. Abt.	29	2	5	Winkler (Soz.)	293	3. Abt.	60	12	14	442	3. Abt.	25	2	20	Wär (Soz.)		
71	2. Abt.	2	1	2	Reiker (Soz.)	294	3. Abt.	36	26	42	454	3. Abt.	13	31	21	Sebastian (lib.)		
73	1. Abt.	—	—	3	Sagan (konf.)	295	3. Abt.	38	—	50	455	3. Abt.	—	46	21	Sebastian (lib.)		
74	3. Abt.	31	4	6	Hoche (Soz.)	296	3. Abt.	12	4	1	458	3. Abt.	22	14	10	Komoffa (Soz.)		
78	3. Abt.	36	2	7	Schäpe (Soz.)	298	3. Abt.	32	10	8	459	1. Abt.	5	2	1	Grundmann (Soz.)		
90	3. Abt.	28	7	15	Lutke (Soz.)	302	3. Abt.	35	37	39	463	2. Abt.	20	—	4	Brieltz (lib.)		
93	3. Abt.	40	4	12	Fabian (Soz.)	305	3. Abt.	64	33	—	465	3. Abt.	18	2	7	Janke (Soz.)		
98	3. Abt.	24	8	16	Fricje (Soz.)	307	3. Abt.	17	19	21	467	1. Abt.	29	—	13	Stebig (Soz.)		
110	3. Abt.	28	—	17	Alchner (Soz.)	305	3. Abt.	—	36	22	467	3. Abt.	31	17	14	Margner (Soz.)		
112	1. Abt.	—	4	1	Friedrich (lib.)	307	3. Abt.	9	20	17	467	3. Abt.	30	30	—	Quertel (lib.)		
115	1. Abt.	—	1	5	Urt (konf.)	311	3. Abt.	14	14	7	468	1. Abt.	—	6	—	Schwabe (lib.)		
123	1. Abt.	—	1	8	Wagner (Soz.)	311	3. Abt.	14	20	—	470	3. Abt.	13	14	15	Simon (lib.)		
123	1. Abt.	—	4	1	Echeffel (lib.)	311	3. Abt.	72	9	31	475	3. Abt.	16	18	19	Biogowski (lib.)		
137	3. Abt.	51	34	16	Mücke (Soz.)	337	3. Abt.	19	9	9	476	3. Abt.	—	34	20	Pufsch (Soz.)		
141	2. Abt.	8	—	4	Woischn (Soz.)	344	3. Abt.	9	18	24	479	3. Abt.	16	18	19	Schwarz (lib.)		
142	1. Abt.	1	1	2	Frank (konf.)	352	3. Abt.	9	27	24	484	3. Abt.	25	—	19	Schwarz (lib.)		
144	2. Abt.	—	3	14	Wann (konf.)	354	3. Abt.	6	22	18	490	1. Abt.	3	1	—	Klein (Soz.)		
148	3. Abt.	25	8	12	Rebling (Soz.)	354	3. Abt.	—	26	17	492	2. Abt.	25	—	6	Klinge (Soz.)		
150	3. Abt.	30	—	4	Larisch (Soz.)	354	3. Abt.	12	32	32	498	3. Abt.	50	—	3	Marshall (Soz.)		
162	3. Abt.	7	12	31	? (konf.)	354	3. Abt.	13	38	32	501	2. Abt.	20	—	5	Scinke (Soz.)		
167	3. Abt.	13	1	17	Kriebel (Soz.)	354	3. Abt.	—	43	30	501	1. Abt.	3	—	3	Nörger (konf.)		
168	3. Abt.	14	5	20	(Durchs. Vos.)	354	3. Abt.	—	46	30	503	1. Abt.	5	—	1	Urban (Soz.)		
168	2. Abt.	—	3	6	Fischer (konf.)	368	3. Abt.	42	24	94	506	3. Abt.	31	7	15	Rand (Soz.)		
171	1. Abt.	—	—	2	(konf.)	369	3. Abt.	7	22	30	509	2. Abt.	16	6	2	Oder (Soz.)		
171	3. Abt.	45	8	25	Dendriod (konf.)	373	3. Abt.	9	27	29	510	3. Abt.	50	4	—	Wiel (Soz.)		
179	3. Abt.	31	16	6	Müller (Soz.)	374	3. Abt.	6	18	19	512	2. Abt.	18	4	2	Frank (Soz.)		
180	3. Abt.	33	—	22	Fuepke (Soz.)	374	3. Abt.	6	18	19	513	3. Abt.	67	—	—	Werner (Soz.)		
182	2. Abt.	5	8	7	Tauber (Soz.)	378	3. Abt.	23	21	30	520	3. Abt.	20	2	10	Glaser (Soz.)		
181	3. Abt.	19	3	18	(lib.)	378	3. Abt.	40	—	31	521	2. Abt.	8	2	2	Rindner (Soz.)		
181	3. Abt.	21	—	19	Wiesner (Soz.)	382	3. Abt.	21	24	30	522	3. Abt.	37	6	1	Großpietsch (Soz.)		
184	3. Abt.	25	2	7	Wack (Soz.)	382	3. Abt.	—	43	31	523	3. Abt.	44	—	7	Walke (Soz.)		
186	1. Abt.	Nicht zustande gekommen.	—	—	—	386	2. Abt.	—	7	12	524	3. Abt.	60	—	12	Wed (Soz.)		
189	3. Abt.	45	1	9	Brabe (Soz.)	387	1. Abt.	—	1	—	525	3. Abt.	56	—	1	Scholz (Soz.)		
201	3. Abt.	36	—	30	Widera (Soz.)	390	2. Abt.	1	13	12	528	2. Abt.	16	14	9	Freier (Soz.)		
203	2. Abt.	7	1	3	Renner (Soz.)	390	2. Abt.	—	14	13	529	2. Abt.	1	26	7	Döhne (lib.)		
214	3. Abt.	14	24	30	Jannert (lib.)	391	2. Abt.	3	3	7	532	1. Abt.	—	6	3	Wille (lib.)		
214	3. Abt.	—	38	30	(konf.)	391	2. Abt.	1	2	11	533	1. Abt.	—	6	3	Knappe (lib.)		
220	3. Abt.	3	18	18	Dertel (lib.)	394	3. Abt.	41	6	15	533	2. Abt.	41	—	4	Scholz (Soz.)		
221	1. Abt.	1	2	2	Schönwald (lib.)	395	2. Abt.	—	10	12	537	1. Abt.	—	3	1	Taube (lib.)		
229	3. Abt.	3	11	23	Rose (konf.)	401	3. Abt.	36	7	3	—	—	—	—	—	—		
223	1. Abt.	—	1	2	Beder (konf.)	401	1. Abt.	5	—	3	—	—	—	—	—	—	—	
226	2. Abt.	—	3	9	Reutrich (konf.)	404	1. Abt.	—	1	3	—	—	—	—	—	—	—	
233	2. Abt.	1	3	2	Jackich (lib.)	406	2. Abt.	5	4	6	—	—	—	—	—	—	—	
233	2. Abt.	1	5	—	—	407	1. Abt.	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	409	2. Abt.	—	6	8	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	412	3. Abt.	42	27	21	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	42	27	21	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	41	27	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	41	29	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Tripolis „annektiert“.

Der König von Italien hat, wie wir gestern noch in einem Teile unserer Auflage mitteilen konnten, die Annektion von Tripolis und Cyrenaika verfügt. Das ganze Gebiet soll unter der vollen und ganzen Oberhoheit Italiens stehen. Jeder Rest von Selbständigkeit gilt ihm als genommen. Die Nachricht kann nur mit Kopfschütteln aufgenommen werden, denn wenn nicht alles falsch ist, was bisher in Briefen und Telegrammen vom Kriegsschauplatz berichtet wurde, haben die Italiener noch nicht einen Fußbreit Boden wirklich erobert. Die Truppen, die bisher gelandet wurden, leben in ständiger Gefahr, vollständig aufgerieben zu werden. In Tripolis selbst sind die Italiener von Türken und Arabern im Halbkreis umzingelt und bedroht, ins Meer getrieben zu werden. Und in dieser Situation erklärt der Italienerkönig das Gebiet für „annektiert“. Weiter kann das Ernten von Vorschusslohn wirklich nicht getrieben werden. Die Erklärung läßt aber erkennen, daß die italienische Regierung auch vor noch fürchterlicheren Blutopfern nicht zurückzuden wird, um ihre imperialistischen Gelüste zu befriedigen, wobei sie sich allerdings wohl mit der Hoffnung trägt, daß die fremden Mächte ihren Einfluß auf die Türkei dahin geltend machen, von einem weiteren ziellosen Widerstande gegen den Raub Abstand zu nehmen. Wie die Italiener bisher mit Kriegsgefangenen umzugehen pflegten, zeigt neben den bisherigen Berichten unser heutiges Bild. In Zukunft werden sie noch schlimmer haften, falls sie dazu in die Lage kommen, denn nachdem das Gebiet durch die Annektion „italienischer Besitz“ geworden, gibt es in Zukunft dort keine Kriegsgefangenen mehr, sondern nur noch „Rebellen“, deren Ermordung kein internationales Völkerrecht unterliegt.

Die Lage der italienischen Truppen.

Tripolis, 6. November. Die Italiener haben, wie die „Dr. Zig.“ meldet, keinerlei Erfolge zu verzeichnen. Die Truppen sollen sich in schlechter Verfassung befinden und besonders unter der immer heftiger auftretenden Cholera zu leiden haben. Bei den Gefechten in der letzten Zeit haben die Italiener große Verluste erlitten, die jedoch nicht mehr zahlenmäßig festzustellen sind. Alle Spitäler sind überfüllt. In der Stadt ist es ruhiger geworden. — Bei Benghazi soll die Lage der Italiener eine ähnliche sein. Die Wasserlieferungen durch die Bevölkerung ist ungenügend. Die Araber sind sämtlich feindlich gesinnt. Die Italiener entsandten drei Scheichs in das Innere des Landes, die ihre Stämme gegen hohe Belohnung verpflichten sollten, sich zu unterwerfen. Die Scheichs sind jedoch nicht zurückgekehrt.

Paris, 6. November. Die „Agence Havas“ meldet aus Malta: Der Gesundheitszustand in Tripolis scheint sich zu verschlechtern. Gestern wurden in den Straßen der Stadt ungefähr fünfzig Leichen durch Cholera oder Hunger verfallener Eingeborenen gefunden. Auch in den Palmensplantagen befinden sich viele Leichname. In etwa vierzig Fällen wird täglich unter den italienischen Soldaten Cholera festgestellt.

Die türkische Protestnote.

Konstantinopel, 6. November. Die Porte veröffentlicht den Text der bereits angekündigten Protestnote, die sich gegen italienische Grausamkeiten in Tripolis wendet. Die Note ist an alle Regierungen gerichtet, die an der Haager Konferenz von 1907 beteiligt waren. Sie weist auf Artikel 1 und 2 der Vorschriften betreffend Kriegsgebäude hin, worin die Bevölkerung, welche vor der Okkupation eines Landes freiwillig zu den Waffen greift, als kriegsführender Teil anerkannt wird. Durch seine Handlungsweise gegen die Bevölkerung von Tripolis und Benghazi hat Italien, so heißt es in der Note, die von ihm selbst zugelassenen Grundzüge mit Füßen getreten. Das Gewissen der Welt ist bereit vorzutreten bei den unparteiischen Zeugen veröffentlichten Einzelheiten über die Kriegführung der Italiener, welche die Bewohner der Dörfer bei Tripolis ohne Unterscheidung des Alters und Geschlechts undarmherzig niedergeschossen haben. —

nen in Tripolis, die um die Befreiung der Stadt kämpfende Armee hatten unterstützen wollen. Der italienische Generalstab, so fährt die Note fort, ließ Tod und Verderben unter die Einwohner jenen, Unschuldigen niederschleusen und Kranke Türken in Massen auf die Schiffe bringen. Die Porte würde sich für berechtigt halten können, die Vorschriften der Haager Akten gegenüber Italien nicht zu beachten, sie schlug diesen Weg aber nicht ein, vermied es, die Massen der Italiener aus dem Lande zu weisen, gab Befehl, die in Gefangenschaft geratenen Italiener gut zu behandeln und sich nicht an den in der Türkei lebenden Italienern zu vergreifen. Die Note betont schließlich, die Porte erfülle mit ihrem Protest gegen die Grausamkeiten und Verbrechen der Italiener nicht nur eine Pflicht der Selbstverteidigung, sondern auch eine höhere Pflicht gegenüber den solidarischen Nationen, weil die Zivilisation der Welt gegenwärtig Gefahr laufe, ein leeres Wort zu werden.

Mißglückte Landungsversuche.

Konstantinopel, 6. November. Berichtsweise verlautet hier, Chios werde von den Italienern bombardiert. Die Türken schlugen die Italiener bei einem Landungsversuch in Dabadi (Cyrenaika) zurück. Die Italiener haben angeblich 150 Mann, 400 Gewehre, zwei Kanonen und ein Maschinengewehr verloren. Auch Sewar wurde von den Italienern beschossen.

Konstantinopel, 6. November. Die türkische Regierung hat Depeschen aus Hodeida erhalten, denen zufolge die Italiener versuchten, in Yemen, in der Nähe von Hodeida, Truppenlandungen vorzunehmen. Sie sollen von den Türken, die sie mit einem Sturme empfingen, zurückgeschlagen worden sein.

Ein türkisches Transportschiff in den Grund gebohrt.

Paris, 6. November. Wie der „Agence Havas“ aus Konstantinopel gemeldet wird, hat nach einer amtlichen Nachricht ein italienischer Kreuzer ein türkisches Transportschiff in der Nähe von Akaba beschossen und zum Sinken gebracht. Der größte Teil der Mannschaft wurde gerettet.

Die italienischen Verstärkungen für Tripolis.

Malland, 6. November. Das 18. Infanterie-Regiment ist gestern in Tripolis angekommen, desgleichen der Generalstab Sforza mit Materialien für die Errichtung von Feldlagern.

wie aus Neapel berichtet wird, voraussichtlich morgen, Dienstag, abend erfolgen. Die 20.300 Mann, die nach Tripolis abgehen sollen, waren gestern zur Abfahrt bereit, doch verzögerte sich die Reise aus Gründen, die nicht bekannt gegeben werden. Gleichzeitig mit den neuen Mannschaften werden neun weitere Aeroplane und zahlreiches Kriegsmaterial nach Tripolis abgehen.

Die Türken in der Stadt?

London, 6. November. Wie englische Blätter aus Malta melden, behauptet sich dort mit großer Bestimmtheit das Gerücht, daß die Türken in Tripolis von neuem einen großen Sieg errungen haben. Es soll den vereinten Türken und Arabern gelungen sein, in das Innere der Stadt Tripolis einzudringen und die Italiener aus ihr zu vertreiben. Eine große Anzahl italienischer Soldaten soll bei diesen Kämpfen getötet worden sein. Die Verluste der Türken sollen nur gering sein.

Ueber Paris wird gemeldet: Der Deputyte Rahmi hat der Kammer in Konstantinopel aus Tripolis ein Telegramm geschickt, das vom 3. d. Mts. datiert ist und die Nachricht enthält, die Türken hätten am 3. d. Mts. Tripolis angegriffen und die italienischen Stellungen außerhalb der Befestigungswerke der Stadt genommen. Nach einer Meldung aus Tripolis vom 5. d. Mts. hatte eine Söldnertruppe vor Beschluß aufgestellte Artillerie Batterie einige Geschosse auf die auf der See liegenden Schiffe und in die Stadt geschleudert, während Arbeiter in einer Palmplantage aus dem Hinterhalt auf die Italiener feuerten, die unter dem Schutz der Schiffsbeschütze einen kräftigen Gegenstoß führten.

Die Revolution in China.

Die Peking Regierung hat eine Anzahl von Edikten erlassen. Eins fordert zur Eintracht zwischen Chinesen und Mandchus auf und billigt den Entschluß Juansichais, die Feindschaften für einige Zeit einzustellen. Ein anderes erklärt sich nicht einverstanden damit, daß Juansichai den Vorsitz im Kabinett ablehnt. Eine Intervention der fremden Mächte bereitet sich anscheinend vor. Dem deutschen Gouverneur in Tjingtau wurde von Hankau aus durch Funkensprache mitgeteilt: Der Kommandant der britischen Flotte, Admiral Winsloe, hat der englischen Regierung gemeldet, daß die Zeit gekommen ist, fremde Truppen nach China zu entsenden. Sir Winsloe schlägt vor, jede Macht möge sofort 1500 Mann nach Schanghai entsenden.

Die Not der Regierung.

Peking, 6. November. Unter den hohen Beamten, die auf baldige Beendigung der Revolution hoffen, herrscht jetzt die größte Pessimismus. Ein gestern erlassenes Edikt befehlt die sofortige Einberufung eines Parlaments. Juansichai soll natürlich ein Wahlgeld ausarbeiten und danach die Mitglieder gewählt werden. Ein anderes Edikt, wohl eines der schwierigsten, das je von einem Monarchen erlassen worden ist, wandelt, dem Wunsch der Nationalversammlung nachkommend, die revolutionäre Gesellschaft in eine politische Partei um, deren Führer im Staatsdienst zu verwenden sind. Ein drittes Edikt bezieht sich auf eine Untersuchung über die Verhältnisse an Leben und Eigentum in Hankau vorzunehmen, und Schadenersatz zu leisten. In Peking zweifelt man nicht länger daran, daß Schanghai das Hauptquartier der revolutionären Bewegung ist. Der friedliche Uebergang der Stadt in die Hand der Rebellen machte in Peking tiefen Eindruck, der durch die Uebergabe von Suichau und Hangschau noch verstärkt wird. Nun kann nichts mehr verhindern, daß auch Taku und Tientsin den Revolutionären in die Hände fallen. Die Angriffe auf die Nationalversammlung gab sich der Thron ganz in die Hand der Nationalversammlung. Das ist eine weitere Schwächung seines Ansehens und daher der Stellung der Dynastie überhaupt. Aus Schanghai wird gemeldet, daß das ganze Land um Schanghai in der Hand der Rebellen ist. Das Treiben in der Stadt gleicht einem großen Festtag. Die Rebellen überzeugen die ausländischen Behörden davon, daß sie in Ruhe sind, Ordnung aufrechtzuerhalten, sobald die Frage einer Neutralitätsverletzung zu allgemeiner Befriedigung der Fremden nicht in Betracht kommt.

Neue Erregung in Schantung.

Aus Tjingtau wird der A. N. G. telegraphiert, daß jetzt auch die dem deutschen Schutzgebiet Kiautschau benachbarte Provinz Schantung von der Revolutionbewegung ergriffen ist. Geltern abend fanden in der Hauptstadt Nantun Massenversammlungen von Notabeln und Studenten sozialpolitische Kundgebungen vor dem Namen des Gouverneurs statt. Die chinesischen Zeitungen in Schantung sind sehr erregt, die Geheimgesellschaften unruhig. Der Handel in Schantung und auch in Tjingtau liegt arg darnieder. Es ist wahrscheinlich, daß morgen Mannschaften von Tjingtau als Besatzung für das deutsche Generalkonsulat in Schanghai abgerufen werden. In Tjingtau ist alles ruhig.

Zur Beschädigung von Hankau.

Berlin, 5. November. Verschiedene, Fremden gehörige Häuser außerhalb der Konzeptionen wurden bei der Feuersbrunst am Sonntag und Montag zerstört. Der Schaden wird auf 4 bis 5 Millionen Taeln in Gold geschätzt. Bei dem Bombardement von Hankau, das am Donnerstag erneuert wurde, wurde auch die englische Niederlassung von mehreren Schüssen getroffen. Zwei Geschosse schlugen in das Hospital des Roten Kreuzes ein. Es wurde niemand verletzt. In der Nacht brachen neuerdings eine Feuersbrunst aus, die ein Areal von zwei Hektar Länge und einer halben Meile Breite verbrannte. Offiziere teilten der Gesellschaft vom Roten Kreuz mit, daß sie beachtlichen Schaden an Döllig zu verzeichnen. Man glaubt, sie würden weder das Bollwerk, noch das Postgebäude und die Schiffahrtsanstalten verschonen. Nach einem Telegramm aus Tjingtau wurden 17 Mandchusfrauen gefangen genommen, von denen fünf getötet wurden. Die Führer der Aufständischen erklärten, sie seien gezwungen gewesen, diese Hinrichtungen zu gestatten, um ihre Soldaten und den Rebellen zuzufrieden zu stellen. Sie versprechen, keine Mandchus

mehr zu töten zu lassen. Ein japanischer Offizier erklärte, daß die Kaiserlichen soeben ohne Begeisterung. Ihre Loyalität bewies, daß sie gegen die gleiche Anzahl von Europäern keine Aussicht auf Erfolg haben würden. Die Handelschiffe können aus Furcht vor Vergeltung nicht nach Wuhu fahren. Die Kaiserlichen verlangen, daß es den Ausländern verboten werden solle, ihre Konzeptionen zu verlassen. Der britische Konsul teilte mit, wer diese Mitteilung misachte, tue es auf eigene Verantwortung.

Uebergang der Flotte zu den Rebellen.

Schanghai, 6. November. Drei kaiserliche Kanonenboote von der Flotte des Admirals Sah liefen gestern in den hiesigen Hafen ein, um Lebensmittel und Munition an Bord zu nehmen. Heute früh gingen sie zu den Rebellen über. Als die Flagg der Rebellen hochging, sah man, wie die Mannschaften der Schiffe Freudentänze aufführten und einander die Hände schüttelten.

Erfolge der Rebellen.

Schanghai, 6. November. Die gesamte Bevölkerung ist auf Seiten der Revolutionäre. Der Gouverneur von Sutschan ist zu den Aufständischen übergegangen. Der Süden der Provinz Kiangsu, die Schanghai-Nantun-Eisenbahn, die Wusung-Forts und die ChiueinStadt von Schanghai sind in den Händen der Revolutionäre, die sich im Arsenal von Schanghai genügend mit modernen Waffen versehen und ihre Rekruten eingekleidet haben. Die hiesigen chinesischen Kriegsschiffe haben ohne Widerstand heute morgen die Revolutionäre übergeben. Die fremden Interessen sind durch Kriegsschiffe und Freiwillige genügend geschützt und versichert vollkommenste Ruhe. Der Handel zeigt bereits ein starkes Steigen; einlaufende Waren werden von den Chinesen nicht angenommen und so fehlt es an Bargeld. In Hankau ist ein Stillstand in den Operationen eingetreten, man hat mit Verhandlungen begonnen.

Parteiangelegenheiten.

Die österreichische Regierung verbietet die Demonstrationen wider den Krieg. Nach einer Meldung aus dem Internationalen Sozialistischen Bureau verbot die Regierung die Demonstration gegen den Krieg, die von der sozialdemokratischen Partei Polens organisiert war und in Sarajewo stattfinden sollte.

Schwerste Strafe demjenigen... Vor der Strafkammer in Meiningen hatte sich der Gauleiter Genosse Knöden vom Deutschen Transportarbeiter Verband wegen angeblicher Verhöhnung von Arbeitswilligen zu verantworten, die er anlässlich eines in Salzgünz ausbrochenen Streiks der Brauereiarbeiter getan haben soll. Das Gericht verurteilte Knöden zu zwei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sogar fünf Monate Gefängnis beantragt, obwohl Genosse Knöden noch unbestraft ist.

Die verlorene Ehre des Reichsverbandsagenten. In einer satirischen Plauderei hatte die „Leipziger Volkszeitung“ am 17. Juli die Vereinsmeierei geißelt und bei der Aufzählung einer Anzahl überflüssiger und lächerlicher Vereine auch den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie genannt und ihn mit dem Verein zur Einfuhr von Zuchtelein und dem Verein für Rindviehzucht verächtlich. Hierdurch wühlte sich der frühere Hochschullehrer und jetzt als Bauer in Klinga lebende Reichsverbandsagent Enrico beleidigt und stellte Strafantrag. Das Schöffengericht verurteilte den Redakteur Reimling zu 200 Mk. Strafe. — Natürlich wird gegen dieses erstaunlich hohe Urteil Berufung eingelegt werden.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Konservativer Terrorismus.

Auf dem konservativen Parteitag in Breslau hat am letzten Sonntag Herr v. Heydebrand unter dem dröhnenden Beifall der zahlreichen „Zwangsbelegierten“ auch scharf Stellung gegen den immer fühlbarer werdenden sozialdemokratischen Terrorismus genommen und scharfe Maßnahmen verlangt gegen das verwerfliche Kampfmittel von der Regierung verlangt. Das Herr v. Heydebrand den Terrorismus nur bei der Sozialdemokratie sucht, ist durchaus nicht neu. Daß aber der Terrorismus in der eigenen Partei und im eigenen Wahlkreis des unbeschränkten Königs in kürzester Weise wuchert, davon will dieser nichts wissen, obwohl es ihm von den Sozialdemokraten als auch von seinem nationalliberalen Gegenkandidaten im Wahlkreis Müllisch-Treibitz schon hundertmal in öffentlichen Versammlungen gesagt und bewiesen worden ist.

Ein Beispiel, auf welche Weise die Konservativen terrorisieren, gibt der freisinnige „Striegauer Anzeiger“ aus dem Wahlkreis Schweidnitz-Striegau, den zurzeit der konservative Abgeordnete v. Nischhofen im Reichstage vertritt. Nicht nur, daß Herr v. Nischhofen den Austräatzen des „Striegauer Anzeigers“ verboten hat, sein Dominium zu betreten, sucht er auch dieses Blatt durch Einwirkung auf die Posten in seinem Abonnentenstand zu schädigen. Der Bundesgenosse des Herrn v. Nischhofen, der Landesälteste Dr. Schwarz in Giersdorf, hat sogar an seinen Dominikshäusern Schilder anbringen lassen, die ein Verbot gegen den freisinnigen „Striegauer Anzeiger“ enthalten. In gleicher Weise sucht ein anderer Junger, ein Herr v. Budenbrock auf Bläsow, das freisinnige Blatt zu schädigen. Ganz abgesehen davon, daß fast den meisten Gastwirten im Kreise der direkte Poststempelgedröckel wird, wenn sie ihre Säle oder Grundstücke zu sozialdemokratischen oder freisinnigen Wählerversammlungen hergeben.

Rechnet das Herr v. Heydebrand keinen Terrorismus, wenn den Landarbeitern unter Androhung der Folgen vorgeschrieben wird, was sie zu lesen haben? Ja, Bauer, das ist etwas anderes.

Glogau, 7. November. Wie die Interessen der kleinen Besitzer durch Großgrundbesitzer geschützt werden. Die Besitzer der Jagdgrundstücke im Sommer hiesigen Kreises haben das erklärte Interesse, daß die Jagd auf ihren Feldern in der Weise ausgeübt werde, daß sie vor Jagdschäden möglichst verschont bleiben sollen, und deshalb sind sie mit Recht bestrebt, Jagdpächter, die die Jagd ausschließlich zu ihrem Vergnügen ausüben und zu diesem Zweck das Wild bis zu den großen Treibjagden und ähnlichen Veranstaltungen schonen und in der Zwischenzeit auf den Feldern der Jagdgenossen füttern lassen, von der Erlangung der Jagd

fernzuhalten und die Jagd nur einem der ihrigen zu übertragen. So haben im Juni 1911 zwei Besitzer aus dem Ort Zambener selbst die Gemeindegeld vom Jagdpächter auf Grund ihres Weisgebots zugesprochen erhalten. Dagegen hat nun der Jagdpächter aus Zambener die Gemeindegeld aus dem Nachbarort Trebitz, der gern diese Gemeindegeld erlangen möchte, mit zwei ihm geneigten Besitzern aus Zambener Einspruch erhoben, weil angeblich der Besitztermin einige Minuten zu spät geschlossen sein sollte (!). Der Kreisausschuß in Glogau hat diesen Einspruch am 3. August für begründet erklärt, obgleich, wie der Bescheid selbst sagt, es sich nur um eine kurze Spanne Zeit gehandelt haben und nur eine geringfügige Differenz vorliegen sollte, und obgleich der Hauptopponent, Mittergutsbesitzer Schwarzlose, nicht einmal eingetragener Eigentümer irgendeiner Fläche im Jagdbezirk ist. Auf die Beschwerde des Jagdpächters hat nun der Kreisausschuß diesen Bescheid aufgehoben und die Einsprüche der Herren Schwarzlose und Genossen am 21. Oktober zurückgewiesen. Es hat nun infolge dieses langausgedehnten Verfahrens die Jagd vom Verpachtungstermin am 3. Juni 1911 ab ruhen müssen. Jetzt wird das weitere Verfahren untätig beschleunigt werden, um endlich diese Jagdangelegenheit gemäß den allein zu beachtenden wirtschaftlichen Interessen der Besitzer in Zambener zur gütlichen Einigung zu bringen. — Auf diese Weise werden die Interessen der kleinen Besitzer von den Mittergutsbesitzern geschützt. Öffentlich vergessen diese es nicht bis zu den nächsten Reichstagswahlen.

Glogau, 7. November. Schwere Unglücksfälle mit Todesfolge. Am Freitag abend wollte der in den sechziger Jahren lebende Schuhmachermeister Wilhelm Ketschler alle Wallstraße 20, noch einmal nach dem Dose gehen. Auf dem Wege dorthin stürzte er anstehend über einige Stufen und wurde in bedenklich schwerem Zustand aufgefunden. Der Arzt konstatierte Schädelbruch und veranlaßte eine Ueberführung ins städtische Krankenhaus, wo Ketschler Sonnabend seinen Verletzungen erlag.

Osnabrück, 7. November. Eine lebhafte Debatte zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten gab es hier am Montag abend in einer Versammlung im „Grünen Adler“. Über hundert Besucher waren der Versammlungs-Einladung gefolgt, darunter etwa die Hälfte Sozialdemokraten. Reichstagsabgeordneter Junck-Leipzig verteilte die Haltung der Nationalliberalen in der äußeren und inneren Politik, worauf Genosse Löbe-Breslau die Unzuverlässigkeit dieser Partei in den wichtigsten Volksfragen hervorhob. Das brachte den Kandidaten Pastor Kröpelin, vor die Front, der in dreierlei Hinsicht Rede die Nationalliberalen zu rechtfertigen suchte. Ihm erwiderte Genosse Konstantin-Breslau und erst nach nochmaligem Gelechte zwischen Kröpelin und Löbe schloß die Versammlung nach fast fünfständiger Dauer. Sie bildete eine vorzügliche Einleitung zu den heutigen Stadtverordnetenwahlen.

Brieg, 7. November. Eine aufsehenerregende Verhaftung, die mit dem doppelten Mordverbrechen in Verbindung steht, wurde, wie die „Brieger Jta.“ meldet am Sonntag vormittag in Schurgall vorgenommen. Der eigene Vater der Frau Arndt, der etwa 70 Jahre alte Auszügler Karl Reimann, Kriegsteilnehmer von 1866 und 1870/71, ist unter dem Verdacht der Täterschaft festgenommen worden. Reimann wohnt im Arndtschen Hause. Bei einer Durchsuchung des Bodens fand man in einem Schilde eine kleine Urte, welche Blutspuren am Artholm und Blutstropfen auf der Schneide aufwies. Zu Unkosten des alten Mannes lauten verschiedene Prohungen, die Reimann gegen Arndt ausgestoßen haben soll, ferner die Aussagen des bisher beschuldigten ältesten Sohnes des Reimann. Die Einwohner sind in fieberhafter Aufregung und allerlei unkontrollierbare Gerüchte durchwirren das Städtchen. Es wird angenommen, daß der alte Reimann nicht der alleinige Täter sein kann. Der alte Reimann wurde nach Löwen transportiert.

Reichenbach, 7. November. Ein frecher Straßenanfall wurde gegen den hiesigen Vorstehender Sabich verübt, als derselbe von Reichenbach zurückkehrend in die Nähe des Mewelsteiches kam. Er wurde von einem des Weges kommenden Mann ohne jeden Grund tödlich angegriffen, doch gelang es ihm, sich denselben abzuwehren, so daß der Angreifer schließlich zu schleuniger Flucht griff. Der Hund des Sabich verfolgte ihn, doch kehrte das Tier, durch Messerstiche erheblich verletzt, nach einiger Zeit zurück.

Regnis, 7. November. Messerstecherei. In der Nacht zum Sonntag wurde der Haushälter Paul Bräuer in der Neuen Garthausstraße von dem Arbeiter Brenzel überfallen und mit einem Messer in Kopf und Rücken gestochen. Der Täter ergriff die Flucht, wurde aber von dem Verletzten und einem anderen Arbeiter bis in die Feldstraße verfolgt, wo seine Festnahme veranlaßt werden konnte. Der Verletzte ließ sich von einem Arzt einen Notverband anlegen. Es scheint ein Racheakt vorzuliegen.

Briefkasten

An unsere Provinz-Korrespondenten!

Alle noch nicht eingereichten Liquidationen für Oktober sind unverzüglich einzureichen. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß in Zukunft die Abrechnungen bis spätestens den 3. jeden Monats in unseren Händen sein müssen. Die Redaktion.

- 5. Jauer. Ihre Karte kam zu spät hier an.
- 5. M. 99. 1. Nach § 361 Ziffer 10 des Str.-G.-B. wird mit Haft bestraft, wer sich so der Unterhaltspflicht entzieht, daß durch Vermittlung der Behörde fremde Hilfe nötig ist. 2. Nein.
- 5. 100. Lehnt die Anstalt das Heilverfahren ab, so ist leider dagegen nichts zu machen; die Anstalten sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, das Heilverfahren zu übernehmen.
- 3. S., Auguststraße. Ja; wenden Sie sich an Genossen Locus, Neue Graupenstraße 5/6.
- 5. Volkenhain. J. Logar in Breslau 7, Gabisstraße 51.

Refer! Bevorzugt bei Caern Einkäufen unsere Referenten und die Adressen des Bezugs-Quellen-Verzeichnisses.

Sunlicht Seife

10 & 25 Pfennig



Blütenweisse, duft'ge Frische
Wird der Wäsche leicht verschafft
Einzig durch der reinen, milden
Sunlichtseife Wunderkraft!